

(K)EINE ALTERNATIVE ZUM KRIEG?

**MILITARISMUS UND
MILITARISIERUNG
IN ISRAEL**





(K)EINE ALTERNATIVE ZUM KRIEG?

MILITARISMUS UND MILITARISIERUNG IN ISRAEL

**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**
ISRAEL OFFICE
קרן רוזה לוקסמבורג
مؤسسة روزا لوكسمبورغ



Inhalt

Editorial	6
Faktenblatt: Israels Militär Yossi Bartal	8
Militarisierung, Wehrpflicht und Supermachtpolitik in Israel: ein Überblick Rela Mazali	10
Militarisierung als politische Lösung: eine Chronik des militaristischen Diskurses in Israel Yagil Levy	18
Ein Militärhaushalt für den permanenten Krieg Etty Konor-Attias und Shlomo Swirski	26
Militarismus und Militarisierung im öffentlichen Raum: Bilderserie New Profile	32
Sicherheitsapparat, Kriminalität und Todesangst: wie die Militarisierung Israels die palästinensische Gesellschaft beeinflusst Meisa Irshaid	36
Verweigerung oder Krieg im Namen Gottes: die ultraorthodoxe Gesellschaft am Scheideweg Michal Zernowitski	42
«Weil Soldaten keine Fragen stellen»: Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen in Israel Idith Zertal	48
Glossar	56
Autor*innen	62
Impressum	66

Editorial

In den knapp 77 Jahren seines Bestehens hat der Staat Israel (je nach Definition) mindestens acht Kriege und zahllose Gefechte geführt sowie eine Vielzahl von Militäroperationen und Repressalien durchgeführt. Im Laufe der Jahrzehnte wurden die militärischen Fähigkeiten und Ressourcen der Streitkräfte stetig vergrößert, mehrfach Gebiete anderer Staaten (dauerhaft) besetzt und/oder annektiert, wobei Zehntausende israelische Soldat*innen und Zivilist*innen ihr Leben verloren. Die jüngste kriegerische Eskalation zwischen Israel und seinen Nachbarn seit dem 7. Oktober 2023 ist die härteste und längste seit der Staatsgründung Israels 1948 – ein existenzieller Krieg, der Zehntausenden Palästinenser*innen und Libanes*innen, davon die überwiegende Zahl Frauen und Kinder, das Leben gekostet hat und ganze Bevölkerungsgruppen schutz- und obdachlos zurücklässt. Der Gazastreifen ist als Ergebnis der immensen Zerstörung durch die israelische Armee, die führende Menschenrechtsorganisationen mittlerweile als Völkermord an den Palästinenser*innen einstufen, auf Jahre hinaus unbewohnbar.

Doch was liegt hinter diesen schwer fassbaren Zahlen? Was ist die Grundlage für die Akzeptanz einer immerwährenden militärischen Eskalation in der israelischen Gesellschaft? Kurz: Wieso machen (fast) alle dabei mit? In den vergangenen eineinhalb Jahren schien es, als befände sich die (jüdisch-)israelische Gesellschaft in einer Art militärischem Rausch ohne Vorstellung von einer gemeinsamen Zukunft jenseits des ewigen Kreislaufs der Gewalt auf der Basis der israelischen Herrschaft über das gesamte historische Palästina, einschließlich des illegal besetzten Westjordanlands und des Gazastreifens. Es mutet fast selbstmörderisch an und erinnert an den Satz Samsons aus dem Alten Testament, der in seinem Zorn mit den Worten „Ich will sterben mit den Philistern!“ einen Philistertempel in der biblischen Stadt Gaza zum Einsturz brachte und dabei Tausende von Philistern tötete. Und sich selbst gleich mit.

All dies ist beileibe nicht neu, es hat sich lediglich der Kontext und die Intensität dieses Phänomens verändert. Die Selbstbilder und -rechtfertigungen der israelischen „Kriegsgesellschaft“ (eine Definition des Soziologen Meir Amor) sind tief verwurzelt. Die meisten jüdischen Israelis unterstützen grundsätzlich diese Kriege, zumindest lehnen sie sich nicht dagegen auf. Die Kriege, die Israel führe, seien angeblich „alternativlose Kriege“, womit alternative Formen der Konfliktlösung aus der Debatte gedrängt werden.

In einer „Kriegsgesellschaft“ wie der israelischen ist die Armee über den militärischen Kontext hinaus strukturprägend: Es handelt sich um einen allgegen-

wärtigen Akteur, der alle Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens der israelischen Bürger*innen beeinflusst und integraler Bestandteil ihres Lebens ist, unabhängig davon, ob sie in der Armee dienen, gedient haben oder dienen werden. Der Militärdienst von etwa drei Jahren für Männer und zwei Jahren für Frauen ist für alle jüdischen Bürger*innen, die 18 Jahre alt werden, obligatorisch. Dies ist nicht nur gesetzlich vorgeschrieben, sondern auch eine gesellschaftliche Norm. Dabei ist der Dienst in einer Kampfeinheit bis heute eine sehr angesehene Position, die viele junge Männer (und inzwischen auch junge Frauen) anstreben. Auch der Dienst an der „Heimatfront“ bietet gerade für Israelis aus unteren sozialen Schichten die Möglichkeit, eine begehrte Ausbildung in Spitzentechnologien zu erhalten, von der die meisten später im zivilen beruflichen Leben profitieren können.

Wer sich dem Armeedienst dagegen verweigert, wird in der öffentlichen Meinung denunziert. Abgesehen von allgemeinen Ausnahmen von der Wehrpflicht, wie zum Beispiel durch die Sondervereinbarung mit der Führung der ultraorthodoxen jüdischen Gemeinschaft oder der generellen Befreiung palästinensischer Staatsbürger*innen Israels vom Wehrdienst, ist es auf individueller Ebene immer noch schwierig, vom Wehrdienst befreit zu werden, es sei denn, man kann gesundheitliche oder psychische Probleme nachweisen. Verweigerer*innen aus Gewissensgründen müssen ins Militärgefängnis.

Die breite politische und gesellschaftliche Ächtung eines artikulierten und praktizierten Antimilitarismus hat jedoch Teile der israelischen Gesellschaft nie davon abgehalten, sich gegen diese grundlegende Strukturierung der gesellschaftlichen und politischen Realität in Israel aufzulehnen. Insbesondere nach dem Krieg von 1967 gab es große Proteste gegen die militärische Besatzung des Westjordanlands (inklusive Ost-Jerusalem), des Gazastreifens, der syrischen Golanhöhen sowie der ägyptischen Sinai-Halbinsel. Aus diesen Protesten heraus und aus der sich wandelnden Selbstwahrnehmung haben sich im Laufe der Jahrzehnte zahlreiche Organisationen der kritischen Zivilgesellschaft gegründet, die heute international bekannt sind und auf die Abgründe der israelischen Militarisierungsmaschinerie aufmerksam machen, wie etwa Betsalem oder Breaking the Silence. Diese Organisationen werden von der israelischen Öffentlichkeit heftig kritisiert und staatlicherseits regelmäßig in ihrer Arbeit behindert.

Das Israel-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung arbeitet, ganz im Sinne der anti-militaristischen Ideale unserer Namensgeberin, eng mit denjenigen Akteur*innen in Israel zusammen, die Alternativen zum gegenwärtigen

unhaltbaren Status quo aufzeigen und für diese einstehe-
hen. Mit der vorliegenden Broschüre möchten wir dem deutschsprachigen Publikum sowohl die Ursprünge und Erscheinungsformen des Militär- und Sicherheitsdiskurses in Israel als auch dessen staatliche Aufrechterhaltung erläutern. Die Beiträge in dieser Broschüre haben Mitglieder unseres lokalen politischen Netzwerks seit dem Herbst 2023 verfasst; sie geben einen historischen und aktuellen Einblick in die Mechanismen des dem israelischen Militarismus zugrundeliegenden Wertesystems, das einen nationalen Partikularismus beschwört und damit universalistische humanistische Werte an den Rand drängt.

Den Auftakt bildet ein Faktenblatt zu Israels Militär – Daten und Zahlen, die der Journalist und Forscher **Yossi Bartal** gesammelt hat, um einen Überblick über den Umfang und die Bedeutung der Armee in Israel zu geben. Der erste, einleitende Artikel stammt von der Friedensaktivistin und Forscherin **Rela Mazali**, die die mannigfaltigen Formen der Militarisierung im israelischen Alltag untersucht; der Militärforscher und Soziologe **Yagil Levi** beschreibt in seiner historischen Chronik des militaristischen Diskurses in Israel die Verflechtung zwischen politischen und militärischen Institutionen in Israel; das israelische Militärbudget, das prozentual gesehen zu den höchsten der Welt gehört, wird in dem Artikel der Politikwissenschaftlerin **Etty Konor-Attias** und des Soziologen **Shlomo Swirski** vom Adva-Forschungszentrum analysiert; eine Bilderserie von Fotomaterial, das Mitglieder der antimilitaristischen Organisation **New Profile** über einen Zeitraum von zwei Jahrzehnten gesammelt haben, zeigt die normalisierte Präsenz des Militarismus im israelischen Alltag. Auch die beiden großen Bevölkerungsgruppen, die zumindest offiziell vom Militärdienst ausgenommen sind, bleiben vom militaristischen Diskurs und seinen Folgen nicht verschont: die Juristin und Aktivistin **Meisa Irshaid** analysiert, wie die zunehmende Bewaffnung der israelischen Zivilbevölkerung zu einem drastischen Anstieg der Gewalt innerhalb der und gegen die palästinensische Bevölkerung Israels führt; **Michal Tzernovitzki**, eine der führenden Persönlichkeiten der religiösen Linken, beschreibt die internen Konflikte der ultraorthodoxen Bevölkerung in Israel, die zwar offiziell die militaristische Doktrin Israels unterstützt, gleichzeitig aber die Einberufung von Ultraorthodoxen ablehnt; zum Schluss fasst die Historikerin **Idith Zertal** die Geschichte der israelischen Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen zusammen und fragt sich und uns, wo die Grenze zwischen Pflicht und Gewissen in Zeiten allumfassender Enthumanisierung liegt.

Nicht nur international, auch innerhalb Israels sind viele Menschen erschüttert und sprachlos angesichts der Zerstörung, die in ihrem Namen angerichtet wird. Viele, auch diejenigen, die ihre Liebsten in diesem

Konflikt verloren haben, wünschen sich eine andere Gegenwart, können sich ein friedliches Zusammenleben von Israelis und Palästinenser*innen vorstellen und sind bereit, dafür schmerzhaft Kompromisse einzugehen – mit zahlreichen dieser Akteur*innen arbeiten wir als Rosa-Luxemburg-Stiftung vor Ort zusammen. Mit dieser Broschüre möchten wir dieser Vielfalt von kritischen und zukunftsweisenden Stimmen zum Thema eine Plattform bieten, in der Hoffnung, dass sie auch im deutschsprachigen Raum gehört und in ihrem Kampf für eine antimilitaristische, friedliche Zukunft unterstützt werden.

Wir danken für Ihr Interesse und wünschen Ihnen eine erhellende Lektüre!
Berlin u. Tel Aviv im Februar 2024

Ihre	Ihr
Tali Konas	Gil Shohat
Redakteurin RLS Israel	Büroleiter RLS Israel

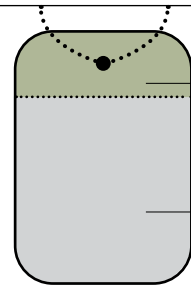
Faktenblatt

Israels Militär

hat eine der stärksten Streitkräfte im Verhältnis zur Bevölkerungsgröße und zählt zu den schlagkräftigsten Armeen im Nahen Osten.

Größe des regulären Heeres

ca. **170.000** Soldat*innen



44.000 Berufssoldat*innen

126.000 Wehrpflichtige

Ca. 12.000 Soldaten nehmen am gemischten Hesder-Dienst teil, der religiöse Ausbildung mit Kriegsdienst vereint.

Größe der Reservearmee

ca. **465.000** hauptsächlich Männer
In den ersten Monaten des Gaza-Krieges 2023 wurden mehr als 300.000 Reservist*innen zum aktiven Dienst eingezogen.

Die höchste Quote an aktiven Soldaten:

Nordkorea

1 50 pro 1.000 Staatsbürger*innen

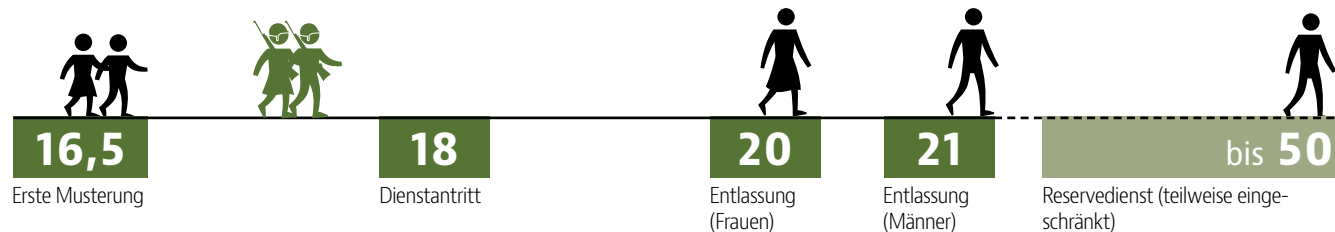
Eritrea

2 33 pro 1.000

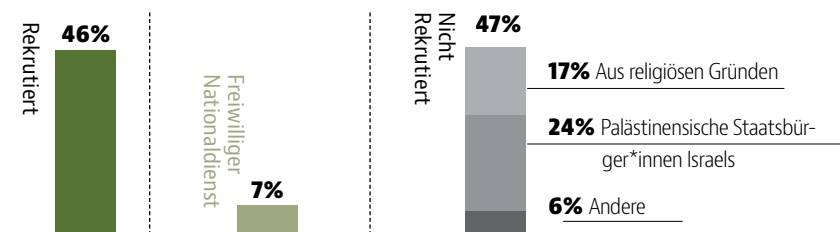
Israel

3 18 pro 1.000

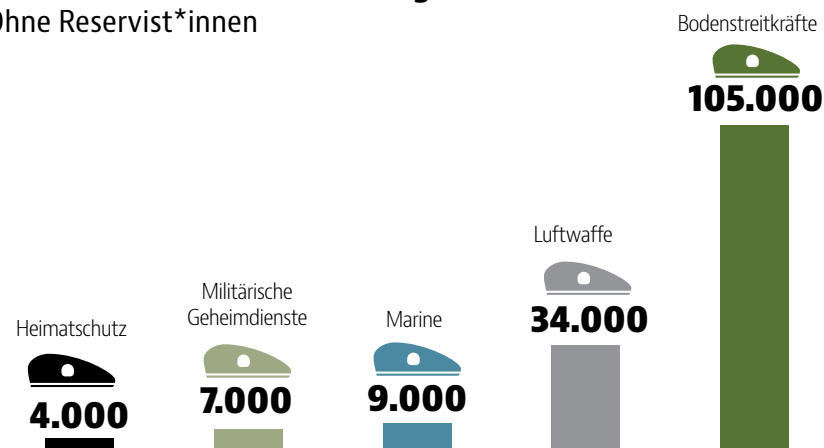
Rekrutierungsprozess: nach Alter



150.000 Israelis werden jährlich 18 Jahre alt. Davon werden:



Verschiedene Einheiten und ihre geschätzte Größe Ohne Reservist*innen



Gruppen, die nicht zum Militärdienst eingezogen werden

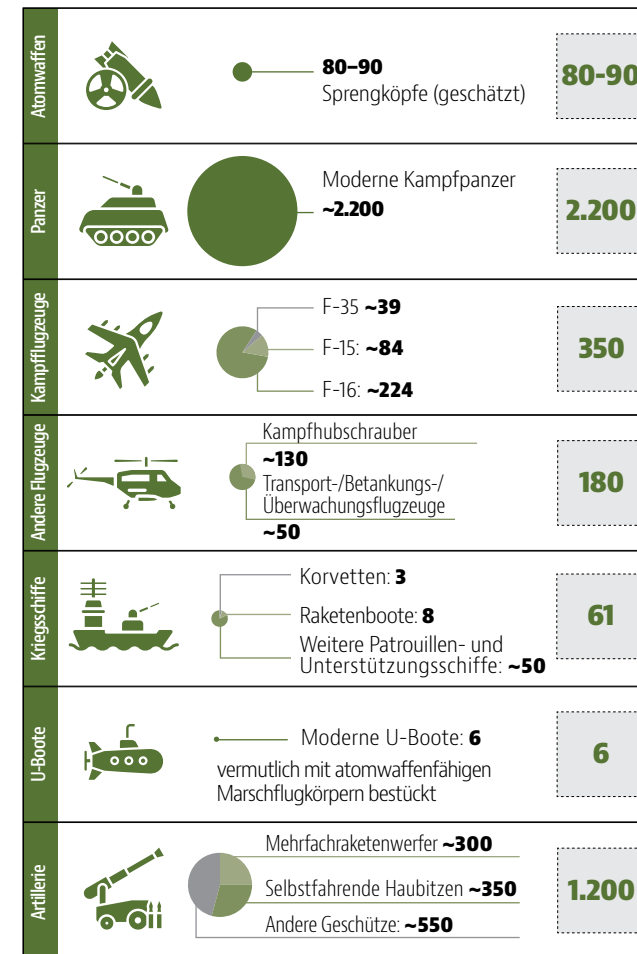
Palästinensische Staatsbürger*innen Israels: Muslimische und christliche Palästinenser*innen mit israelischer Staatsbürgerschaft sind von der Wehrpflicht befreit, können jedoch freiwillig dienen.

Ultraorthodoxe Juden und Jüdinnen: Die Mehrheit der ultraorthodoxen Männer und Frauen wird nicht eingezogen.

National-Religiöse Frauen: Religiöse Frauen können eine Freistellung vom Militärdienst beantragen. Die meisten von ihnen leisten Nationaldienst.

Untaugliche: Eine beträchtliche Anzahl potenzieller Wehrpflichtiger wird aus gesundheitlichen oder sozialen Gründen nicht eingezogen.

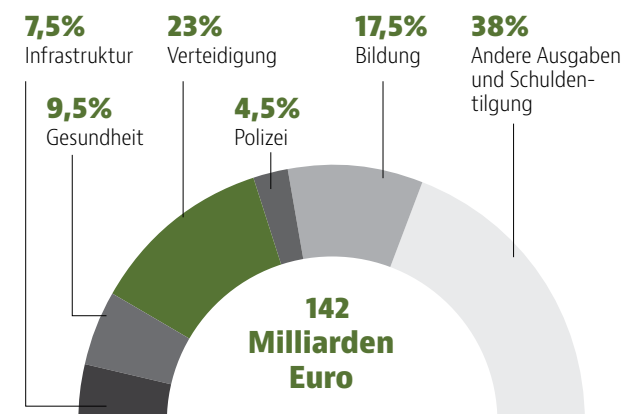
Große Waffenbestände



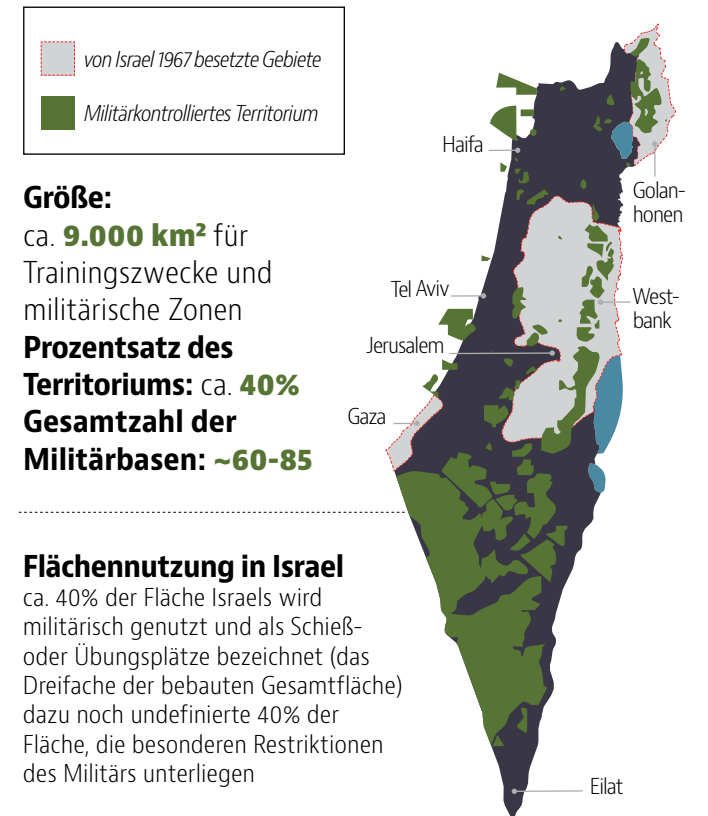
Raketenabwehrsysteme

- Kurzstrecken-Raketenabwehr** (Iron Dome) Ca. **10 Batterien**
- Mittelstrecken-Raketenabwehr** (David's Sling) Ca. **2 Batterien**
- Langstrecken-Raketenabwehr** (Arrow) Ca. **4 Batterien**

Staatshaushalt 2024

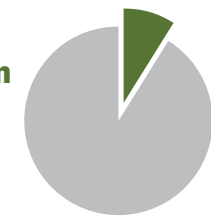


Vom Militär kontrolliertes Territorium



Größe der Sicherheitsindustrie

Umsatz: ca. **13,5 Milliarden EUR** jährlich
ca. **9%** des Landesexports



Größe und Budget anderer Sicherheitskräfte (ca.)

Mossad (Auslandsgeheimdienst)
7.000 Mitarbeiter*innen
2,8 Milliarden EUR

Shin Bet (Inlandsgeheimdienst)
5.500 Mitarbeiter*innen
1,02 Milliarden EUR

Polizei
32.500 Polizist*innen
6,1 Milliarden EUR



US-Militärhilfe ca.



Quellen: Amiram Oren und Raffi Regev, „Land im Khaki“ Jerusalem, 2010/ Adva Center – Budget Overview / Israel Hayom / Haaretz / International Institute for Strategic Studies | Recherche und Zusammenfassung: Yossi Bartal | Das israelische Militär macht selten genaue Angaben zu Größe, Organisation und Waffenbeständen. Daher basieren die Informationen in dieser Grafik auf verschiedenen israelischen und ausländischen Quellen und stellen lediglich Schätzungen dar.

A photograph showing a soldier in olive green military uniform walking on a city street. The soldier is carrying a young child on their back. The child is wearing a striped t-shirt and shorts. The soldier is holding a rifle. In the background, other people are visible, including a child in a striped shirt and a woman in a pink shirt. The scene is set in a city street with a manhole cover visible on the ground.

MILITARISIERUNG, WEHRPFLICHT UND SUPERMACHTPOLITIK IN ISRAEL: EIN ÜBERBLICK

RELA MAZALI

Die Militarisierung in Israel hat viele Gesichter – sie zeigt sich in der Allgegenwart bewaffneter Soldat*innen, in unterschwelligem Medienbotschaften oder bei der Verteilung öffentlicher Güter. Für viele Israelis ist sie jedoch unsichtbar. Eine Analyse einiger israelischer Militärmythen.

Israelis tragen Waffen in den Straßen von Jerusalem.
03. November 2023. Foto: Chaim Goldberg/Flash90

Wenn Menschen aus dem Ausland nach Israel kommen oder Israelis von längeren Aufenthalten in anderen westlich geprägten Ländern zurückkehren, sind sie in der Regel erstaunt oder geschockt angesichts der hohen Waffenpräsenz im öffentlichen Raum. Halbautomatische Sturmgewehre werden – oftmals in lässiger Manier – von Soldat*innen und Siedler*innen, Wachleuten und Polizei-beamt*innen getragen, während Handfeuerwaffen an den Hüften von Sicherheitskräften und Zivilist*innen prangen.

Die meisten jüdischen Israelis sehen aber diese Waffen so gut wie überhaupt nicht, sie nehmen sie einfach nicht wahr. Erst als meine dreijährige Tochter (vor Jahrzehnten) auf ihrer ersten Zugfahrt vor Angst erstarrte, bemerkte ich das Gewehr, das am Knie des Soldaten vor mir lehnte. Es war mir zuvor nicht aufgefallen. Wir sehen die Waffen nicht, weil wir uns schon sehr früh an den Gedanken gewöhnen, dass sie nur unserem Schutz dienen und harmlos seien – für uns. Es gibt Tausende solcher Prozesse gesellschaftlicher Anpassung, durch die sich die Mentalität der nicht-orthodoxen jüdischen Bevölkerung in Israel militarisiert.

Fortwährende Militarisierung

Militarisierung beschreibt einen Prozess, so wie andere Begriffe mit der gleichen Endung, etwa «Legalisierung» oder «Modernisierung». Jeder dieser Ausdrücke beschreibt einen gesellschaftlichen, kulturellen, politischen und ökonomischen Prozess. Als solcher erfordert er die aktive Beteiligung und Zustimmung der Gruppe oder Gemeinschaft, die ihn durchläuft und in Gang hält, oder zumindest maßgeblicher Teile derselben. Im israelischen Fall verwende ich den Begriff Militarisierung, um einen fortwährenden Prozess zu fassen, der auf die Zeit der zionistischen Besiedlung des historischen Palästinas vor der Staatsgründung Israels zurückgeht und seitdem ununterbrochen anhält. Im Folgenden werde ich diese Militarisierung skizzieren und mich abschließend einem wichtigen Riss zuwenden, der sich diesbezüglich gegenwärtig auftut. Dabei schließe ich mich Jacklyn Cock an, die 1993 formulierte: «Wir sollten unterscheiden zwischen dem Militär als gesellschaftlicher Institution [...], Militarismus als Ideologie (deren Hauptcharakterzug darin besteht, organisierte Gewalt als legitimes Mittel der Konfliktlösung zu akzeptieren) und der Militarisierung als sozialem Prozess, der die Mobilisierung von Ressourcen für den Krieg beinhaltet.» Und weiter: «Militarisierung umfasst sowohl die Ausbreitung militaristischer Ideologie als auch einen Zuwachs an Macht und Einfluss seitens des Militärs als gesellschaftlicher Institution.»¹ Verschaffen wir uns nun einige Einblicke in die Art und Weise, in der sich der «Militarismus als Ideologie» gegenwärtig verbreitet.

Im Foto Nr. 1 sehen wir eine Werbung für die israelische Biermarke Maccabee. Beschäftigen wir uns zunächst

mit der Botschaft, die die Formulierung «kleines Land» im unteren Teil des Bildtextes vermitteln soll. Seit seiner Gründung hat Israel sich wieder und wieder als kleines Land inszeniert, umzingelt von zahlreichen arabischen Staaten und riesigen (absichtlich formlos dargestellten) Massen von «Araber*innen», die es bedrohen und bekriegen. Tatsächlich haben der grauenhafte Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 und Israels Vergeltung, die mit der Bombardierung, Invasion und Aushungerung des Gazastreifens genozidale Züge annahm, das enorme Machtgefälle zwischen den Kampfparteien offenbart, auch wenn die israelische Bevölkerung den Angriff der Hamas nichtsdestotrotz mehrheitlich als unmittelbare Existenzbedrohung wahrzunehmen scheint. Wenn in der weiter oben stehenden Zeile im Bildtext davon die Rede ist, «ein bisschen von diesem» zu sein, so ist damit ein Soldat im Einsatz gemeint. Und wo der Text davon spricht, «ein bisschen von jenem» zu sein, meint er einen abenteuerlustigen Rucksackreisenden auf seinem «großen Trip», den viele junge Israelis nach ihrem Militärdienst unternehmen. Am besten mit einer bewundernden Freundin im Schlepptau. Militarisierung geht notwendig mit bestimmten Geschlechterrollen und ja, auch mit Sexismus einher.

Foto Nr. 2 ist eine weitere sexistische, militarisierte und militarisierende Anzeige. Sie bewirbt nicht nur Backhefe, sondern propagiert auch eine bestimmte gesellschaftliche Stellung junger Männer, wobei sie die Soldatenmütter ebenfalls über ihre sozial erwünschte Nebenrolle unterweist.

Es gibt buchstäblich Tausende Werbungen sowie andere kulturelle Artefakte und Rituale, die in dieselbe Kerbe schlagen. Sie alle tragen zu einem Prozess bei, der Kenneth Grundy zufolge «eine gesellschaftliche Atmosphäre erzeugt, die den Militärdienst attraktiv, militärische Antworten auf politische Fragen vernünftig und größere militärische Kapazitäten und Ausgaben legitim erscheinen lassen – und die die Bevölkerung generell auf einen Kriegs- und Belagerungszustand vorbereitet.»² Auf verschiedenen Gebieten werden Maßnahmen unternommen, um den aktiven Konsens für die Militarisierung aufrechtzuerhalten, wobei diese Anstrengungen sich wechselseitig stützen. Kommerzielle und nichtkommerzielle Bildkultur haben daran, oftmals unbeabsichtigt, ebenso Anteil wie Literatur, Musik, öffentliche Bauten, die Medien sowie vor allem das Bildungswesen. Individuelle Äußerungen spiegeln die vorherrschende Militarisierung wider – und sind insofern deren Symptome oder Resultate – und erneuern und verstärken die Militarisierung ihrerseits. Es handelt sich somit um einen toxischen Kreislauf.

Die Verteilung öffentlicher Güter

Ein genauerer Blick auf einige praktische Erscheinungsformen der allumfassenden Militarisierung Israels zeigt, dass diese sich auch in der Verteilung öffentlicher Güter



Foto Nr. 1: Ein bisschen von diesem und ein bisschen von jenem sein. Israeli sein. Maccabee Bier, kleines Land, großartiges Bier (Werbung für die israelische Biermarke «Maccabee»). Das Wort Maccabee (deutsch: Makkabäer) verweist auf ein jüdisches Geschlecht aus dem zweiten Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung, das einen erfolgreichen Aufstand gegen das Seleukidenreich anführte und den geschändeten Jerusalemer Tempel neu weihte. Im modernen Hebräisch könnten sie als Kriegshelden gedeutet werden.



Foto Nr. 2: Backen vom Grunde deines Herzens: «Wenn mein Junge mal wieder auf seinen gewöhnlichen Heimurlaub von der Armee kommt, hat er außergewöhnliches Backwerk verdient» (Werbung für Backhefe)

manifestiert. Wie im Fall der Erziehung und der kulturellen Praxis ist diese Güterverteilung gleichermaßen Ergebnis und Treiber eines kreis- oder spiralförmigen Prozesses, den sie perpetuiert und weiter anheizt. Sehen wir uns drei dieser öffentlichen Güter kurz näher an.

Da ist zunächst der Grund und Boden. Die beiden Wissenschaftler Amiram Oren und Zalman Shiffer schrieben 2010: «Die Armee kontrolliert über 50 Prozent des israelischen Territoriums auf die eine oder andere Weise, wobei ein Teil unmittelbar für Militäreinrichtungen genutzt wird, während ein anderer aufgrund von Schießübungen Nutzungseinschränkungen unterliegt. Nach Angaben des israelischen Rechnungshofes (2010) besitzt die Armee 39 Prozent des Staatsgebietes und schränkt die Nutzung weiterer 40 Prozent ein, was einer noch höheren Schätzung entspricht.»³

Kurzum, etwa 80 Prozent des Landes unterliegen militärischen Einschränkungen oder werden für militärische Zwecke genutzt, etwa für die Armee, für Militärbasen, Lagerhallen, Schießstände, die Rüstungsindustrie oder für andere Sicherheitsorgane.⁴

Auch ein zweites Allgemeingut, die politische Mitsprache bzw. Macht, ist von extremer Militarisierung betroffen: In allen israelischen Regierungen bekleideten ehemalige Offiziere Ministerämter, mit Ausnahme der ersten, von der die Armee gegründet wurde. Bis ins Jahr 2022 wechselten 14 Generalstabschefs nach ihrem Abschied von der Truppe in die Politik. Zehn israelische Verteidigungsminister hatten vormals hohe Offiziersposten inne, darunter einige im Rang des Generalstabschefs. Diese Überrepräsentation hat eine weitgehend unsichtbare Kehrseite: Gruppen ohne Zugang zu militärischen Führungspositionen oder der Armee generell sind in Bezug auf politische Ämter und die nationale Entscheidungsfindung unterrepräsentiert. Das betrifft unter anderem Frauen, Palästinenser*innen mit israelischer Staatsangehörigkeit und behinderte Menschen. Die politische Teilhabe ist verzerrt – zugunsten der Führungsriege.

Bei dem dritten Allgemeingut handelt es sich um den von der israelischen Regierung verabschiedeten Staatshaushalt. Im Jahr 2022 machte das beschlossene Verteidigungsbudget 12,7 Prozent des nationalen Gesamthaushaltes aus. Im laufenden Jahr 2024 macht das beschlossene Verteidigungsbudget (das durch die andauernden kriegerischen Akte bereits stattlichen Anpassungen unterliegt) 23 Prozent des nationalen Gesamthaushaltes aus. Im Vergleich dazu belaufen sich die bereitgestellten Mittel für die Schaffung von Arbeitsplätzen auf 0,7 Prozent, während der Sozialhaushalt mit 2,9 Prozent zu Buche schlägt. Und das jeweils, obwohl beträchtliche Teile der Bevölkerung nach wie vor mit den desaströsen Folgen der Covid-19-Pandemie zu kämpfen haben. Etwa die Hälfte des Verteidigungsbudgets ist in der Regel für den Sold bestimmt. Doch viele Soldat*innen sehen davon wenig. Wehrpflichtige werden aufgrund ihrer schlechten Besoldung während ihrer Dienst-

zeit meistens von ihren Familien unterstützt, die somit de facto eine weitere, inoffizielle Steuer entrichten. Berufssoldat*innen, die sich über die Wehrpflicht hinaus für eine Karriere in der Armee entscheiden, verdienen im Mittel das Doppelte eines israelischen Durchschnittslohns. Noch gravierender fällt vermutlich ins Gewicht, dass Berufssoldat*innen im Alter von 45 Jahren in den Ruhestand gehen und bis zu ihrem Lebensende üppige Pensionen beziehen, und zwar unabhängig davon, ob sie im zivilen Leben eine zweite Karriere einschlagen. Angesichts ihrer großen politischen Macht ist es wenig verwunderlich, dass die Führungsriege der Armee und anderer Sicherheitsorgane gewaltige Teile des Staatshaushaltes verbrauchen und kontrollieren. Dass die meisten Israelis diesen Umstand tendenziell übersehen oder ignorieren, illustriert nur einmal mehr, dass die Militarisierung das individuelle und öffentliche Bewusstsein fest im Griff hat.

Ganz entscheidend ist darüber hinaus, dass der Staatshaushalt den Konflikt politisch verstetigt, worauf der Soziologe Shlomo Swirski hingewiesen hat: Das Budget «zeugt von [...] einer <Supermacht>-Politik, nicht von einer Situation, in der <es keine andere Wahl gibt> [...] [sondern vielmehr] von einer politisch-strategischen Entscheidung.»⁵

Das zeigt sich auch deutlich daran, dass die Regierung gegenwärtig unbeschränkte Ausgaben tätigt, um die kriegerischen Handlungen in Gaza fortzusetzen und die Eskalation der Gewalt gen Norden auszuweiten, in den Libanon und nach Syrien.

Der Mythos der allgemeinen Wehrpflicht

Einer der wichtigsten, nicht zur Debatte stehenden Transmissionsriemen der Militarisierung ist die allgemeine Wehrpflicht oder «die Einberufung». In einer tief gespaltenen, konfliktdurchzogenen Gesellschaft wird der Militärdienst weithin als Schlüssel der Zugehörigkeit präsentiert und wahrgenommen. Erinnern wir uns an die Maccabee-Bierwerbung mit dem Slogan «Israeli sein». Das enthält eine Aufforderung: Geh zur Armee, geh auf den großen Trip, trink Maccabee. Und, nicht zuletzt, sei ein Mann. Zugehörigkeit ist in der israelischen Gesellschaft eine zutiefst vergeschlechtlichte Angelegenheit.

Die permanenten kulturellen Militarisierungsbemühungen erhalten in weiten Teilen der israelischen Öffentlichkeit den Schein aufrecht, dass die Mehrheit der Einberufung Folge leistet und alle ihren Beitrag leisten, weil «es keine andere Wahl gibt» – wir müssen, schlicht und ergreifend. Doch in Wahrheit müssen wir nicht. Es gibt Alternativen. Und es gibt zahlreiche Hinweise darauf, dass die gegenwärtige Struktur auf einer Entscheidung beruht und wir uns auch anders entscheiden können. So erläuterte etwa Asher Tishler 2010 während seiner Amtszeit als Dekan der Fakultät für Managementwissen-

schaften an der Universität Tel Aviv, warum das Gesetz über den allgemeinen Wehrdienst in Kraft bleibt und die Armee so viel unternimmt, um zu demonstrieren, dass sie es auch durchsetzt: «Jedes Jahr zieht die Armee 15.000 junge Männer und Frauen ein, die aufgrund ihrer ungenügenden Ausbildung und Fähigkeiten untauglich sind. Die Kosten dafür belaufen sich jedes Jahr auf eine Milliarde Shekel. [...] [Die Armee] muss diese Personen aufgrund der gesetzlichen Wehrpflicht einziehen. [...] Die Personalkosten einer Berufssarmee lägen etwa 15 bis 20 Prozent höher.»⁶ Das heißt: höher als die Kosten einer Armee von Wehrpflichtigen. Wenn wir Tishler folgen, so gibt es auf jeden Fall eine Wahl. Doch sie fällt auf die allgemeine Wehrpflicht, die als kosteneffizienter gilt.

Die permanenten kulturellen Militarisierungsbemühungen erhalten in weiten Teilen der israelischen Öffentlichkeit den Schein aufrecht, dass die Mehrheit der Einberufung Folge leistet und alle ihren Beitrag leisten, weil «es keine andere Wahl gibt» – wir müssen, schlicht und ergreifend. Doch in Wahrheit müssen wir nicht. Es gibt Alternativen.

Fakt ist jedoch, dass die allgemeine Wehrpflicht in Israel nicht mehr die Realität ist. Von der Armee veröffentlichte Daten zeigen, dass die Befolgung der Wehrpflicht seit Jahrzehnten eindeutig rückläufig ist, wenngleich die Werte nur langsam sinken. 2017 folgte nur etwa die Hälfte – 57,5 Prozent – der nicht-palästinensischen 18-Jährigen der Einberufung und leistete den vollen Wehrdienst ab. Bei der Beantwortung einer auf Grundlage der Informationsfreiheit eingereichten Anfrage legte der Militärsprecher 2020 offen, dass in der Kohorte von 2018 weniger als 67 Prozent der von Rechts wegen Wehrpflichtigen tatsächlich einberufen worden waren. Am Ende haben 57,6 Prozent der männlichen und 42,4 Prozent der weiblichen Wehrpflichtigen tatsächlich ihren Dienst angetreten. Allgemeine Wehrpflicht sieht anders aus. Wird diese Berechnung auf Grundlage der Staatsbürgerschaft angestellt, ohne palästinensische Bürger*innen wie selbstverständlich auszuklammern, so hat deutlich weniger als die Hälfte dieser Kohorte gedient – ihr Anteil liegt bei etwa 40 Prozent der 18-jährigen Staatsbürger*innen.

Eine genauere Aufschlüsselung der Daten zeigt, dass etwa 29,4 Prozent aller einberufenen Männer freigestellt

wurden, ohne irgendeinen Dienst abzuleisten. Orthodoxe Jeschiwa-Studenten, die beinahe automatisch ausgenommen werden, waren lange Zeit eine weitere Gruppe, die im Denken vieler jüdischer Israelis keine Rolle spielt. Als das gegenwärtige rechtsextrem-orthodoxe Regierungsbündnis der orthodoxen Community kürzlich jedoch erhebliche Haushaltsmittel zusprach, wurde in weiten Teilen der (überwiegend säkularen) Widerstandsbewegung gegen die antidemokratischen Reformvorhaben der Regierung die Forderung laut, dass auch orthodoxe Männer dienen sollen.⁷ Dessen ungeachtet handelte es sich 2018 bei knapp der Hälfte (13,7 Prozent) der sofort vom Wehrdienst befreiten Männer (29,4 Prozent der Einberufenen) nicht um orthodoxe Jeschiwa-Studenten. Nach Berichten des langjährigen Armeebeobachters Yagil Levy wurden Reservisten in den letzten Jahren immer punktueller zum Dienst einberufen, während vollständige Freistellungen vom Militärdienst merklich zugenommen haben. Dadurch schrumpft der Anteil von Wehrdienstleistenden und aktiven Reservisten an der Bevölkerung.⁸ Sogar vor dem Hintergrund der Kriegshandlungen, die zum Zeitpunkt der Abfassung des vorliegenden Artikels weiter anhalten – oder vielleicht gerade in diesem Kontext – warnte der ehemalige Knesset-Abgeordnete Ofer Shelah im Mai 2024 mit Blick auf die Reservisten: «Wir nähern uns der Situation eines grauen [unerklärt] Widerstands. [...] Der Krieg wird geführt, als gäbe es keine Engpässe. Egal, ob es um Haushaltsausgaben, Munition oder Truppen geht. Aber [...] es gibt Engpässe. Reservisten sind eine begrenzte Ressource.»⁹

Während also in der Bevölkerung landläufig die Meinung vorherrscht, dass «alle dienen» und der Wehrdienst sei «das, was man eben macht», wenn man normal ist und den sozialen Erwartungen entspricht, wächst de facto zunehmend eine gesellschaftliche Bewegung der Wehrdienstverweigerer heran. Sie ist komplex und setzt sich aus vielen verschiedenen Gruppen mit unterschiedlichen Ansichten und Bedürfnissen zusammen. Ich begreife sie als soziale Bewegung im Sinne des Soziologen Alberto Melucci, der in den 1980er-Jahren untergründige, amorphe und schwer zu fassende Bewegungen beobachtete, die sich gelegentlich nicht einmal selbst als Widerstandsbewegung verstanden. Seiner Auffassung nach artikulieren sich solche Bewegungen im Reich alltäglicher kultureller Praktiken, in denen sie neue Deutungsmuster schaffen.

Die israelische Armee ist über diese Bewegung oder dieses gesellschaftliche Phänomen durchaus im Bilde, was teilweise ihren erhöhten Aufwand erklärt, um die Illusion der allgemeinen Wehrpflicht und der Alternativlosigkeit aufrechtzuerhalten. Die Öffentlichkeit im Allgemeinen ist sich dessen in deutlich geringerem Maße bewusst, unter anderem weil die Streitkräfte sich bemühen, entsprechende Daten zu verschleiern.

Israels durch und durch militarisierte Antwort auf den Hamas-Angriff vom 7. Oktober 2023 erfreute sich au-

genscheinlich der Unterstützung einer überwältigenden Mehrheit der jüdischen Öffentlichkeit, darunter auch 300.000 Reservisten, die Berichten zufolge der Einberufung nachkamen und ihre Dienstzeiten verlängerten. Darüber hinaus erstreckte sich der Zuspruch anscheinend auf eine erhebliche Anzahl Männer und Frauen, die sich zuvor aktiv und lautstark in den beispiellosen Protesten gegen die Reformvorhaben der rechtsextremen Regierung engagiert hatten, die vor dem 7. Oktober über Monate hinweg Millionen Menschen auf Israels Straßen brachten.¹⁰ Doch die gegenläufige Tendenz zu massiver Unterstützung und freiwilliger Verpflichtung ist nahezu unsichtbar und kaum bekannt. Es gibt keine transparente Datenübersicht über dieses Phänomen. Bis zur Veröffentlichung dieser Zahlen könnten noch Jahre vergehen.

Auf verschiedenen Gebieten werden Maßnahmen unternommen, um den aktiven Konsens für die Militarisierung aufrechtzuerhalten, wobei diese Anstrengungen sich wechselseitig stützen.[...] Individuelle Äußerungen spiegeln die vorherrschende Militarisierung wider und erneuern und verstärken die Militarisierung ihrerseits. Es handelt sich somit um einen toxischen Kreislauf.

Dennoch hat New Profile – Die Bewegung zur Demilitarisierung der israelischen Gesellschaft einen merklichen Anstieg bei der Zahl der Anrufer*innen registriert, die sich bei dem Beratungsnetzwerk der Organisation über ihr Recht auf einen Austritt aus der Armee und die damit verbundenen Abläufe erkundigen. Unter den vielen Tausenden, die sich jedes Jahr dagegen entscheiden, einzurücken oder ihren Dienst frühzeitig quittieren, suchen in der Regel etwa 1.400 Personen bei New Profile Rat. Diese Zahl scheint nun zu wachsen. Vielsagend ist dabei, dass die Anrufer*innen aus unterschiedlichen Hintergründen kommen, sich in sehr verschiedenen Umständen befinden und teilweise nicht im engeren Sinne weltanschaulich motiviert sind. Zu ihren Beweggründen gehören unter anderem Erschöpfungszustände, Depressionen und Traumata, aber auch das von Anbeginn fehlende oder inzwischen völlig verlorene Vertrauen in das Militär als Ganzes oder die Ziele seiner gegenwärtigen Kriegsführung. Hinzu

kommt eine kritische Sicht auf die Fehlentscheidungen der Regierung beim Einsatz der Armee, insbesondere hinsichtlich des flächendeckenden Ausmaßes von Grausamkeit, tödlicher Gewalt und Zerstörung und/oder der schlecht gehandhabten Geiselsituation. Eine Minderheit unverhohlen politisch auftretender Wehrdienstverweigerer*innen erklärt ihren Widerspruch öffentlich, oftmals über das Verweiger*innen-Netzwerk Mesarvot, und muss sich auf Haftstrafen gefasst machen.

Die Wege der Militarisierung sind mannigfaltig. Die Mittel, sie fortzuführen und zu befeuern, sind vielfältig. So blieben etwa die USA auch nach der Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht ein hochgradig militarisiertes Land. Dies wird ersichtlich aus den wiederholten, von breiter öffentlicher Zustimmung getragenen Militäreinsätzen in aller Welt, der mächtigen Rüstungsindustrie oder dem Widerstand gegen Gesetze, die das Tragen von Waffen und die Waffenkriminalität eindämmen sollen. In Anbetracht der tiefgreifenden Militarisierung der Praktiken und des Bewusstseins jüdischer Israelis greift die Behauptung viel zu kurz, die Wehrdienstverweigerung als Bewegung oder, wenn man diesen Ausdruck bevorzugt, als gesellschaftliches Phänomen garantiere bereits einen progressiven Demilitarisierungsprozess.

Tatsächlich schien die zivilgesellschaftliche Protestbewegung vor dem 7. Oktober 2023 die militarisierte Geisteshaltung vorbehaltlos zu teilen, schließlich erkor sie einige ehemalige Armeeoffiziere und Sicherheitsbeamte zu prominenten Führungspersonen und ignorierte weitgehend (wenn auch nicht vollkommen) die Militärbesatzung palästinensischer Gebiete, die Kernstück und Antrieb der antidemokratischen Entwicklung des Landes ist. In den Monaten seither hat sich der kritische Raum, der sich für die erneute Verhandlung dieser Fragen im demokratischen Widerstand ansatzweise aufzutun schien, allem Anschein nach wieder sehr verengt. Derzeit wohnen wir ziemlich uneinheitlichen und widersprüchlichen Trends und Entwicklungen bei.

Dennoch bin ich überzeugt, dass es wichtig ist, zu beobachten, wo diese Entwicklungen auseinandergehen oder miteinander in Konflikt treten und zumindest zur Kenntnis zu nehmen, dass die jungen Menschen, die die Bewegung der Kriegsdienstverweigerung ausmachen, sich weigern, den unhinterfragten, militarisierten Glauben mitzutragen, dass «es keine andere Wahl gibt» und alle ihren Beitrag für die Armee leisten müssen. Ich wage nicht, Prognosen darüber abzugeben, wie weitreichend dieser Prozess sein oder in welche Richtungen er sich entfalten wird. Doch ich halte es für bedeutsam, dass dieser seit Jahrzehnten unbeirrbarer Widerstand gegenwärtig weiterhin aktiv ist.

Übersetzung aus dem Englischen von
Gegensatz Translation Collective

Anmerkungen

1. Cock, Jacklyn: Women and War in South Africa, Cleveland 1993.
2. Grundy, Kenneth W.: Soldiers without Politics. Blacks in the South African Armed Forces, Berkeley u. a. 1983, S. 108.
3. Israel State Comptroller: State Comptroller Report 61A, 2010 (Hebräisch), zitiert nach: The Aix Group: The Economic Costs of the Conflict to Israel: The Burden and Potential Risks, in: Arnon, Arie/Bamya, Saeb (Hrsg.): Economics and Politics in the Israeli Palestinian Conflict, Februar 2015, S. 80.
4. Ebd., S. 81. Siehe auch Infografik im Faktenblatt.
5. Swirski, Shlomo: Das Staatsbudget – was wird mit unserem Geld gemacht?, Tel Aviv 2004 (Hebräisch).
6. Tishler, Asher: Die Armee sollte um 30 Milliarden Scheckel verschlankt werden – bislang ist nichts passiert, in: The Marker, 26.5.2010 (Hebräisch).
7. Zu diesem Thema siehe den Beitrag von Michal Zernowitski in dieser Publikation.
8. Levy, Yagil: The War in Gaza Exposes a Disintegrated Israeli Army, in: Haaretz, 19.3.2024 (Hebräisch).
9. Zitiert nach: Arlosoroff, Meirav: Der IDF fließt das Geld wie Wasser davon – und das könnte Netanyahus Regierung das Genick brechen, in: The Marker, 17.5.2024 (Hebräisch).
10. Im Januar 2023 kam es in Israel zu landesweiten Protesten gegen die geplante Justizreform der Regierung von Premierminister Benjamin Netanjahu, die das unabhängigen Justizsystem des Landes gefährdete. Die Protestbewegung ist zu einer der größten in der Geschichte Israels angewachsen und umfasste breite Gesellschaftsteile, darunter auch Angehörige der israelischen Armee.

MILITARISIERUNG ALS POLITISCHE LÖSUNG: EINE CHRONIK DES MILITARISTISCHEN DISKURSES IN ISRAEL

YAGIL LEVY

Die Entwicklung des israelischen Militarismus seit der Gründung des Staates Israel scheint rationale Wurzeln in seinem geopolitischen und historischen Hintergrund zu haben. Dennoch spielt die gegenseitige Abhängigkeit zwischen den israelischen politischen und militärischen Einrichtungen eine wichtige Rolle bei der zunehmenden Dominanz des militärischen Diskurses in Israel. Wie kommt es dazu, dass militärische Lösungen gegenüber gemäßigeren Alternativen immer wieder bevorzugt werden?



Vereidigungszeremonie mit der hebräischen Bibel für neu rekrutierte Soldat*innen der israelischen Armee in Massada, 1974.
Foto: wikicommons.

Militarisierung im Dienst des «werdenden Staats»

Seit ihrer Entstehung zu Beginn des 20. Jahrhunderts hat sich die jüdische politische Community in Palästina und danach im Staat Israel immer weiter militarisiert. Dem Soziologen Michael Mann zufolge bedeutet Militarisierung, dass die Präferenz der Gewaltanwendung kulturell und politisch gestärkt und die Androhung oder Vorbereitung von Gewaltanwendung als normal und sogar wünschenswert erachtet wird. Die israelische Militarisierung drückte sich hauptsächlich dadurch aus, dass Gewaltanwendung in den Beziehungen zum arabischen Umfeld legitimiert und gegenüber anderen Lösungen bevorzugt wurde.

Die naheliegende historische Erklärung für den Militarisierungsprozess ist die zunehmend offene Feindseligkeit zwischen den Bewohner*innen der palästinensischen Ortschaften und den Massen an jüdischen Einwander*innen, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts aus Europa in das britische Mandatsgebiet Palästina kamen (Jischuw). Die anfänglich lokalen Spannungen entwickelten sich ab den 1930er-Jahren zu Konflikten zwischen den beiden Communities und nachfolgend zu einer offenen Konfrontation zwischen den umliegenden arabischen Staaten und dem Staat Israel, der 1948 offiziell gegründet wurde. Mit der Vergrößerung des Kreises von mit Israel verfeindeten Staaten nahm auch die Militarisierung der israelischen Gesellschaft zu. Dies kann als eine logische Reaktion der Führungselite sowie der israelischen Öffentlichkeit auf feindliche Handlungen interpretiert werden. Sicherheitsaspekte waren auch die Rechtfertigung der jüdischen Einrichtungen im Mandatsgebiet Palästina (1920–1948) für die Anwendung von Gewalt sowie die verstärkten Bemühungen, wirtschaftliche und personelle Ressourcen für militärische Zwecke zu mobilisieren. Zu Beginn beschützten Milizen der zionistischen paramilitärischen Untergrundorganisation Haganah die jüdischen Gemeinden; später entwickelten sie sich zu einer quasi-regulären Armee, aus der im Mai 1948 die israelischen Streitkräfte (IDF) hervorgingen.

Das ist jedoch nur ein Teil der Wahrheit. Die israelische Militarisierung entsprach verschiedenen Interessen – mindestens drei Ebenen sind hier voneinander zu unterscheiden.

Die erste Ebene war generationsabhängig. Die Generation hebräischsprachiger Jugendlicher, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Palästina aufwuchs, stellte die eher auf Verhandlungen setzende Strategie der Jischuw-Führung infrage und verfolgte einen aktivistischen Ansatz, der die Aufstellung einer eigenen Militäreinheit befürwortete. Dies führte 1920 zur Gründung der Haganah (Hebräisch für Verteidigung). Zwanzig Jahre später war es wieder eine in Palästina geborene Generation, die die defensive Haltung der Jischuw-Führung gegenüber palästinensischen Angriffen kritisierte und einen offenen Ansatz favorisierte, der im Jahr 1941 zur Gründung

des (der Haganah unterstellten) Palmach, der Guerillaarmee des jüdischen Jischuws, führte.

Zweitens spielten bei der Militarisierung ökonomische Entscheidungen und Klassenauseinandersetzungen eine Rolle. Als die jüdischen Einwander*innen der Zweiten Aliyah (1904–14) beschlossen, einen homogenen jüdischen Arbeitsmarkt aufzubauen, anstatt sich in einem integrativen Wirtschaftsrahmen mit den relativ billigen arabischen Arbeitskräften auseinanderzusetzen, distanzieren sie sich von der lokalen Bevölkerung – und der Konflikt mit der arabischen Bevölkerung nahm zu.

Drittens gab es institutionelle Gründe für die fortschreitende Militarisierung. Im Zuge der neuen Einwanderungswellen weiteten sich die gewalttätigen interkommunalen Konflikte aus. Der Aufbau des «werdenden Staates» wurde durch die Erweiterung des Landbesitzes, die Rekrutierung zum Militär und den Aufbau effektiver Verwaltungseinrichtungen vorangetrieben. Dadurch entstand ein institutionelles Interesse an der Aufrechterhaltung des Konflikts – insbesondere vonseiten der Institutionen des «werdenden Staates» wie die Histadrut und der Jewish Agency.

In dem Maße, in dem die Militarisierung zunehmend personelle und materielle Ressourcen mobilisierte, nahm auch die Abhängigkeit der Militärorganisationen von den Institutionen des «werdenden Staates» zu für Rekrutierungs- und Finanzierungszwecke. Die militärischen Organisationen wurden so der politischen Kontrolle unterworfen und dieses Muster wurde im Übergang zur Staatsgründung erhalten.

1948 – unter der Ägide des ewigen Konflikts

Nach dem Krieg von 1948 bildeten sich drei Grundpfeiler des israelischen Militarismus heraus: Der Erste ist das militärische Denken, das sich von der Armee auf die zivile Führung übertrug.¹ Wesentlich dabei ist die Überzeugung, dass der Feind nur die Sprache der Gewalt verstehe und daher grundlegende Probleme nur militärisch gelöst werden könnten. Daraus folgt, dass es notwendig und oberste Priorität ist, immer gut gerüstet und auf einen Krieg vorbereitet zu sein. Der zweite Grundpfeiler des israelischen Militarismus ist kultureller Natur. Armee und Krieg nehmen in der kollektiven Erfahrung der israelischen Gesellschaft eine zentrale Stellung ein. Dies drückt sich unter anderem aus in der allgemeinen Wertschätzung der Armee mit öffentlichen Militärparaden, dem Gedenken an gefallenen Soldaten*innen, zahlreichen Kriegsliedern und der großen Bedeutung von Radio Galei Zahal (ein populärer Rundfunksender, der seit 1950 im Rahmen der Armee betrieben wird).

Der dritte Grundpfeiler ist der materialistische Charakter des Militarismus.² Damit sind die Möglichkeiten dominanter sozialer Gruppen gemeint, aus ihrem Beitrag

zum Militär wirtschaftliche und gesellschaftliche Vorteile zu ziehen, und ihre Bereitschaft, dafür eine permanente Kriegsbereitschaft (bzw. Kriegshandlungen) zu legitimieren und als Soldat*innen und Steuerzahler*innen Opfer zu bringen. Das Fundament für diesen materialistischen Militarismus wurde bereits in den ersten Jahren nach der Staatsgründung gelegt: Die Herausbildung einer ethnischen Klassenstruktur stellte die Vorherrschaft der säkularen, damals aschkenasischen Mittelschicht über die Immigrant*innen aus arabischen Ländern (Mizrachim) sicher. Sie basierte auf der Existenz des Konflikts mit den Palästinenser*innen, sicherte Kriegsgewinne etwa durch Landenteignungen, und legitimierte die sozialen Ungleichheit. Dabei spielte die Armee eine wichtige Rolle. Sie wurde auf der Grundlage einer versteckten ethnischen Klassendiskriminierung aufgebaut, die vor allem Mizrachim an den Rand der elitären Kampfeinheiten drängte und ihnen den Aufstieg in Offizierspositionen erschwerte. Ihre militärische Marginalisierung bestimmte ihre Marginalisierung auf dem Arbeitsmarkt. Andererseits wurden Angehörige etablierter (aschkenasischen) Gruppen bei militärischen Einsätzen und beruflichen Beförderungen bevorzugt. Diese Ungleichheit trug beispielsweise dazu bei, die bevorzugte Vergütung der angesehenen Mitglieder der damaligen alten „Arbeitersiedlung“ (hauptsächlich der Kibbuzim) zu rechtfertigen, da sie angeblich mehr als andere zur Armee beigetragen haben und als Verantwortlicher der militärischen Leistungen gesehen wurden. Diese Dominanz legitimierte ihre bevorzugte gesellschaftliche Stellung. Auf diese Weise wurde der Vertrag zwischen der Armee (durch den Staat) und der säkularen Mittelschicht geschlossen, wonach militärische Opfer gesellschaftlich belohnt werden.

Der Aufbau des «werdenden Staates» wurde durch die Erweiterung des Landbesitzes, die Rekrutierung zum Militär und den Aufbau effektiver Verwaltungseinrichtungen vorangetrieben. Dadurch entstand ein institutionelles Interesse an der Aufrechterhaltung des Konflikts.

Hauptakteur der Militarisierung war selbstverständlich die Armee. Als Partner der Politik (nicht unbedingt als eine ihr untergeordnete Institution) spielte die Armee eine zentrale Rolle, sei es bei der Erweiterung der Landesgrenzen im Krieg von 1948 (Palästina-Krieg), bei der Planung der Vergeltungsaktionen in den 1950er-Jahren, die zum

Krieg von 1956 (Sinai-Krieg) führten, bei der Eskalation der Grenzstreitigkeiten, die den Weg zum Krieg von 1967 (Sechstagekrieg) ebneten, oder durch ihren Beitrag zur Aufrechterhaltung der israelischen Kontrolle über die 1967 besetzten Gebiete. Bei all diesen Ereignissen wurden militärische Lösungen gegenüber gemäßigeren Alternativen bevorzugt; Möglichkeiten für Friedensabkommen wurden nicht wahrgenommen.³

1967 – zunehmende Dominanz des militaristischen Diskurses

Wie alle Militarisierungsprozesse war auch der israelische durch eine schrittweise Einengung des Diskurses gekennzeichnet: Bestimmte zunächst debattierbare Themen wurden zunehmend tabuisiert. So gab es in den 1920er-Jahren noch eine breite öffentliche Diskussion über die Vor- und Nachteile einer pazifistischen Haltung gegenüber den arabischen Nachbar*innen. Ab den 1930er-Jahren jedoch begann sich der Diskurs zu wandeln. Nach der Staatsgründung 1948 wurde der militaristische Diskurs schließlich prioritär und nach dem Krieg von 1967 erreichte er seinen Höhepunkt. Denn Israel gab sich nicht damit zufrieden, die feindlichen arabischen Armeen, insbesondere die ägyptische, zu besiegen, sondern eroberte neue Gebiete. Noch entscheidender war jedoch, dass Israel angesichts seiner militärischen Erfolge seine politischen Ziele neu formulierte und sie dem militärischen Denken unterordnete. Dies manifestierte sich im Streben nach «absoluter Sicherheit» durch die Aufrechterhaltung des territorialen Status quo.

Veränderung des Diskurses und Ansätze der Entmilitarisierung

Nach 1967 wurde die Rolle der Armee komplexer. Sie unterstützte die politische Sichtweise, die den Status quo für unumstößlich erklärte, verlor jedoch ihre exklusive Funktion. Ein religiöser Militarismus gewann an Bedeutung. Dessen Priorisierung der Anwendung von Gewalt speiste sich in erster Linie aus einer theologischen Sichtweise. In der Gründung der Bewegung Gusch Emunim 1974 fand sie ihren Ausdruck. Die ultranationalistische Alternative der jungen religiösen Generation zum etablierten Zionismus begründete die militärische Kontrolle Israels über das Westjordanland religiös. Sie erklärte das Territorium für heilig und leitete daraus – und nicht länger (nur) aus Sicherheitsgründen – die Notwendigkeit ab, es zu besiedeln. Gusch Emunim spielte bei entsprechenden Siedlungsprojekten eine große Rolle.

Trotz dieser Entwicklungen begriffen jedoch Teile der israelischen Gesellschaft, vor allem die säkulare Mittelschicht, dass die Anwendung von Gewalt begrenzt werden musste. Der Krieg von 1973 (Jom-Kippur-Krieg), bei dem Israel von einem ägyptisch-syrischen Angriff

überrascht wurde und hohe Verluste erlitt, und noch mehr der erste Libanon-Krieg (1982), der Israel in einen fast 20 Jahre währenden blutigen Stellungskrieg stürzte, hatten die Skepsis gegenüber militärischen Lösungen erhöht. Im Ergebnis zog man sich aus dem Sinai zurück – im Gegenzug für ein Friedensabkommen mit Ägypten (1979). Unter dem Einfluss politischer Proteste erfolgte des Weiteren ein stufenweiser Rückzug aus dem Libanon (1985 und 2000). Auch die aktive Vermeidung des Schusswaffengebrauchs zur Niederschlagung der Ersten Intifada (1987–1993) ist in diesem Zusammenhang zu nennen. Nicht zuletzt blieb im Ersten Golfkrieg (1991) nach dem Beschuss Israels mit Scud-Raketen aus dem Irak eine militärische Reaktion aus. Es schien sich zunehmend die Erkenntnis durchzusetzen, dass Kriege vermeidbar sind und es politische Alternativen dazu gibt. Es kam zu einer politischen Entmilitarisierung.

Zudem nahm das Gefühl der existenziellen Bedrohung in der jüdisch-israelischen Bevölkerung seit den 1980er-Jahren immer mehr ab, wie Meinungsumfragen zeigen.⁴ Die Vorstellung, dass Israels militärische Überlegenheit in der Region gefestigt war, gewann an Gewicht. Gleichzeitig etablierten die USA eine globale Dominanz, die nicht länger vom kommunistischen Block infrage gestellt wurde, und die arabischen Staaten änderten ihre Rhetorik. Sie waren nun bestrebt, ihre Beziehungen zu Israel zu regeln. Es kam zum erfolgreichen Abschluss von Abkommen mit Ägypten, Jordanien und sogar mit den Palästinenser*innen sowie zur Aufnahme eines politischen Dialogs mit weiteren arabischen Staaten wie Marokko und den Golfstaaten. All dies stärkte das Gefühl der nachlassenden Bedrohung.

Es wurde also zunehmend verinnerlicht, dass Gewaltanwendung als Mittel der Politik ihre Grenzen hat; zudem beteiligten sich die USA verstärkt an der Konfliktlösung. Doch dies waren nicht die einzigen relevanten Faktoren. Die israelische Gesellschaft, die sich zunehmend marktwirtschaftlich orientierte, liberalisierte und globalisierte, maß nun den zu erbringenden Opfern einen geringeren Wert bei. Diese Entwicklung wurde durch die Regierungsumwälzung von 1977 befördert. Nach jahrzehntelanger Herrschaft der Arbeiterbewegung und der Mapai-Partei kam die rechte Likud-Partei an die Macht, wodurch religiöse und unterprivilegierte Gruppen gestärkt wurden. Zugleich verlor der historische Beitrag der Eliten zur Staatsgründung an Bedeutung.

In der Folge erodierte die Motivation junger Menschen der säkularen Mittelschicht, Opfer für das Militär zu bringen. Nach und nach veränderte sich dadurch die soziale Zusammensetzung der kämpfenden Einheiten der Armee, insbesondere der Bodentruppen. Immer mehr Rekrut*innen kamen aus der unteren Mittelschicht, waren Mizrachi, Einwander*innen aus der ehemaligen Sowjetunion und aus Äthiopien, Drusen sowie Frauen. Vertreter*innen der säkularen Mittelschicht (überwiegend Aschkenasi) bevor-

zugten dagegen die seit den 1990er-Jahren entstandenen technologischen Abteilungen der Armee.

Zudem vollzog sich ab den 1980er-Jahren in säkularen Kreisen eine kulturelle Entmilitarisierung. Man äußerte sich zunehmend kritisch gegenüber dem Militär und der Militärkultur und wollte Militärpolitik mitgestalten. Gleichzeitig war man immer weniger bereit, den Tod der eigenen Soldat*innen hinzunehmen.

Remilitarisierung und religiös-nationalistischer Diskurs

Nach der zwischenzeitlichen Entmilitarisierung kam es allerdings zu einer Remilitarisierung. Die Oslo-Abkommen (1993/94), die auf dem Papier die Aufgabe des Westjordanlands vorsahen, waren in den Augen rechtsgerichteter religiöser Gruppen, insbesondere der Siedler*innen, eine Bedrohung ihrer Interessen, ja ihrer Identität. Der Ausbruch der Zweiten Intifada im Jahr 2000 – nachdem es der von Ehud Barak geführten Regierung nicht gelungen war, einen Entwurf für ein dauerhaftes israelisch-palästinensisches Abkommen vorzulegen – löste immer wieder Kämpfe zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde aus. Er beschleunigte die Remilitarisierung, bei der religiöse und rechte Gruppen eine zentrale Rolle spielten. Es bildete sich eine Koalition jener Kräfte, die die Oslo-Abkommen aufkündigen wollten und sich gegen eine rechtliche Gleichstellung der palästinensischen Minderheit in Israel wehrten. Sie hatte nicht nur einen großen Anteil an der Verhinderung politischer Schritte in den 1990er-Jahren, sondern unterstützte auch die Eskalationsbestrebungen der Armee, die den Einsatz massiver Gewalt zur Folge hatten.⁵

Religiöse nationalistische Gruppen waren in der Armee zunehmend präsent und zugleich sehr gut organisiert. Sie verfügten über ein Netzwerk von Jeschiwas (Tora-Hochschulen) und vormilitärischen Trainingslagern. Die Leiter dieser Institutionen verhandelten mit der Armee über Möglichkeiten, den militärischen Dienst mit den religiösen Studien und der Lebensart dieser Soldaten kompatibel zu machen. Der religiöse Einfluss in der Armee stieg – so wurden Frauen nicht mehr gleichberechtigt in Kampfeinheiten integriert und das Militärrabbinat wurde als offizielle Bildungsabteilung der Armee gestärkt. Zum Teil wurden religiöse Autoritäten sogar zur bestimmenden Instanz. So gab es bindende rabbinische Verbote, sich an Räumungen von jüdischen Siedlungen im Westjordanland zu beteiligen.

Nach der Zweiten Intifada kam es zu neuen Mustern der Militarisierung in Israel, deren Charakteristika auch im aktuellen Gazakrieg 2023/24 bestehen: Das militärische Denken wurde intensiviert, seine Verbindung zum politischen Denken geschwächt und somit der politische Diskurs zum militärischen umgewandelt.

Dies ist die unvermeidliche Folge davon, dass die Armee das Vakuum füllte, das die Regierung von Benjamin Netanjahu mit der Festlegung eines politischen Status quo nach der Zweiten Intifada hinterlassen hatte, indem sie alle Schritte vermieden hatte, die zu einem israelischen Rückzug aus dem Westjordanland zum Zweck der Errichtung eines palästinensischen Staats hätten führen können. Die Armee spielte nicht nur die Hauptrolle bei der Wahrung des Status quo, das heißt bei der Verhinderung militärischer Erfolge auf palästinensischer Seite. Sie trug auch dazu bei, den Status quo zu legitimieren, indem sie den Glauben stärkte, mit technologischen Mitteln militärische Bedrohungen beseitigen und somit eine politische Lösung überflüssig machen zu können. Dieser Ansatz ist gescheitert und hat zum Gazakrieg 2023/24 geführt.

Exkurs: Asaria-Affäre 2016

Die Asaria-Affäre hat nicht nur den innermilitärischen Diskurs, sondern auch den Diskurs zwischen der Armee und der Zivilgesellschaft verändert. Es begann mit einem Video, das dokumentierte, wie der israelische Soldat Elor Asaria einen palästinensischen Attentäter, der verwundet und bewusstlos am Boden lag, in Hebron erschoss. Das Video ging schnell viral und führte zu Asarias Verhaftung. Daraufhin kam es zu einem Konflikt zwischen der Armee, die sich aufgrund des Videomaterials gezwungen sah, den Soldaten anzuklagen, und dem rechten politischen Lager, das sich gegen eine Bestrafung des Soldaten aussprach und sein Handeln rechtfertigte. In der Folgezeit passte sich die Armee an die an sie gerichteten politischen Erwartungen an und entwickelte einen Diskurs, der nicht unbedingt auf die mit der Militäroperation angestrebten Ziele, sondern die von der Armee ergriffenen Maßnahmen, insbesondere das Töten, fokussierte. Damit versuchte sie zu zeigen, dass die Asaria-Affäre die Fähigkeit der Soldat*innen, zu schießen und zu töten, nicht beeinträchtigt hat.

Gleichzeitig entwickelte sich ein religiös-nationalistischer militaristischer Diskurs innerhalb der Armee und unter denjenigen gesellschaftlichen Gruppen, die die Armee unterstützen. Religiöse und andere sozial marginalisierte Gruppen (denen auch Elor Asaria angehört) – aus denen die Armee einen Großteil ihrer Soldat*innen für die Überwachungseinheiten im Westjordanland und an der Grenze zum Gazastreifen rekrutiert – forderten von der Armee und den staatlichen Institutionen nicht nur Schutz und Unterstützung, sondern auch einen kulturellen Wandel ein. Damit beförderten sie einen neuen religiös-nationalistischen militaristischen Diskurs, der auf die Anwendung von Gewalt stolz ist und sie nicht mehr verheimlicht oder gar leugnet. Darin wird das Motiv der Rache betont und die Kategorie der «Unschuldigen» eliminiert. Zugleich werden die der Armee

aufgelegten rechtlichen Beschränkungen abgelehnt – ebenso wie die Auseinandersetzung mit moralischen Dilemmata. Menschenrechtsorganisationen werden verfolgt und die Tötung von Palästinenser*innen wird stolz präsentiert.

Nach der Zweiten Intifada kam es zu neuen Mustern der Militarisierung in Israel, deren Charakteristika auch im aktuellen Gazakrieg 2023/24 bestehen: Das militärische Denken wurde intensiviert, seine Verbindung zum politischen Denken geschwächt und somit der politische Diskurs zum militärischen umgewandelt.

So wurde Asaria zu einer gesellschaftlichen Ikone, zu einem Symbol nicht nur der militärischen Überlegenheit, sondern auch des Klassenkampfes. Dadurch kam es zu weiteren Formen der Gewaltverherrlichung. Sie erreichten ihren Höhepunkt im aktuellen Gazakrieg, als Soldaten in den sozialen Medien Fotos und Videos verbreiteten, in denen sie beispielsweise damit prahlen, Wohnhäuser und sogar Moscheen in die Luft zu sprengen und palästinensische Gefangene zu demütigen, und in denen sie offen ihren Wunsch äußern, sich an den Bewohner*innen des Gazastreifens zu rächen.

Ausblick

Der Gazakrieg 2023/24 hat den Militarisierungsprozess in Israel intensiviert. Ausdruck dessen ist die breite Unterstützung der Zivilgesellschaft für die israelische Kriegsführung. So werden das große Leid, das der palästinensischen Zivilbevölkerung zugefügt wird, und die schweren Schäden der zivilen Infrastruktur im Gazastreifen hingenommen, und auch die Ausübung militärischer Gewalt vonseiten der Armee wird kaum kritisiert. Gleichzeitig wurde das historische Bündnis zwischen der Armee und dem politischen Mitte-links-Lager erneuert. Im Allgemeinen gab es von dieser Seite fast keinen Widerstand gegen den Gazakrieg.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die politische Kultur in Israel seit den ersten Jahren des Staates Wellen der Militarisierung erlebte, in den 1980er- und 1990er-Jahren eine Entmilitarisierung, die in den Oslo-Abkommen gipfelte, und eine Remilitarisierung mit dem Zusammenbruch der Oslo-Abkommen und dem Ausbruch

des Zweiten Intifada. Es ist also wahrscheinlich, dass die verschiedenen militaristisch geprägten Ansichten in den nächsten Jahren zu verschärften politischen Spannungen in Israel führen werden. Dies umso mehr, da die Regierung dem internationalen Druck ausgesetzt sein wird, einen Kompromiss mit den Palästinenser*innen zu finden.

Übersetzung aus dem Hebräischen von
Ursula Wokoeck Wollin

Anmerkungen

1. Vgl. Kimmerling, Baruch: Patterns of militarism in Israel, in: European Journal of Sociology 2/1993, S. 196–223.
2. Vgl. Levy, Yagil: Israel's Materialist Militarism, Lanham 2007.
3. Peri, Yoram: Between Battles and Ballots: Israeli Military in Politics, Cambridge 1983.
4. Arian, Asher: Israeli Public Opinion on National Security 2001, Tel Aviv 2001.
5. Ben-Eliezer, Uri: War over Peace: One Hundred Years of Israel's Militaristic Nationalism, Berkeley 2019.



Israelische Soldaten nehmen an einer Verteidigungszeremonie an der Klagemauer in der Jerusalemer Altstadt teil, 23. Juni 2016. Foto: Flash90



Aus einer Fernsehreportage: Ein Kind als Elor Asaria verkleidet. Bildunterschrift: „Das ist die andere Seite, die ihre Kinder von klein auf zur Gewalt erzieht. Bei uns ist das nicht so, wir erziehen sie zu guten Bürgern.“ Auf dem Schild steht: «Auch ich bin Elor Asaria.»



EIN MILITÄRHAUSHALT FÜR DEN PERMANENTEN KRIEG

ETTY KONOR-ATTIAS
UND
SHLOMO SWIRSKI

Die höchste Priorität, die Israel dem Militärbudget einräumt, steht seit dem Krieg von 1967, als Israel die Sinai-Wüste, den Gazastreifen, die Golanhöhen und die palästinensische Westbank besetzte, scheinbar wie ein ehernes Gesetz fest. Die Benachteiligten sind die unteren Schichten der israelischen Gesellschaft.

Israelische Soldaten in einem Bereitstellungsraum nahe der Grenze zwischen Israel und Gaza, 21. Juli 2024. Foto: Oren Cohen/Flash90

Israel versteht sich als westliche Nation. Und vieles spricht dafür: Israel verfügt über ein solides – wenn gleich turbulent – politisches Regime, eine fortschrittliche Wirtschaft, eine entwickelte Infrastruktur, einen relativ hohen Bildungsstand, ein modernes öffentliches Gesundheitssystem sowie ein umfassendes Sozialsystem.

Dennoch hinkt Israel in den meisten dieser Bereiche dem Westen hinterher: So stellt Israels Sozialsystem zwar einen Großteil der Sozialdienstleistungen zur Verfügung, die von einem westlichen Sozialstaat erwartet werden können, die dafür bereitgestellten Mittel sind jedoch so begrenzt, dass die meisten Leistungsempfänger*innen unter oder nur knapp über der Armutsgrenze leben müssen.

Dass das Sozialbudget vergleichsweise bescheiden ausfällt, liegt vor allem an seinem größten Konkurrenten um öffentliche Gelder: dem Militärbudget, dem die höchste Priorität gegenüber anderen Budgetposten eingeräumt wird. Dieser Vorrang rührt wiederum daher, dass Israel sich bis auf wenige Ausnahmen (etwa dem Jahrzehnt nach dem Sinai-Krieg 1956 und dem Jahrzehnt nach dem Jom-Kippur-Krieg 1973) in einem ununterbrochenen Konflikt mit unterschiedlichen Zusammenschlüssen arabischer Staaten (1948, 1956, 1967 und 1973) und mit Palästina (1948, 1987, 2000–2005, und 2023/24) befindet. Hinzu kommen zahlreiche Konfrontationen niedriger Intensität, wie die zwei Intifadas und die beiden Invasionen im Libanon (1982–2000 und 2006) sowie der derzeitige (2023/24) Stellvertreterkrieg höherer Intensität, den Israel – gegen die Hamas – mit Iran führt.

Der Verteidigungshaushalt stand jedoch nicht immer an erster Stelle: Bis 1967 war Israel vorrangig mit der Aufnahme riesiger Einwanderungswellen beschäftigt, die mit Nahrungsmitteln, Unterkunft und Arbeitsplätzen versorgt werden mussten. Die israelische Politik hatte damit an erster Stelle eine zivile Agenda. Man sagt, dass Jigal Jadin, der damalige Generalstabschef der israelischen Streitkräfte (IDF), sich schon bald nach Ende des Krieges 1948 an Ben Gurion gewandt habe, um im Hinblick auf eine mögliche «zweite Runde» gegen die arabischen Armeen einen größeren Verteidigungsetat zu fordern. Ben Gurion wies das Gesuch mit der Begründung zurück, dass das Geld für die Aufnahme neuer Immigrant*innen benötigt werde. Damals trat Jadin zurück und Ben Gurion setzte die zivile Agenda fort.

Der Krieg von 1967 sollte zum Wendepunkt werden: Israel eroberte die Sinai-Wüste und den Gazastreifen von Ägypten, die Golanhöhen von Syrien und die palästinensische Westbank von Jordanien. Ursprünglich wollte Israel an den Territorien festhalten, um sie bei Verhandlungen als Druckmittel einzusetzen: eine Entscheidung, die das Land zu einem großen Akteur im Nahen Osten machen sollte. Mit seinem größeren stehenden Heer und seiner schlagkräftigen, von den USA unterstützten Luftwaffe wurde Israel ein anderes Land: Der marxistische

Historiker Eric Hobsbawm scherzte, der Zionismus habe die Juden von einem Shtetl zu einem Staatl gebracht – nun hat sich der jüdische Staat, obwohl er nicht größer als ein Staatl ist, als eine regionale Macht etabliert.

Der neue geopolitische Status hatte allerdings seinen Preis. Er erforderte enorme Investitionen in militärisches Personal, in Waffen und Munition. Wie Amir Oren in *Haaretz* schrieb:

«Man benötigte nur acht Kompanien – Fallschirmjäger, Golani-Brigaden und Grenzpolizei. Sie sicherten die offenen und fragilen Grenzen Israels [...] bis zum Mai 1967. [...] Das war die gesamte Bodentruppe, die die israelischen Verteidigungskräfte zur Aufrechterhaltung der Sicherheit entlang der Konfrontationslinien mit Jordanien, Ägypten, Syrien und Libanon einsetzen mussten. Eine durch Zäune und elektronische Überwachung markierte Grenze, die von der Luftwaffe geschützt wurde, gab es nicht.»¹

Die Situation änderte sich, als Israel beschloss, die neu eroberten Gebiete völkerrechtswidrig zu behalten: Wie Amir Oren erläuterte, wuchs die Zahl der Kompanien, die zur Verteidigung der nun längeren Grenzen benötigt wurden, auf 92 an:

«92, mehr als elf mal acht – die Armee benötigte nach dem Sechstagekrieg 92 Kompanien, um die neuen Grenzen zu bewachen und in den eroberten Gebieten zu patrouillieren.»²

Ein halbes Jahrhundert später, im Jahr 2020, waren die regulären israelischen Streitkräfte noch deutlich größer. Mit einem Anteil von 4,24 Prozent an der Erwerbsbevölkerung lagen sie auf Platz neun einer Rangliste von 165 Ländern. Kein anderer Mitgliedsstaat der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) erreichte einen höheren Rang.³

Der Militärhaushalt wurde zum mit Abstand größten Einzelposten im israelischen Jahreshaushalt. Beeindruckt von den militärischen Leistungen Israels im Jahr 1967, machten die USA den jungen Staat zu ihrem wichtigsten Stellvertreter im Nahen Osten. Damit verbunden war ein umfangreiches Hilfspaket – das größte der Welt vor dem Ausbruch des Ukraine-Krieges. Der überwiegende Teil des Hilfspakets wurde in Form von US-Dollar für den Kauf von in den USA hergestellten Rüstungsgütern bereitgestellt. Hinzu kam aber auch ein Anteil in israelischen Schekel: für Treibstoff, Ausbildung und die Wartung des Geschenks.

Ein Blick auf die Zahlen (S. 31) lohnt sich. Militärhaushalte lassen sich unter zwei verschiedenen Gesichtspunkten vergleichen: ihr Anteil am Bruttoinlandprodukt oder ihr Anteil am gesamten Staatshaushalt. Israel liegt mit beiden Anteilen vorne: 2022 belief sich der israelische Militärhaushalt auf 4,51 Prozent seiner Wirtschaftsleistung – der höchste Prozentsatz unter den OECD-Ländern.⁴ Im selben Jahr belief sich Israels Militärhaushalt auf 12,2 Prozent des gesamten Jahreshaushalts.⁵

Und das ist noch nicht das Ende der Geschichte: Der Wirtschaftswissenschaftler Yossi Zeira weist darauf hin, dass der genannte BIP-Anteil nicht vollständig ist, da er die Tatsache außer Acht lässt, dass eine große Zahl junger Männer nicht am zivilen Arbeitsleben teilnimmt, was sich jährlich in einem Verlust von 5,7 Prozent des BIP niederschlägt.⁶

Sobald das Verteidigungsbudget feststeht, bleibt nicht mehr viel für andere nicht-militärische zivile Haushaltsposten übrig. Während die zivilen öffentlichen Ausgaben der OECD-Länder im Jahr 2023 durchschnittlich 42,2 Prozent des BIP (ohne Zinsen und Militärausgaben) betragen, waren es in Israel 32,9 Prozent – ein Viertel weniger.⁷

Amerika: Wir halten dir den Rücken frei

Trotz all dieser Ressourcen hat Israel Schwierigkeiten, die Kosten für die Aufrechterhaltung seines «imperialen» Militärstatus ohne ausländische Hilfe vollständig zu decken.

Heute kommt die finanzielle und nicht-finanzielle Militärhilfe überwiegend aus den USA. In der Vergangenheit waren die Quellen noch vielseitiger: 1956 lieferten Frankreich und England entsprechende Hilfen und ab 1967 dann die USA.

Angaben des amerikanischen Rats für auswärtige Beziehungen (Council on Foreign Relations) zufolge macht die US-Hilfe etwa 15 Prozent des israelischen Verteidigungshaushalts aus.⁸ Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts haben die USA eine Vereinbarung unterzeichnet, die Israel bis 2028 jährlich fast vier Milliarden US-Dollar zusichert.⁹

Was die Kampfhandlungen im gegenwärtigen Krieg mit der Hamas betrifft, so haben die USA Israel mit Panzer- und Artilleriemunition, Bomben, Raketen und Kleinwaffen versorgt und erwägen weitere Lieferungen, darunter 50 F15-Kampfflugzeuge.

Genug, um die Kämpfe am Laufen zu halten.

Permanente Kriege und zunehmende Distanzierung von der OECD

Früher hatten die Kriege in unserer Region einen Anfang und ein Ende. Selbst der Jom-Kippur-Krieg. Und mit Sicherheit der sogenannte Sechstagekrieg. Nun scheint es, als gäbe es Kriege, deren Endpunkt nicht absehbar ist.

Schon mit Beginn des Gazakrieges 2023 warnte der israelische Premierminister – und fast alle IDF-Generäle taten es ihm gleich, dass der Krieg lange dauern werde. Auch die israelische Zentralbank scheint diese Einschät-

zung zu teilen. Sie prognostizierte kürzlich, dass sich die Gesamtkosten des gegenwärtigen Konflikts mit der Hamas auf 250 Milliarden Schekel belaufen werden – wenn der Krieg bis 2025 dauern sollte.¹⁰ Dies würde durchgehend hohe Militärausgaben bedeuten sowie kontinuierlich große Hilfspakete aus den USA erfordern. Der Druck auf den israelischen Sozialhaushalt, der ohnehin zunehmend unter den Folgen des andauernden Krieges und den scheinbar nicht enden wollenden Verwerfungen steigt, würde weiter wachsen.¹¹

Im Jahr 2020 lagen die regulären israelischen Streitkräfte, mit einem Anteil von 4,24 Prozent an der Erwerbsbevölkerung, auf Platz neun einer Rangliste von 165 Ländern. Kein anderer Mitgliedsstaat der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) erreichte einen höheren Rang.

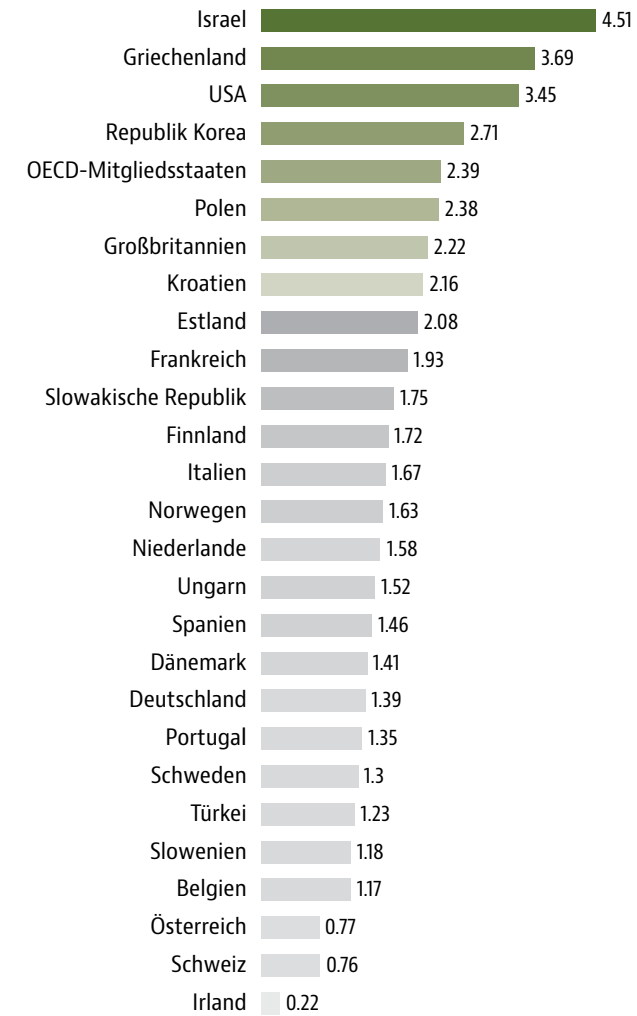
Der dringende Bedarf an umfassenden Investitionen in das israelische Sozialsystem ist bekannt. Bei den meisten sozioökonomischen Indikatoren liegt Israel am unteren Ende der OECD-Skala. Selbst ohne Haushaltskürzungen hat der Sozialdienstleistungssektor mit einem Arbeitskräftemangel zu kämpfen: Immer weniger Fachkräfte sind bereit, für die niedrigen Löhne zu arbeiten, die ihnen der öffentliche Sektor bietet. Dies bedeutet, dass Israels Chancen, in die höheren Ränge der OECD-Sozial- und Wirtschaftsskala aufzusteigen, von Jahr zu Jahr geringer werden, sofern die Kriegshandlungen weitergehen und der Militärhaushalt weiterhin oberste Priorität genießt.

Übersetzung aus dem Englischen von
Gegensatz Translation Collective

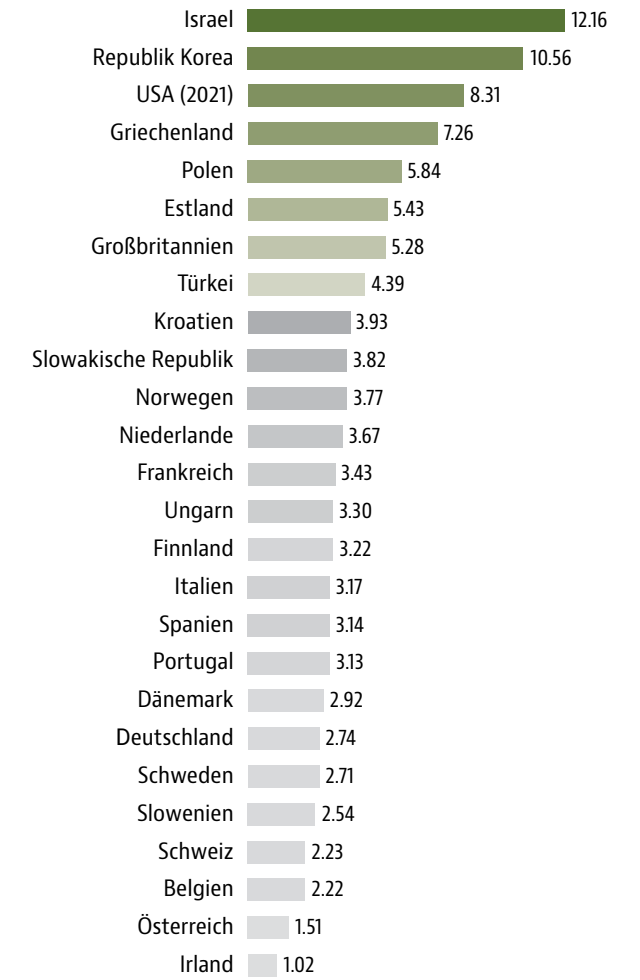
Anmerkungen

1. Oren, Amir: Dem Terror nachgeben. Zurück zur Resolution 242, in: Haaretz, 13.4.2004 (Hebräisch).
2. Ebd.
3. Vgl. Armed forces, percent of labor force – Country rankings (2020), www.theglobaleconomy.com/rankings/armed_forces_percent_labor_force/.
4. Vgl. <https://data.worldbank.org/>, Mai 2024.
5. In den Ausgaben sind die Kosten für innere Sicherheit und öffentliche Ordnung nicht inbegriffen.
6. Zeira, Yossi: Die israelische Wirtschaft, Tel Aviv 2018, S. 126. (Hebräisch). Die Reservist*innen sind hier nicht mitgezählt.
7. Vgl. Bank of Israel: Annual Report 2023, www.boi.org.il/en/communication-and-publications/regular-publications/bank-of-israel-annual-report/bank-of-israel-annual-report-2023.
8. Siehe Jonathan Masters/Will Mellow: U.S. Aid to Israel in Four Charts, Council on Foreign Relations, 13.11.2024, www.cfr.org/article/us-aid-israel-four-charts.
9. Ebd.
10. Vgl. Bank of Israel (30.5.2024): Israel's Economy: Economy in the Shadow of War (Die israelische Wirtschaft: Eine Wirtschaft im Schatten des Krieges).
11. Vgl. darüber hinaus die Veröffentlichungen des Adva-Zentrums.

Militärausgaben in Prozent des BIP: Israel und OECD, 2022



Militärausgaben in Prozent der gesamtstaatlichen Ausgaben: Israel und OECD, 2022



Quelle: Weltbank, Mai 2024

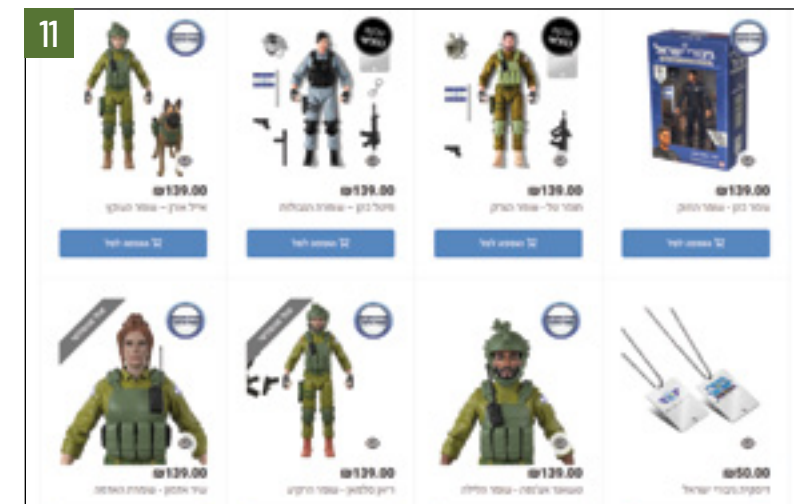
Anmerkung: Für die OECD-Mitgliedsstaaten liegt kein Durchschnittswert vor.

Quelle: Weltbank, Mai 2024

Militarismus und Militarisierung im öffentlichen Raum

Die visuelle Präsenz des Militärs in der israelischen Öffentlichkeit ist seit der Staatsgründung und bis heute unübersehbar: Werbung, Illustrationen in Kinder- und Schulbüchern, Kinderkostüme, Titelblätter von Zeitschriften, Straßenschilder, Denkmäler und Skulpturen, Filme und Fernsehserien und natürlich Soldat*innen mit

ihren Waffen. All dies offenbart die Normalisierung von Krieg, Militär, Wehrpflicht und Waffenpräsenz im öffentlichen Raum als integralen Teil des israelischen Alltags. Die folgenden Bilder wurden über einen Zeitraum von zwei Jahrzehnten von der antimilitaristischen Organisation New Profile gesammelt.





Legende

1. Spendensammlung für Soldaten
2. Schieß-Simulation für Kinder
3. Straßenmonument Kampfflugzeug in Be'er Sheva
4. Jährlicher Überflug von Kampfjets am Unabhängigkeitstag
5. Von Kindergartenkindern gebastelte Papierpanzer für den Unabhängigkeitstag, 2019
6. Besuch von Angehörigen der Streitkräfte in einem Kindergarten, 2000
7. Werbung für eine Entbindungsklinik: „Mit der Präsidentenmedaille ausgezeichnete Soldat im Jahr 2038 (wahrscheinlich in Lis Entbindungsklinik geboren)“, 2024
8. Soldat in Zivil mit Waffe auf einem Jahrmarkt, 2024
9. Mädchenkostüm Soldatin
10. Uniformierte Lehrerin, Foto: Micha Bar-Am, 1958
11. Spielzeugsoldaten «Israels Helden», Special Edition 2024
12. Begegnung von Soldaten und Gymnasiast*innen, 2001
13. Soldaten in der Freizeit am Strand, 2024
14. Schulausflug zu einer militärischen Gedenkstätte, 2001
15. Zeitungsanzeige: «Wisse, woher du kommst und wohin du gehst. Ein echter Israeli weicht nicht aus», 2024
16. Spielende Kinder auf einem ausgemusterten Panzer, 1999
17. Jungenkostüm Soldat
18. IDF-Babystrampler, 2024
19. Werbung für Kaffee: «Willkommen zurück [vom Wehrdienst], Papa!», 1967
20. Picknick im Schatten eines Kriegsflugzeugdenkmals, 1997
21. Straßendenkmal Krieger
22. Kinderbuch «Familie bei der Armee – Geburtstagsfeier», Miskal Verlag, 2021
23. Model-Foto für Kalender, 2024
24. Darsteller*innen der Musical-Produktion «The Band», nach dem gleichnamigen Kultfilm von 1978; Foto von 2022
25. Alltäglicher Umgang mit Waffen in einem Zug, 2020
26. Zigarettenwerbung: «Du hast es verdient! Jetzt genieße es mit der besten (Zigarette)», 1967

SICHERHEITSAPPARAT, KRIMINALITÄT UND TODESANGST: WIE DIE MILITARISIERUNG ISRAELS DIE PALÄSTINENSISCHE GESELLSCHAFT BEEINFLUSST

MEISA IRSHAID Die Militarisierung der israelischen Gesellschaft ist ein Schlüsselfaktor für den Anstieg der Gewalt und Tötungsdelikte innerhalb der palästinensischen Gesellschaft sowie für die Zunahme der Aggression gegen palästinensische Bürger*innen Israels durch jüdische Israelis. Ermöglicht wird dies durch die Verbreitung von Schusswaffen mit militärischer Lizenz in Privathand, das Fehlen restriktiver Vorschriften und Strafverfolgung sowie die Legitimität des Waffengebrauchs in zivilen Räumen.

Verteilung von Waffen an die Bereitschaftskräfte in der Nähe der nördlichen israelischen Grenze zum Libanon, 12. Oktober 2023. Foto: Ayal Margolin/Flash90

In den letzten Jahren ist in Israel die Zahl der getöteten palästinensischen Araber*innen so stark gestiegen wie nie zuvor. Dies lässt sich vor allem auf strukturelle Entwicklungen der organisierten Kriminalität und eine Welle interner Gewalt zurückführen, welche die palästinensische Gesellschaft ergriffen hat. Der Prozess vollzieht sich vor dem Hintergrund eines vorsätzlichen Mangels an staatlicher Regulierung und des Mitwissens von Strafverfolgungsbehörden, deren Aufgabe es eigentlich wäre, den Tötungsdelikten Einhalt zu gebieten. Das in der jüdischen israelischen Bevölkerung vorhandene Arsenal an legalen und zugelassenen Schusswaffen, das sich sowohl in privaten Händen als auch im Besitz des israelischen Militärs befindet, stellt dabei die primäre Quelle dar, aus der auch Waffen und Munition in die palästinensische Gesellschaft fließen.

Die umfassende Bewaffnung der Zivilbevölkerung anhand gelockerter gesetzlicher Vorgaben hat allerdings erfahrungsgemäß auch zur Folge, dass immer mehr Waffen auf illegalem Wege an kriminelle Einzelpersonen und Organisationen innerhalb der palästinensischen Gesellschaft weitergeleitet werden.

Nach dem 7. Oktober 2023 konnte der israelische Minister für Nationale Sicherheit, Itamar Ben-Gvir, sich den allgemeinen Zustand von Panik und Angst zunutze machen und Maßnahmen zur Lockerung der gesetzlichen Vorgaben für den Erhalt von Waffenscheinen und Waffenbesitz einführen. Damit trieb Ben-Gvir die Bewaffnung des jüdischen Teils der israelischen Bevölkerung maßgeblich voran.

Ben-Gvir strebte das übergeordnete Ziel an, die jüdische Kontrolle über arabische Palästinenser*innen nicht nur im Westjordanland und in Gaza, sondern auch innerhalb Israels Grüner Linie, den Waffenstillstandsgrenzen von 1949, im Sinne einer jüdischen Vorherrschaft weiter auszubauen und über palästinensisches Leben zu bestimmen. Innerhalb der Grünen Linie wird diese Strategie nicht zuletzt dadurch verfolgt, dass man die jüdischen Bürger*innen in einem Gefühl des permanenten Ausnahmezustands hält und große Teile der Zivilbevölkerung, vorwiegend Männer, mit Waffen ausstattet und darauf ausrichtet, ihre «arabischen Gegner*innen» zu unterdrücken. Die umfassende Bewaffnung der Zivilbevölkerung anhand gelockerter gesetzlicher Vorgaben hat allerdings

erfahrungsgemäß auch zur Folge, dass immer mehr Waffen auf illegalem Wege an kriminelle Einzelpersonen und Organisationen innerhalb der palästinensischen Gesellschaft weitergeleitet werden. Das führt zu ansteigenden Mord- und Kriminalitätsraten und letztlich zu immer mehr Todesopfern.

Der israelische Sicherheitsapparat ist eine der wichtigsten Waffenquellen für kriminelle Aktivitäten

In den letzten zehn Jahren (2014–2023) hat die Verbreitung von Schusswaffen unter palästinensischen Bürger*innen in Israel über 1.000 Todesopfer gefordert, darunter auch Frauen und Kinder. Bei den meisten dieser Todesopfer handelte es sich jedoch um Männer im Alter zwischen 20 und 35 Jahren.

Viele illegale Schusswaffen gelangen in die Hände palästinensischer Bürger*innen in Israel. Ein Großteil dieser Waffen befindet sich im Besitz krimineller Gruppen, die sie sowohl aus militärischen als auch zivilen Beständen entwenden und nicht zuletzt durch Einbrüche bei Privatpersonen und privaten Sicherheitsunternehmen in ihren Besitz bringen. Jährlich werden auf diesem Weg etwa 200 Schusswaffen und beträchtliche Mengen an Munition gestohlen. Zudem verkaufen Soldat*innen auf dem Schwarzmarkt Waffen zum eigenen Profit. Weitere Waffen stammen aus Waffenlagern, die sich auf israelischen Militärstützpunkten im ganzen Land befinden und keiner strengen Kontrolle unterliegen. So wurden zum Beispiel im Jahr 2020 103 Schusswaffen und über 102.000 Stück Munition des israelischen Militärs entwendet, darunter Kugeln, Granaten, Raketen und Bomben.¹

Schlecht bewachte militärische Übungsgelände sind eine leichte Zugangsmöglichkeit zu Waffen, insbesondere in der Naqab (Negev)-Region und auf den Golanhöhen, wo nach militärischen Übungen oft Munition zurückgelassen wird. Auch Soldat*innen, die sich nicht an die Sicherheitsbestimmungen halten und ihre Waffen unbeaufsichtigt zurücklassen, werden bestohlen. Zum Teil stammen die Waffen aber auch aus Militärlagern sowie aus jüdischen Siedlungen im Westjordanland.

Die israelische Armee ist also die Hauptquelle für Waffen und Munition für die arabische organisierte Kriminalität. Aber auch aus Raubüberfällen auf Privathäuser und Fahrzeuge werden insbesondere Kleinwaffen bezogen, die Zivilist*innen, die einen Waffenschein haben, ohne jegliche staatliche Aufsicht besitzen dürfen, wie aus einer offiziellen Antwort des Ministers für Nationale Sicherheit an die Gun Free Kitchen Tables Coalition im Juli 2023 hervorgeht. Dies belegt auch der Jahresbericht des israelischen Ombudsmanns für das Jahr 2021 mit dem Titel «Illegaler Waffenbesitz und Schusswaffengebrauch in der arabischen Gesellschaft und in Städten mit arabischen Bevölkerungsanteilen».

Gelockerte Zulassungskriterien und fehlende Aufsicht verschärfen das Waffenchaos

Um sich ein umfassendes Bild von der Verbreitung von Kleinwaffen in Israel machen zu können, muss man die Situation vor dem 7. Oktober kennen und sich damit auseinandersetzen, wie politische oder die Sicherheit eines Staates gefährdende Ereignisse wie der Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 dazu benutzt wurden, Maßnahmen einzuführen, mit denen die Verteilung und Verbreitung von Schusswaffen unter männlichen jüdischen Staatsbürgern vorangetrieben wurde – wobei der Aufruf, sich zu bewaffnen, mittlerweile auch auf jüdische Frauen ausgeweitet wurde. Die Verteilung «legaler» Waffen, die Ben-Gvir nach dem von der Hamas durchgeführten Angriff und dem Ausbruch des genozidalen Kriegs gegen Gaza veranlasst hat, stellt auch für Palästinenser*innen, die in Israel und in den besetzten Gebieten in Ost-Jerusalem und im Westjordanland leben, eine enorme Bedrohung dar. Die bewaffnete Einschüchterung bis hin zu tatsächlichen Hinrichtungen von Palästinenser*innen durch Siedler*innen und andere jüdische Staatsbürger*innen sowie israelische Soldat*innen hat die Festigung jüdischer Kontrolle über palästinensisches Leben und die Verdrängung und Enteignung der palästinensischen Bevölkerung weiter vorangetrieben. Eine Entwicklung, die sich am rasanten Anstieg palästinensischer Todesopfer im Westjordanland und an der Gewalt, die von bewaffneten Siedler*innen ausgeht, ablesen lässt.

In den letzten Jahren hat das Ministerium für Nationale Sicherheit mehrere Gesetzesentwürfe und Richtlinien zur Reform der Eignungskriterien für den Erhalt ziviler Waffenscheine unter Israels Schusswaffengesetz vorgelegt. Damit sollte eine Entwicklung vorangetrieben werden, die sich bereits in der Amtszeit des ehemaligen Ministers für Öffentliche Sicherheit, Gilad Erdan, abzeichnete. Ben-Gvir selbst hatte zuletzt im Juni 2023 einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorgestellt. Nur wenige Tage nach dem Angriff der Hamas konnte er sich dann die allgemeine Traumatisierung der Bevölkerung und den Ausnahmezustand zunutze machen: Die von ihm vorgeschlagenen Maßnahmen wurden am 15. Oktober 2023 von den zuständigen Ausschüssen im Parlament bewilligt. Somit wurde die umfassende Bewaffnung der jüdischen Gesellschaft in das israelische Gesetz eingeschrieben. Unter dem Vorwand von «Sicherheitserwägungen» wurden die Kriterien für den Erhalt eines Waffenscheins maßgeblich geändert und ohne Hinzuziehung von Expert*innen erleichtert. Somit wurde auch Ben-Gvirs öffentlich erklärter politischer Agenda einer gestärkten jüdischen Vorherrschaft in Israel Folge geleistet. Diese undemokratische verwaltungstechnische Vorgehensweise stieß jedoch insbesondere in der Presse

auf starke Kritik. Der Rechtsberater des Innenausschusses (ein Vertreter des Justizministeriums) argumentierte, dass die neuen Kriterien, die für einen unbestimmten Zeitraum gelten sollten, nicht ernsthaft erörtert worden seien und daher einen Machtmissbrauch durch den parlamentarischen Ausschuss für nationale Sicherheit in Kriegszeiten darstellen würden.

Zu den wichtigsten Änderungen, die mit den neuen Vorschriften eingeführt wurden, gehören geringere Anforderungen bezüglich der militärischen Ausbildung derjenigen, die einen zivilen Waffenschein beantragen, eine verkürzte Militärdienstzeit, die von Antragsteller*innen für einen Waffenschein verlangt wird, sowie erweiterte Berechtigungskategorien, die beispielsweise auf Familienmitglieder von Landwirt*innen ausgedehnt werden und nicht nur für diese selbst gelten, sowie die automatische Verlängerung privater Waffenscheine.

Das Ministerium für Nationale Sicherheit beschleunigte nicht nur das Verfahren für den Erhalt der Waffenscheine, sondern hat auch eine große Anzahl an «kommunalen Sicherheitskommandos» zusammengestellt. Gemeinden und verschiedene lokale Communities haben in Abstimmung mit dem Ministerium und der Polizei und/oder dem Militär und in einigen Fällen auch eigenmächtig bewaffnete Gruppen gebildet. Dabei werden Schusswaffen an freiwillige Rekrut*innen oder Militärreservist*innen ausgehändigt, die in diesen Trupps ihren Reservedienst ableisten.

In Ermangelung klarer Leitlinien oder gesetzlicher Regelungen ist bei diesen kommunalen Sicherheitskommandos fast jede*r willkommen, darunter auch zahlreiche Personen mit rassistischen Ansichten. Vor allem in sogenannten «gemischten Städten», in denen sowohl palästinensische Araber*innen als auch Jüdinnen und Juden leben (etwa Lod, Ramle oder Haifa), stellen diese Trupps eine ernsthafte Bedrohung dar.

Seit dem 7. Oktober sind die palästinensischen Bürger*innen Israels kollektiven Verurteilungen durch die Polizei ausgesetzt und werden von jüdischen zivilen Gruppen und Institutionen, darunter Arbeitgeber*innen, Universitäten, Krankenhäuser und öffentliche Dienstleister, in einem noch nie dagewesenen Ausmaß schikaniert. Palästinensische Aktivist*innen aus Israel werden zudem von ihren jüdischen Arbeitskolleg*innen, von ihren Nachbar*innen in gemischten Städten, von Gemeindebeamten*innen und Bürgermeister*innen und in ihren Seminaren an den Universitäten bedrängt. Das Gleiche gilt für Künstler*innen, Akademiker*innen und Anwalt*innen, um nur einige weitere Gruppen zu nennen.²

Die Todesstrafe ist bereits jetzt eine verbreitete Praxis

Im März 2024 billigte das israelische Parlament in einer ersten Lesung einen Gesetzesentwurf über die Einfüh-

rung der Todesstrafe für Terroristen. Noch drei weitere Lesungen sind nötig, bevor das Gesetz in Kraft treten kann. Allerdings sind Militärgerichte schon jetzt befugt, Personen, die als Terrorist*innen eingestuft werden, zum Tode zu verurteilen, sofern die Entscheidung des Gerichts einstimmig ausfällt. Bis dato wurde jedoch von solchen Urteilsprüchen abgesehen.

Gleichzeitig werden in Israel und im Westjordanland bereits jetzt immer mehr Menschen ohne Gerichtsverfahren, sogar ohne legale Grundlage oder ausdrückliche Verurteilung mit stillschweigender Zustimmung hingerichtet. Die geringe Zahl von Anklagen und das auffällige Fehlen nennenswerter Strafen für diejenigen, die Verdächtige, Diebe oder Angreifer*innen erschießen, haben bereits jetzt zur Folge, dass Verdächtige einfach erschossen werden, statt dass es zu Haftstrafen in der Folge von polizeilichen Untersuchungen kommt.

Bei manchen der auf diese Weise hingerichteten Personen handelt es sich tatsächlich um Angreifer*innen, die im Zuge eines Angriffs erschossen werden. Auch sie stehen unter dem Schutz des Gesetzes oder sollten es zumindest. Angreifer*innen, die angeschossen und verletzt werden und keine oder nur noch eine geringe Gefahr darstellen, sind eigentlich gesetzlich vor der militärischen Praxis geschützt, mit der Soldat*innen während oder nach einem Gefecht sicherstellen, dass feindliche, anscheinend verletzte Soldat*innen tatsächlich getötet und somit «neutralisiert» werden. Erfolgt eine solche Handlung im Kontext eines aktiven Gefechts, so wird sie normalerweise auf der Grundlage gerechtfertigt, dass die Streitkräfte nicht in der Lage seien, die Festnahme verletzter feindlicher Soldat*innen durchzuführen, ohne ein Sicherheitsrisiko einzugehen. Diese Vorgehensweise scheint sich allerdings auf außermilitärische Situationen ausgedehnt zu haben. So zum Beispiel im Fall von Abd Elohab Halaila, der am 4. Juli 2023 nur wenige Minuten, nachdem er acht Passant*innen angefahren und anschließend auf sie eingestochen hatte, von einem bewaffneten Bürger zuerst angefahren und dann erschossen wurde, wobei Letzterer wiederholt auf Halaila schoss, nachdem dieser auf einer Straße im nördlichen Tel Aviv bereits «neutralisiert» worden war.

Bei einem beträchtlichen Anteil der Hingerichteten handelt es sich allerdings nicht um Angreifer*innen, sondern lediglich um Verdächtige. Dabei kommt es in den meisten Fällen nicht zu Ermittlungen oder Untersuchungsverfahren. Oder aber die Dokumentation hierzu ist für die Öffentlichkeit nach einer Erschießung nicht zugänglich, sodass unmöglich festgestellt werden kann, ob ein Angriff tatsächlich stattgefunden hat. Kürzlich bestanden zwei Mitglieder des Stadtrats von Tel Aviv darauf, die Umstände rund um die Erschießung eines städtischen Beamten eingehend zu untersuchen. Ob aber Yusuf Abu-Jaber, der am 7. April 2023 auf der Promenade in Tel Aviv-Jaffa erschossen wurde, wirklich ein

Angreifer war, der vorsätzlich acht Passant*innen überfuhr (wobei eine Person später ihren Verletzungen erlag), oder nur ein Autofahrer, der in einen tragischen Unfall verwickelt worden war, wird die Öffentlichkeit wohl nie erfahren.

Die derzeit gängige Vorgehensweise, zu schießen statt festzunehmen – oder um es noch direkter zu sagen: Verdächtige ohne Verfahren hinzurichten und jüdischen Schütz*innen, die Teil der nationalen Sicherheitskräfte sind, Straffreiheit zu garantieren –, hat sich im Lauf der vergangenen Jahre im Westjordanland und auch in Israel etabliert, vor allem wenn es sich bei den Opfern um Palästinenser*innen handelt. Dazu zählen auch die 13 unbewaffneten Palästinenser*innen – die meisten von ihnen mit israelischer Staatsbürgerschaft –, die im Jahr 2000 bei Demonstrationen erschossen wurden. Derartigen Hinrichtungen fallen überwiegend Palästinenser*innen zum Opfer – sowohl in den besetzten Gebieten als auch innerhalb der israelischen Staatsgrenzen. Die Erschießungen basieren auf der unverhohlenen rassistischen Entwertung palästinensischen Lebens in einem israelischen Regime der jüdischen Vorherrschaft.

Es gilt die pauschale Erlaubnis zum straffreien Schießen, wobei die den potenziellen Schütz*innen geläufige Begründung «Ich hatte Angst um mein Leben» auch für jüdische Opfer gilt. Zwischen 2019 und 2023 wurden neun Fälle außergerichtlicher Tötungen von Personen mit körperlichen und geistigen Behinderungen oder einer Form von Autismus verzeichnet. Sie wurden von Sicherheitskräften erschossen, die dazu ausgebildet sind, selbst in komplexen Situationen Festnahmen vorzunehmen, und die sich des rechtlichen Rahmens, in dem sie agieren, bewusst sind. Drei der Toten waren Palästinenser*innen. Die anderen sechs waren jüdisch und kamen aus ärmeren Bevölkerungsgruppen oder sogenannten Randgruppen, wie sie in den kommerziellen Medien bezeichnet werden. Mitglieder benachteiligter Bevölkerungsgruppen, selbst wenn diese Teil der jüdischen Gesellschaft sind, die im Land einige Privilegien genießen – wozu normalerweise auch das Recht gehört, festgenommen statt erschossen zu werden – und die darüber hinaus noch körperliche oder geistige Behinderungen oder psychische Erkrankungen haben, unterliegen einem erhöhten Risiko, durch Waffengewalt zu sterben.

Innerhalb weniger Monate hat Ben-Gvirs Politik einer erleichterten und umfassenden zivilen Bewaffnung mehrere Zehntausende neue Schusswaffen in die Hände der jüdisch-israelischen Bevölkerung gebracht. Ganz im Sinne von Ben-Gvirs Aussagen und Absichten wurden diese Waffen innerhalb Israels mehrmals gegen Palästinenser*innen gerichtet.

Laut Berichten, die auf sozialen Medien geteilt und von Gun Free Kitchen Tables aufgezeichnet wurden, führen die Sicherheitstruppen einiger Gemeinden Patrouillen durch, bei denen sie regelrecht Jagd auf arabische Bürger*innen machen. Hinzu kommt der direkte und indirekte Schaden, der den vulnerablen Teilen der israelischen Gesellschaft zugefügt wird: Angaben der Union of Social Workers zufolge stellen die kursierenden Waffen, besonders im Kontext grassierender häuslicher Gewalt, eine enorme Gefahr für die persönliche Sicherheit und körperliche Unversehrtheit dar.

Darüber hinaus wurden Waffen auch eingesetzt, um Aktivist*innen jüdischer Friedensbewegungen einzuschüchtern, die sich gegen den genozidalen Krieg aussprechen. Es ist zudem absehbar, dass sie die Suizidrate in die Höhe treiben werden, wovon die Gesundheitsbehörden bereits gewarnt haben.

Die größte Sorge, die sich aus den Erfahrungen der Vergangenheit ergibt, ist, dass immer mehr Waffen über unterschiedliche Wege in die Hände arabischer krimineller Organisationen geraten und sich so Gewalt und Kriminalität innerhalb der arabischen Gesellschaft verschlimmern. Es wird wohl noch eine Weile dauern, bis die staatlichen Behörden ihre Datenbanken aktualisieren, die tatsächlichen Opferzahlen ermitteln und die Anzahl gestohlener ziviler und militärischer Schusswaffen beziffern, die nach dem 7. Oktober 2023 an kriminelle, vorwiegend arabische Organisationen weitergeleitet wurden.

Auch wenn die Zukunft düster aussieht, bleibt es oberste Pflicht, die Verbreitung von Schusswaffen und die allgemeine zunehmende Militarisierung einzudämmen. Die leicht und in großer Anzahl zugänglichen Waffen zerrütten das soziale Gefüge und untergraben das Fundament der Demokratie und gesunder sozialer Beziehungen. Ihre Verbreitung treibt eine nationale Minderheit, die zwischen die Fronten des faschistischen israelischen Regimes und der kriminellen Banden geraten ist, in einen beunruhigenden Zustand der Unsicherheit und verkümmerter sozialer Entwicklung, der vom israelischen Sicherheitsapparat billigend in Kauf genommen und gutgeheißen wird.

Dieser Artikel basiert auf dem Positionspapier von Mada al-Carmel «The «Israel is Arming» Campaign: A Recipe for rising crime and violence among Palestinians», das im April 2024 (auf Englisch) erschien sowie auf dem Artikel «Schießen, um zu töten – «Ich hatte das Gefühl, mein Leben wäre in Gefahr», der gemeinsam mit Rela Masali geschrieben und am 23. August 2024 auf der HaOkets Digital Platform veröffentlicht wurde (Hebräisch).

Übersetzung aus dem Englischen von
Gegensatz Translation Collective

Anmerkungen

1. Antwort der Armee auf eine Anfrage nach dem Informationsfreiheitsgesetz, die im Rahmen einer Petition beim Bezirksgericht Tel Aviv eingereicht wurde. Vgl. Verwaltungspetition Nr. 42805-12-21, Gun Free Kitchen Tables gegen die israelischen Verteidigungstreitkräfte (IDF).
2. Vgl. Mada al-Carmel: The War on Gaza: The Policy of Silencing, Intimidating, and Persecuting Palestinians in Israel, Arab Center Washington D.C., 20.11.2023, <https://arabcenterdc.org/resource/the-war-on-gaza-the-policy-of-silencing-intimidating-and-persecuting-palestinians-in-israel>.

«Du sollst zusammen mit deinem Nächsten kämpfen wie für dich selbst: Ohne die Rekrutierung von 34.000 Soldaten ist Israel in Gefahr.»
Werbeposter für den Beitritt in die israelische Armee auf einer Autobahn in Jerusalem, Mai 2024. Foto: Flash90

בני גיוס של
34,000 חיילים
ישראל בסכנה!



ונלחמת
לצורך כבוד

VERWEIGERUNG ODER KRIEG IM NAMEN GOTTES: DIE ULTRAORTHODOXE GESELLSCHAFT AM SCHEIDEWEG



5.0

MICHAL ZERNOWITSKI Einer der größten Streitpunkte zwischen säkularen Jüdinnen und Juden und der ultraorthodoxen Bevölkerung Israels besteht darin, dass die Last des Militärdienstes ungleich verteilt ist. Seit dem 7. Oktober 2023 hat sich diese Kontroverse verschärft. Ein Versuch, die ambivalenten Botschaften der ultraorthodoxen Gesellschaft in Israel zu verstehen.

Ende Oktober 2023, in der dritten Kriegswoche, waren in Israel fast keine kritischen jüdischen Stimmen gegen den Krieg zu hören – die jüdische Bevölkerung stand fast geschlossen hinter dem militärischen Vorgehen im Gazastreifen. In dieser Woche veröffentlichte die Belser chassidische Bewegung das Folgende im Schabbat-Bulletin:

«Es wäre passend, hier ein Wort der Tora nahezubringen, das nicht so bekannt ist – aus Respekt vor der Heiligkeit unseres Lehrers Maharid [Rabbiner Yissachar Dov Rokeach, 1851–1926], möge uns sein Andenken beschützen, der ein großer Kriegsgegner war, und zwar nicht nur, weil Kriege Zerstörung und Blutvergießen verursachen, sondern auch, weil der Krieg an sich eine schlechte Sache ist.

Wie wir immer beten: «Der, der Frieden in seinem Himmel schafft, wird auch für uns Frieden schaffen» [...] denn Kriege sind in keiner Weise gut, und nur wenn es kein Entrinnen gibt, Gott bewahre, wenn der Feind in den Krieg zieht oder in einem Mitzwa-Krieg [gerechten Krieg], sollten wir zu Gott beten, er möge den Krieg mit einem Sieg segnen, aber Krieg ist kein Ideal.»

Ist diese Aussage repräsentativ für die Einstellung der ultraorthodoxen israelischen Gesellschaft? Ich befürchte, dass dies nicht der Fall ist. Ähnliches findet sich in anderen ultraorthodoxen Medien sowie in den Lehren ultraorthodoxer Rabbiner seit dem 7. Oktober 2023 so gut wie nicht, und das war auch schon vorher so. Die Belser chassidische Bewegung und ihr derzeitiger Oberrabbiner stellen den Links-außen-Flügel der Ultraorthodoxen in Israel dar – so klingen ihre Worte in den Ohren junger ultraorthodoxer Menschen reichlich realitätsfern.

In der religiös-zionistischen Öffentlichkeit Israels äußern sich unter anderem auch Tora-Gelehrte, die den Krieg idealisieren und ihn verherrlichen. So sagte Anfang November 2023 Rabbiner Amichai Friedman im Trainingslager der Nachal-Infanteriebrigade den Soldaten in Bezug auf das militärische Vorgehen Israels: «Ich sitze hier und stelle mir vor, dass es in diesen Tagen keine Toten, keine Entführten und keine Verwundeten gibt, und sobald ich sie aus dem Blickfeld entferne, verbleibe ich mit dem vielleicht glücklichsten Monat meines ganzen Lebens.»

Rabbiner Yigal Levinstein, Leiter der vormilitärischen Trainingsschule Bnei David in der illegalen Siedlung Eli im Westjordanland, verfasste aus gegebenem Anlass eine Broschüre mit dem Titel «Wie ein Löwe erhebt es sich – über die Erhöhung des Gemüts und die besondere Lebensebene während des Krieges». Darin heißt es:

«Der Krieg ist keine Nebensache und sollte auch nicht als «Fehler» oder «Missgeschick», das wir lieber vermeiden würden, behandelt werden. Der Krieg ist etwas Großes; er bringt schließlich eine großartige Botschaft für die Menschheit mit sich.»

«... es gibt besondere Momente im Leben einer Nation, Zeiten, in denen die innere Seele mit all ihrer Vitalität erstrahlt. Das ist die Zeit des Kriegs.» (Numeri 23: 6, 24)

Auch diese Haltung ist in der ultraorthodoxen israelischen Gesellschaft ansonsten kaum vorhanden. Die Einstellung zum Krieg ist ebenso wie in der säkularen und traditionellen jüdischen Öffentlichkeit eine andere.

«Sein Tora-Studium ist sein Beruf» – Einstellung der Ultraorthodoxen zum Militärdienst

Bis auf sehr wenige Ausnahmen leisten ultraorthodoxe Israelis keinen Militärdienst. Ultraorthodoxe Frauen sind aus religiösen Gründen vom Militärdienst freigestellt; die Männer im relevanten Alter studieren meist in Jeschiwas (Tora-Schulen) und werden nicht rekrutiert – weder als reguläre Militärdienstleistende noch als Reservisten. Für so einen jungen Schüler gilt: «Sein Tora-Studium ist sein Beruf» – er wird vom Militärdienst zurückgestellt, solange er in einer Jeschiwa studiert und keiner sonstigen Arbeit nachgeht. Ab einem bestimmten Alter beziehungsweise einer bestimmten Anzahl eigener Kinder werden ultraorthodoxe Israelis gänzlich vom Militärdienst befreit – dann können sie auch die Jeschiwa verlassen und arbeiten.

In den ersten Jahren nach der Staatsgründung 1948 war die Zahl der Jeschiwa-Studenten, die von diesem Status profitieren konnten, begrenzt. Menachem Begin, von 1977 bis 1983 Premierminister Israels, hob diese Begrenzung auf, um mit seiner Likud-Partei eine Regierungskoalition mit den Orthodoxen eingehen zu können. In der Vergangenheit war es üblich gewesen, dass etwas ältere, verheiratete ultraorthodoxe Männer einen verkürzten Militärdienst leisteten und dann in der Reserve dienten, auch in Kampfeinheiten. Im Laufe der Jahre wählten jedoch immer weniger ultraorthodoxe Männer diesen Weg. Immer mehr Männer schoben ihren Militärdienst einfach so lange auf, bis sie das Alter der Freistellung erreichten. In der chassidischen Gesellschaft, in der junge Männer nach ihrer Heirat ihr Studium in der Jeschiwa nicht fortsetzen, war es üblich, den Militärdienst dadurch zu umgehen, indem man im Alter von 18 Jahren eine Freistellung aus psychischen oder medizinischen Gründen erwirkte.

Die offizielle ultraorthodoxe Position war und ist bis heute gespalten. Die einen sagen: Diejenigen, die die Tora studieren, sollten nicht rekrutiert werden, und diejenigen, die nicht die Tora studieren, sollten im Militär dienen. Die anderen sagen, dass überhaupt keine ultraorthodoxen Männer Militärdienst leisten sollten. Der Grund: Sie befürchten, dass der Dienst in der «säkularen» Armee ihre Religiosität beeinträchtigen oder gar zu ihrer Loslösung von der Religion führen könnte. In der Praxis sind die Rekrutierungsquoten unter ultraorthodoxen Männern im Laufe der Jahre gesunken.

Einer der größten Streitpunkte zwischen der säkular- und der religiös-zionistischen Bevölkerung auf der einen Seite und den Ultraorthodoxen auf der anderen Seite besteht darin, dass die Belastung durch den Militärdienst ungleich verteilt ist. In den Jahren vor dem 7. Oktober 2023 war das Thema von der Tagesordnung verschwunden – anscheinend zogen es sowohl die israelische Gesellschaft als auch die Politiker*innen vor, ultraorthodoxe Männer pauschal vom Militärdienst zu befreien, um sie in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Doch nun ist die Kontroverse noch stärker ausgebrochen – einerseits, weil es als ungerecht empfunden wird, dass Ultraorthodoxe nicht im selben Maße mit Leib und Leben für den Krieg bezahlen, andererseits aufgrund der wachsenden Belastung der Soldat*innen und Reservist*innen. Der Vorschlag der jetzigen Regierung, den regulären Wehrdienst zu verlängern und die Altersgrenze für Reservist*innen anzuheben, und der gleichzeitige Versuch, ultraorthodoxe Männer per Gesetz weiterhin vom Militärdienst zu befreien, waren für die Mehrheit der Israelis inakzeptabel und bedrohten deshalb den Fortbestand der Regierungskoalition mehr als alles andere.

Verstärkt seit dem 7. Oktober 2023 fragen sich Jeschiwa-Studenten: Ist es in Ordnung, dass wir uns nicht am Kampf und an der Verteidigung des Volkes beteiligen? Wie für fast alle jüdischen Israelis sind auch für sie alle Kämpfe des eigenen Volkes, einschließlich des gegenwärtigen, Verteidigungskriege.

Anfang März 2024 kam es zu einem Sturm der Entrüstung über das, was der sephardische Oberrabbiner Jitzchak Josef, Sohn des verstorbenen Rabbiners Ovadja Josef, in seiner wöchentlichen Lektion sagte:

«Wenn sie uns zwingen, zur Armee zu gehen, werden wir alle ins Ausland reisen. [...] So etwas gibt es nicht. All diese Säkularen, die das nicht verstehen, müssen einsehen, dass es ohne die Tora, ohne die Kollelim [Institute für fortgeschrittene Tora-Studien], ohne die Jeschiwas keine Existenz gäbe. [...] Die Erfolge der Armee sind nur den Männern der Tora zu verdanken. Meine Herren, das sollte jeder mit Stolz sagen. Ja, wir beschäftigen uns mit der Tora, und es ist die Tora, die uns schützt.»

Meiner Meinung nach spiegeln diese Worte die Position der ultraorthodoxen Jüdinnen und Juden in Israel in Bezug auf Militärdienst und Krieg perfekt wider. Einige Tage später erläuterte Rabbi Jitzchak Josef dies genauer:

«Dies schmälert nicht den Verdienst und das Ansehen jener Soldaten, die an der Front ihr Leben für das Volk Israel riskieren, oder der geehrten Hinterbliebenen der Märtyrer, die für die Verteidigung des Volkes Israel gefallen sind und ihren Platz in der ersten Reihe zusammen mit den höchsten Heiligen im Paradies haben. [...] Im Gegenteil, diese Männer der Tora [...], deren Stärkung und größte Pflicht es ist, zu sitzen und [die Tora] zu lernen, müssen wissen, dass sie die Verantwortung haben, das Volk Israel und die Soldaten zu schützen, und dass sie die Tora nicht eine Sekunde lang verlassen dürfen, denn mit ihren Worten [...] unterstützen sie die Kämpfe. Ich spreche hier hauptsächlich von den Männern in den Jeschiwas, die, Gott sei Dank, den ganzen Tag die Tora studieren können, im Gegensatz zu jener Minderheit in unserer Community, die nicht die Tora studiert und der es absolut verboten ist, sich mit der Ausrede «sein Tora-Studium ist sein Beruf» [vom Militärdienst] freistellen zu lassen.»

Diese Einstellung unterscheidet sich grundlegend von der Position der religiös-zionistischen Jüdinnen und Juden, wonach Jeschiwa-Studenten ebenfalls in der Armee dienen sollen und das Tora-Studium kein Grund für eine Freistellung vom Militärdienst sei.

Rabbi Jitzchak Josef richtete seine Worte nicht nur an die Säkularen, sondern vor allem an die Ultraorthodoxen, insbesondere an die Jeschiwa-Studenten. Verstärkt seit dem 7. Oktober 2023 fragen sich Jeschiwa-Studenten: Ist es in Ordnung, dass wir uns nicht an der Verteidigung des Volkes beteiligen? Wie für fast alle jüdischen Israelis sind auch für sie alle Kämpfe des eigenen Volkes, einschließlich des gegenwärtigen, Verteidigungskriege. Rabbi Jitzchak Josef und die leitenden Rabbiner der Jeschiwas aller ultraorthodoxen Fraktionen in Israel halten ihnen entgegen: Das Tora-Studium ist Teil der Kriegsanstrengungen und dabei vielleicht sogar wichtiger als der tatsächliche Kampf.

Diese Position ist jedoch verwirrend: Einerseits beinhaltet sie die gleiche militaristische Sicht auf den Konflikt wie die Position vieler anderer jüdischer Israelis: Es wird weder Kritik am Krieg selbst noch an der Art und Weise, wie er geführt wird, geübt. Es wird auch nicht die Notwendigkeit einer diplomatischen Lösung oder einer Verkürzung des Krieges propagiert. Das Tora-Studium selbst wird für den Krieg rekrutiert als etwas, das die Kämpfer und das Volk Israel schützt. Andererseits behaupten die ultraorthodoxen Rabbiner, dass es wahrscheinlich überhaupt keinen Krieg gegen das israelische Volk gegeben hätte, wenn das gesamte Volk Israel die Tora und die Mitzwot (Gebote) befolgt hätte. Diese Aussage mag keinen Bezug zur Realität haben – letztendlich weckt sie aber doch das Gefühl, Kämpfen sei nicht die richtige Lösung, um ein Leben in Frieden und Sicherheit zu erlangen.

Mit seiner Androhung, das Land zu verlassen, «wenn ihr uns nicht die Tora studieren lasst», macht Rabbi Jitzchak Josef den grundlegenden Unterschied zwischen der ultraorthodoxen und der zionistischen (sowohl der säkularen als auch der religiösen) Sichtweise bezüglich der jüdischen Souveränität in «Eretz Israel» klar. Oder mit anderen Worten: Wie wichtig ist für die ultraorthodoxen ein jüdischer Staat und welchen Preis sind wir bereit, dafür zu zahlen?

Dehikat Haketz – die Einstellung der Ultraorthodoxen zum israelischen Staat

Zur Zeit des beginnenden Zionismus und der Gründung des israelischen Staates debattierten die ultraorthodoxen Führer in Israel und Europa darüber, ob die Gründung des Staates Israel unterstützt werden sollte. Zunächst sei dazu die Halacha zu befragen – die rechtlich verbindlichen Gebote und Verbote des Judentums. Mit ihr könne die Staatsgründung als *Dehikat Haketz* (Beschleunigung des messianischen Endes der Tage) betrachtet werden und eine verbotene Handlung darstellen. Schließlich besage die Halacha, dass das Volk Israel nicht ohne ein vorheriges göttliches Eingreifen in Form eines Messias zur Souveränität in sein Land zurückkehren dürfe.

Bis heute gibt es in Israel Strömungen (Satmar Chassidim, Neturei Karta), die diese Position vertreten und den israelischen Staat ablehnen, doch die absolute Mehrheit der ultraorthodoxen Israelis akzeptierte schließlich die Staatsgründung im Jahr 1948. Im Gegensatz zur religiös-zionistischen Strömung, die den israelischen Staat als Beginn der Erlösung betrachtet, ist er für Ultraorthodoxe bestenfalls ein Staat wie jeder andere und schlimmstenfalls ein problematischer Staat, weil er sich als Staat von Jüdinnen und Juden nicht an die Gesetze der Tora hält. Das ist auch der Grund, warum die Partei Degel haTora (Banner der Tora) – die litauische Fraktion im Parteienbündnis Vereinigtes Tora-Judentum – bis heute keine Ministerposten übernimmt, auch wenn sie Teil der Regierungskoalition ist.

Die Aussage von Rabbi Jitzchak Josef, dass die Ultraorthodoxen im Falle einer zwangsweisen Rekrutierung am liebsten ins Ausland abwandern würden, ist freilich nicht praktisch umsetzbar. Aber sie zeugt von dem begrenzten Ausmaß, in dem sich die Ultraorthodoxen der Idee der jüdischen Souveränität in «Eretz Israel» verpflichtet fühlen. Sei der Preis für die jüdische Souveränität ewiger Krieg, seien die Ultraorthodoxen nicht bereit, ihn zu zahlen. Ihre Sicherheit sei gottgegeben und damit nicht von jüdischer Souveränität oder Macht abhängig. Daher ist für sie jede Regierung in Israel, die es ihnen ermöglicht, in Frieden zu leben und einen ultraorthodoxen Lebensstil aufrechtzuerhalten, ebenso gut wie eine andere jüdische Regierung. Dieses Konzept unterscheidet sich grundlegend vom zionistischen Konzept, zumindest von dessen Ausformung seit der Staatsgründung. Und ohne Frage bildet es einen Gegensatz zum

religiös-zionistischen Konzept, das die Erfüllung der jüdischen Souveränität als Teil der religiösen Pflicht vorsieht – mit dem Ziel, der göttlichen Erlösung näherzukommen.

Ist das nur die Meinung der führenden Rabbiner oder wird sie von den Mitgliedern der ultraorthodoxen Gemeinden geteilt? Ich glaube, dass auch deren innerste Überzeugungen all diese ultraorthodoxen Ideologien widerspiegeln. Zugleich leben sie immer weniger zurückgezogen, sind immer stärker in die israelische Gesellschaft integriert. Da es keinen klaren ultraorthodoxen Weg für den Übergang zum Israeli-Sein gibt, werden hierfür oft Werte und Mentalität des religiösen Zionismus – der in der jüdischen Souveränität eine religiöse Pflicht sieht – übernommen.

Die wenigen ultraorthodoxen Männer, die in Kampfeinheiten der Armee dienen, sind in der Regel gefährdete Jugendliche beziehungsweise junge Männer, die in speziell eingerichteten Einheiten landen und dort zusammen mit Soldaten, die der nationalistischsten Ausprägung des religiösen Zionismus anhängen, dienen. Dort gibt es keine Tora-Diskussionen darüber, was aus halachischer beziehungsweise jüdischer Sicht im Krieg erlaubt und was verboten ist. Ebenso wenig fühlen sich diese jungen Männer den Werten des Völkerrechts persönlich verpflichtet; infolgedessen übernehmen sie problematische Positionen, die aus dem religiös-zionistischen Diskurs kommen und sich im Extremfall auf die Kriege der Bibel stützen. Eine solche Spezialeinheit ist das Netzach-Jehuda-Bataillon, gegen das die Regierung der USA im April 2024 wegen Menschenrechtsverletzungen gegenüber Palästinenser*innen im Westjordanland beinahe Sanktionen verhängt hat.

Zweideutige Botschaften – die Beteiligung ultraorthodoxer Parteien an israelischen Regierungen

In den vergangenen zwei Jahrzehnten vertraten die Ultraorthodoxen die Positionen «Wir dienen nicht in der Armee» und «Wir sind nicht Teil eurer Geschichte der jüdischen Souveränität». Sie beteiligten sich zugleich an Regierungen und damit an einer Politik, die eine große und schlagkräftige Armee erfordert – sei es, um den Konflikt im Sinne Benjamin Netanjahus und des israelischen Mainstreams zu «managen», sei es, um extremere Ideen von der Art des «Unterwerfungsplans» von Bezalel Smotrich und der religiösen Rechten durchzusetzen.

Ultraorthodoxe Rabbiner wie Politiker wiederholen vor sich selbst und der israelischen Gesellschaft das Narrativ, dass sie sich an nichts beteiligten, was mit politisch-militärischen Fragen zu tun hat. Das mag möglich sein, wenn man nur wenige Mandate hat und die Regierung auch ohne diese auskommen kann. Das geht jedoch nicht, wenn man 18 Mandate hat und die Regierung, der man angehört, ohne diese Mandate nicht fortbestehen kann. Wenn die rechten Regierungen auf eine Partnerschaft mit den ultraorthodoxen Parteien angewiesen sind und sich diese seit

Langem dafür entschieden haben, sich nur an rechtsgerichteten Regierungen zu beteiligen, dann sind die ultraorthodoxen Parteien auch für all das verantwortlich, was diese Regierungen im politisch-militärischen Bereich anrichten. Mögen auch ihre eigenen Interessen in Staat und Religion – etwa finanzielle Mittel für Jeschiwas – der Hauptgrund für die Partnerschaft sein.

Mich persönlich schmerzt besonders die Passivität der ultraorthodoxen Parteien hinsichtlich der Frage, die derzeit auf dem Tisch liegt: entweder die Rückkehr aller Geiseln, die Einstellung der Kämpfe im Gazastreifen und im Libanon und vielleicht auch ein umfassendes politisches Abkommen zu einem späteren Zeitpunkt oder Fortsetzung der Kämpfe, Aufgabe der Geiseln und die zunehmende Wahrscheinlichkeit eines endlosen Kriegszustands für die nächsten Jahrzehnte.

Die ultraorthodoxen Parteien hätten Netanjahu ein Ultimatum stellen können: Entweder er geht auf einen allumfassenden «Geisel-Deal» ein, obwohl dies die Einstellung der Kampfhandlungen erfordert hätte, oder die Regierungskoalition zerbricht und die Ultraorthodoxen bilden mit denjenigen, die den Deal annehmen, eine neue Regierung.

Im Gegensatz zu anderen linken Forderungen, bei denen nicht zu erwarten ist, dass ultraorthodoxe Parteien ihnen zustimmen, weil sie gegen ihre Ideologie verstoßen – zum Beispiel LGBT+-Rechte, Geschlechtergleichheit oder öffentliche Verkehrsmittel am Schabbat –, hätte von ihnen mit aller Schärfe und völlig berechtigt gefordert werden können, dass sie den «Geisel-Deal» unterstützen, denn dies hätte sowohl ihrer Ideologie als auch ihrem Kerninteresse entsprochen. Gemäß der Halacha gehört die Freilassung von Gefangenen (*Pidyon Schwuyim*) zu den *Mitzwot* (Geboten), die Jüdinnen und Juden einhalten müssen. Tatsächlich haben führende ultraorthodoxe Tora-Gelehrte sowie die ultraorthodoxen Parteien erklärt, dass sie einen «Geisel-Deal» unterstützen würden, der das Ende des Krieges bedeuten würde, sollte es zu einer Abstimmung kommen.

Gemäß der Halacha hat die Rettung aus akuter Lebensgefahr (für Gefangene bzw. Geiseln) Vorrang vor der Abwendung einer potenziellen Lebensgefahr (für andere Israelis im Falle der Freilassung von palästinensischen Gefangenen oder der Einstellung der Kampfhandlungen). Während es einem einzelnen ultraorthodoxen Menschen in diesem Fall nicht möglich ist, die *Mitzwa* der Gefangenen-auslösung zu erfüllen, können die ultraorthodoxen Parteien dies tatsächlich tun – und sie wären daher wohl verpflichtet gewesen, den «Geisel-Deal» aktiv voranzutreiben und nicht nur abzuwarten, bis es zu einem Deal kommt, dessen Bedingungen für den Premierminister akzeptabel sind.

Die Tatsache, dass die israelischen Soldat*innen und Reservist*innen fast am Ende ihrer Kräfte sind, macht es immer unwahrscheinlicher, dass ultraorthodoxe Männer nicht rekrutiert werden – und ist daher viel wirkungsvoller als die Entscheidung eines Gerichts oder einer anderen

staatlichen Institution. Wenn die Ultraorthodoxen also nicht wollen, dass der Rekrutierungsdruck auf sie weiter wächst, müssen sie diesen Krieg beenden und dürfen nicht zulassen, dass er fortgesetzt wird und zu einer Militärherrschaft im Gazastreifen und zu einem ausgedehnten Krieg im Libanon führt.

Angesichts all dessen hätte von den führenden ultraorthodoxen Tora-Gelehrten und den ultraorthodoxen Parteien zu dieser Zeit erwartet werden können, dass sie hinter ihren eigenen Prinzipien und Werten stehen und ein Gegengewicht bilden zu den Politiker*innen der israelischen Rechten und des Mainstreams, die es vorziehen, den Krieg fortzusetzen, die sich weigern, überhaupt über diplomatische Lösungen zu diskutieren, und bereit sind, das Leben der Geiseln zu opfern.

Übersetzung aus dem Hebräischen von
Ursula Wokoec Wollin

«WEIL SOLDATEN KEINE FRAGEN STELLEN»: WEHRDIENST-VERWEIGERUNG AUS GEWISSENSGRÜNDEN IN ISRAEL

IDITH ZERTAL

Kriegs- oder Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen ist zwar in Israel nicht weitverbreitet, aber ist seit der Staatsgründung ein heftig diskutiertes Thema. Die wenigen, die sich offiziell aus Gewissensgründen weigern, in der israelischen Armee zu dienen, an seinen Kriegen teilzunehmen oder Mitwirkende bei gewissen Militäreinsätzen oder Operationen zu sein, werden nicht nur von den israelischen Rechtsinstitutionen, sondern auch von der Öffentlichkeit denunziert und bestraft. Heute stellt sich mehr als je zuvor die Frage: Wo liegt die Grenze zwischen Pflicht und Gewissen?



Die Dienstverweigerinnen Omri Baranes, Ta'ir Kaminer, Tamar Ze'evi, Tamar Alon und Atalia Ben-Aba auf einer Demonstration, Februar 2017. Auf den Schildern steht: «Keine Sekretärin und keine Panzerführerin – Verweigerin und Feministin» und «Wo liegt die Grenze?», Foto: Ido Rimon

Die größten Verbrechen in der Menschheitsgeschichte sind allesamt Gehorsamsverbrechen gewesen, die aus verbrecherischen Befehlen rührten und begangen wurden von gewöhnlichen, normalen Menschen, die nicht zwangsläufig Sadisten oder Psychopathen waren. In ihrem epochemachenden Buch über Adolf Eichmann hat Hannah Arendt versucht, die inneren und äußeren Mechanismen zu entschlüsseln, die einen bürokratischen Massenmörder hervorbringen, einen Funktionär des Bösen, der mit Begeisterung und Leidenschaft Gräueltaten begeht kraft der ihm erteilten Befehle, dem Willen des Führers und dem Zeitgeist folgend. Aber der eigentliche, der heimliche Held in Arendts Buch über den Eichmann-Prozess ist ein Widerständler, ein Gewissensverweigerer namens Anton Schmidt, dessen Name beinahe zufällig in einer der Zeugenaussagen des Prozesses auftaucht. Der brave Soldat Schmidt, der 1941 während seiner Dienstzeit in Wilna den Juden im Ghetto half, der ihnen heimlich Nahrungsmittel zukommen ließ, Informationen, Passierscheine und Fluchtwege in die Wälder, war das genaue Gegenteil von dem hochrangigen NS-Funktionär Eichmann, einem Karrieristen, der versessen darauf war, zu gehorchen und in der Hierarchie des Bösen aufzusteigen. Schmidts Taten lag die bewusste Entscheidung eines denkenden, freien Menschen zugrunde. Und in einem alles entscheidenden Moment machte er sich selbst zu einem Widerständler, zu einem, der aus allem ausscherte, sich von allem lossagte, seinen Kameraden, seiner Einheit, seiner Armee und am Ende auch seinem Leben. Über Monate bemühte er sich Tag für Tag um die Rettung der verfolgten Juden, bis er gefasst, abgeurteilt und im April 1942 hingerichtet wurde. Auf den wenigen Seiten, die Arendt Schmidt gewidmet hat, wendet sie ihr Buch gewissermaßen in sein Gegenteil. Es ist nicht mehr nur ein Buch über das Böse in seinen kolossalsten Ausmaßen, das unzugängliche, blinde, sich ausbreitende und alles kontaminierende Böse, das imstande ist, in schönster Alltagsroutine eine ganze Welt zu zerstören und zu vernichten, sondern auch ein Buch über die erschütternde Vision einer anderen Alternative, darüber, wie die Geschichte hätte sein können, aber nicht wurde.¹

Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen ist ein seltenes Ereignis. Nur wenige sind imstande, sicher dieser Belastung zu stellen. Sie erfolgt nur, wenn ein Mensch durch die Staatsmacht, das Gesetz oder bestimmte Handlungen, die ihm aufgezwungen werden, in einen unerträglichen Konflikt mit seinen Anschauungen, seinem Glauben, seiner Persönlichkeit, seiner zutiefst eigenen Identität gedrängt wird und ihm alle anderen Wege des Aufbegehrens versperrt sind. Eine solche Verweigerung im militärischen Kontext unterminiert scheinbar die erste Pflicht eines jeden Bürgers, die Pflicht nämlich, sein Land zu verteidigen. Und gleichzeitig stellt sie eine fundamentale Herausforderung an die innere demokratische Verfasstheit eines jeden Staates dar. Legt

man die Maßstäbe großer Denker*innen an, die sich mit der Frage der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen beschäftigt haben, angefangen von Henry David Thoreau über Hannah Arendt, Albert Camus, John Rawls bis hin zu Philosoph*innen und Denker*innen in den 1960er- und 1970er-Jahren des vorigen Jahrhunderts, die in dieser Form der Verweigerung einen Lackmustrtest der liberalen Demokratie sahen, dann hat Israel diesen Test nicht bestanden. Der «einzigen Demokratie im Nahen Osten» mit ihrem nationalen, politischen und militärischen Ethos und der nachgerade mythischen Stellung ihres Armeedienstes, die sich selbst stets als permanentes, allzeit bedrohtes Opfer gesehen hat und sieht, gefangen in einem schicksalhaften, deterministischen Krieg, ist es gelungen, das Verlangen nach Gerechtigkeit und den Gewissensdrang der meisten ihrer Bürger*innen zu besiegen. Auch wenn neben den wenigen, die den Militärdienst verweigern, andere stille Wege der sogenannten «grauen Verweigerung» finden, um sich diesem zu entziehen.

Die Geschichte der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen in Israel ist seit der Staatsgründung und bis heute eine Geschichte, die hätte sein können, aber nicht war, abgesehen nur von einigen wenigen Momenten, welche einen Weg markieren, auf dem wir als Nation hätten gehen können. Ein Trugschluss, welcher als Bedrohung wie als Versprechen gleichermaßen existiert, im Bewusstsein und im gesellschaftlichen Diskurs indes mehr als in der historischen Realität selbst. Nur etwa Zehntausend Männer und Frauen² von den vielen Millionen, die in mehr als 70 Jahren in der israelischen Armee gedient haben, haben den Staat und den von ihm eingesetzten organisierten Macht- und Gewaltapparat herausgefordert und sich aus Gewissensgründen geweigert, in der Armee zu dienen, an seinen Kriegen teilzunehmen oder Mitwirkende bei gewissen Militäreinsätzen oder Operationen zu sein. Und diese wenigen Tausende hat der Staat unerbittlich sanktioniert, hat sie als existenzielle Bedrohung definiert, als Gefahr für die Herrschaft des Rechts und die Demokratie an sich, hat sie vor Gericht gestellt und eingesperrt, mitunter auch zu langen Haftstrafen verurteilt.

Von den wenigen Soldaten des 1948er-Kriegs, die sich weigerten, an der Vertreibung der Palästinenser*innen aus ihren Dörfern und von ihren Ländereien mitzuwirken, bis hin zu denen, die sich der Besatzung und ihren Kriegen verweigern, ihren wiederkehrenden, gegen die palästinensische Zivilbevölkerung gerichteten Aktionen, auch und aktuell dieser Tage, erstreckt sich die öffentliche Geschichte der Gewissensverweigerung in Israel. Jeder einzelne dieser Verweigerer ist eine eigene Geschichte zivilen Ungehorsams und Mutes.³ Ihre Verweigerung, ihr persönlicher Auftritt auf der Agora, ihr Aussprechen ihrer Wahrheit gegenüber der Macht, gegenüber der Führung und dem allgemein herrschenden Geist veränderte zwar den Gang der Geschichte nicht, hinterließ aber eine Vielzahl historischer Texte und Dokumente, Zeugnisse

persönlicher Entscheidung und persönlichen Mutes, die davon künden, was hätte sein können. Die Porträts einiger weniger von ihnen und ihrer Wahrheit sollen im Folgenden hier in aller Kürze in ihrem historischen Kontext vorgestellt werden.

Die Geschichte der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen in Israel ist seit der Staatsgründung und bis heute eine Geschichte, die hätte sein können, aber nicht war, abgesehen nur von einigen wenigen Momenten, welche einen Weg markieren, auf dem wir als Nation hätten gehen können.

Der militärische Sieg von 1967 und mit ihm die Besatzung palästinensischer Gebiete erschufen einen neuen Nahen Osten. Und mit diesem wurde eine neue Armee geboren, der große Sieger in diesem – wie er definiert und im Bewusstsein der Öffentlichkeit verstanden wurde – existenziellen Krieg um die Heimat, der eine erneute Schoah verhindert habe und auch deshalb einen Prozess religiöser Überhöhung erfuhr.⁴ Dieser tiefe politische Bruch markiert in großem Maße ab den frühen 1970er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts das Territorium der Gewissensverweigerung in Israel und seiner Grenzen. Die Ersten, die sich weigerten, in einer Besatzungsarmee jenseits der international anerkannten Grenzen Israels (der Grünen Linie) zu dienen, waren Außenseiter, die nicht dem zionistischen Mainstream angehörten. Sie stammten aus kommunistischen Elternhäusern oder waren Kinder erst unlängst ins Land gekommener Neueinwanderer*innen. Der namhafteste unter ihnen und derjenige, der faktisch als der «erste Kriegsdienstverweigerer» gilt, war Giora Neuman, ein schwächlicher Jüngling, Sohn gebildeter Eltern, die in den 1950er-Jahren aus Polen eingewandert waren und ihn nach humanistischen und universalen Werten erzogen hatten. Als Neuman im Sommer 1971 seinen Einberufungsbefehl erhielt, verkündete er seine Weigerung, in der «Besatzungsarmee» zu dienen. Nach seinen Worten war die gesamte Armee als Organisation «befallen» von den Verbrechen der Besatzung, und jeder einzelne Soldat, auch wenn er an der Heimatfront oder in der Verwaltung diente, hatte – und sei es gegen seinen Willen – Anteil an diesen Verbrechen und ermöglichte sie. Fünf Mal wurde Neuman von rangniederen Offizieren der Militärgerichtsbarkeit verurteilt

und jedes Mal für 35 Tage inhaftiert. Er sah sich Drohungen und Einschüchterungsversuchen ausgesetzt, wurde von der Presse verfolgt,⁵ hielt aber an seiner Verweigerung fest. Seine fünf Arrestzeiten summierten sich zu 175 Tagen Militärhaft, ehe er am 5. Juli 1972 vor ein Militärgericht kam.

Die militärischen Aktionen Israels im Gazastreifen jener Tage, die bestimmt waren, eine «Befriedung» herbeizuführen, in Wahrheit aber verbrannte Erde hinterließen, waren Katalysator seiner Verweigerung. «Es gibt keine liberale Besatzung und kann es nicht geben», erklärte er seinen Richtern. «Besatzung gebiert Widerstand, Widerstand erzeugt Unterdrückung und immer so weiter. Dazu bin ich nicht erzogen worden. Sowohl in der Schule wie in meinem Zuhause wurde ich zu Menschenliebe erzogen, zum respektvollen Umgang mit jedem Menschen. Man hat mir beigebracht, wie schändlich die Unterdrückung und Erniedrigung anderer ist. Und soweit ich es beurteilen kann, sind die Taten der israelischen Armee in den besetzten Gebieten Unterdrückung, Erniedrigung, Vertreibung und Verbannung», so Neuman. Erklärungen, die der Rechtfertigung der Besatzung dienten wie «man sei in Begriff, uns zu vernichten», entbehrten dagegen jeglicher Grundlage, stellte Neuman fest. «Ich stehe heute vor Gericht, nicht weil ich mich eines Vergehens schuldig gemacht habe, sondern weil ich dem Gebot meines Gewissens gefolgt bin.» Neumans Fall weckte Anklang und zog Petitionen sowohl in Israel als auch weltweit nach sich. Das Militärgericht verurteilte ihn zu einer Haftstrafe von einem Jahr, die aus taktischen Gründen dann aber auf zwei Monate reduziert wurde, um Sympathiebekundungen und Unterstützung für Neuman zum Schweigen zu bringen.

Die Leugnung des Gewissens

Der Libanonkrieg von 1982 hob die Bedeutung der Verweigerung auf eine neue Stufe. Er galt vom ersten Tag an als politischer und «nicht gerechter»⁶ Aggressionskrieg, der aus besonders falschen Motiven begonnen worden war. Verteidigungsminister Ariel Sharon, Hirn und Motor dieses Kriegs, wollte vor allem die palästinensische Führung und ihre Eliten ausschalten, die im Exil im Libanon lebten und agierten, um eine «neue Ordnung» im Nahen Osten zu konstituieren. Und Premierminister Menachem Begin ging es darum, mittels dieses Kriegs eine – wenn auch späte – Heilung seines persönlichen Holocausttraumas zu erlangen. «Die Alternative ist Treblinka», sagte er bei einer Kabinettsitzung am Vorabend des Krieges. Und den in Beirut sich versteckt haltenden Arafat verglich er mit «Hitler in seinem Bunker».

Tausende Soldaten aus allen Schattierungen der israelischen Gesellschaft, die bereits in den ersten Tagen und im weiteren Verlauf des Kriegs den Dienst verweigerten, vermochten nicht, diesen von seinem Weg abzubringen.

Die Organisation Jesh Gvul – Es gibt eine Grenze (was sich nicht nur als territoriale Grenze, sondern auch als Limit, Äußerstes oder rote Linie verstehen lässt), gegründet von jungen Reservisten, die sich bereits zuvor aktiv für die Rechte der Palästinenser*innen in den besetzten Gebieten eingesetzt hatten, entstand spontan mit Beginn des Kriegs und war die bis dato am besten organisierte und geordnete Form der Verweigerung. «Wir haben in diesem Krieg zu viel Tod gebracht und Tod erlitten, haben zu viel besetzt, zu viel bombardiert und zerstört», schrieben die Anführer der Gruppe in einer offenen Petition gegen den Krieg. «Heute ist uns klar: Mit diesem Krieg versucht ihr, auf militärischem Wege das palästinensische Problem zu lösen. Aber es gibt keine militärische Lösung für das Problem eines ganzen Volkes. Wir sind nicht eingezogen worden, um auf den Trümmern des Libanons eine «neue Ordnung» zu erzwingen. Geschworen haben wir, den Staat Israel zu verteidigen. Doch anstatt eines Friedens für Galiläa habt ihr einen Krieg gebracht, dessen Ende nicht absehbar ist. Für diesen Krieg auf der Erde des Libanons, für diese Lügen, diese Besatzung gibt es keinen nationalen Konsens. Holt die Soldaten nach Hause!» Hunderte von Verweigerer*innen, vor allem ältere Reservist*innen, unter ihnen nicht wenige, die bereits Familie hatten, wurden verurteilt, bestraft, unter Arrest gestellt oder in Militärgefängnissen interniert.

Ihre Schuld indes war nicht ihr sich auflehndes Gewissen. Dieses Gewissen wurde und wird in allen armee-internen Diskussionen zur Gewissensverweigerung kleingeredet und abgetan mit der Behauptung, die Gründe für die Verweigerung seien in Wahrheit «politisch» und nicht gewissensbedingt gewesen, so als könne Gewissen nicht auch politisch sein und als sei das Politische per Definition nicht vom Gewissen geleitet.

Oberst Eli Geva, Sohn eines Generals und der ranghöchste israelische Kriegsdienstverweigerer überhaupt, stellte einen außergewöhnlichen Fall dar. Geva selbst war apolitisch und nicht grundsätzlich gegen den Krieg an sich, wandte sich «nur» gegen Massaker an libanesischen Zivilisten und das überflüssige Töten durch seine Soldat*innen, weshalb er den Befehl verweigerte, an der Spitze seiner Panzerbrigade in den Westen Beiruts vorzustoßen. Auf allen nur möglichen Wegen, unter Ausnutzung seines Dienstgrades, seiner persönlichen Kontakte und die seiner Familie, versuchte Geva einen Einmarsch in Beirut zu verhindern. Später bemühte er sich, in der Armee zu bleiben, als Sanitäter zu dienen, als einfacher Soldat, wurde jedoch unehrenhaft und ohne einen Weg zurück aus der Armee entlassen. Seine Verweigerung aber blieb ein Vorbild für viele, die nach ihm kommen sollten.

Dies indes war und ist bis heute die Vorgehensweise der Armee, die in verschiedenen gerichtlichen Instanzen, darunter auch durch den Obersten Gerichtshof, Bestätigung erfahren hat; nämlich die Verweigerung

aus Gewissensgründen schlicht zu ignorieren, sowohl die Vorstellung selbst als auch alles, wofür sie steht, und so den Verweigerern ihre Würde zu nehmen und ihre Menschlichkeit als Individuen, die über ein Gewissen und moralische Ansprüche verfügen. Der allgemein akzeptierte Grund für eine Verfolgung der Verweigerer war und ist deren «disziplinarisches» Vergehen. Die Reduzierung der Verweigerung auf eine Gehorsamsfrage jedoch hat bis heute in militärischen, juristischen und politischen Foren eine grundsätzliche Diskussion um die Beweggründe eines Krieges, seiner Ziele und seiner Führung verhindert. Eine solche Diskussion etwa fehlt auch im gegenwärtigen Krieg vollkommen, dem Krieg infolge des 7. Oktobers.

Die Reduzierung der Verweigerung auf eine Gehorsamsfrage hat bis heute in militärischen, juristischen und politischen Foren eine grundsätzliche Diskussion um die Beweggründe eines Krieges, seiner Ziele und seiner Führung verhindert. Eine solche Diskussion etwa fehlt auch im gegenwärtigen Krieg vollkommen, dem Krieg infolge des 7. Oktobers.

Der Libanonkrieg und die gewaltsame, kriegerische Reaktion Israels zur Unterdrückung des zivilen Aufstands der Palästinenser*innen (Erste Intifada), der Ende 1987 losbrach, waren de facto ein einziger, kontinuierlicher Krieg gegen das palästinensische Volk. Und sie waren ein Wendepunkt in der Geschichte des Konflikts, in der Verfolgung eines ganzen Volkes, dem Einsatz gewaltsamer Mittel gegen es und der massenhaften Tötung und Verletzung von Zivilist*innen. Ziel aller Kriege seither, gewollt und unverhältnismäßig allesamt, war es, die militärische Besatzung in den palästinensischen Gebieten zu zementieren und zu vertiefen, um jedweden politischen Abkommen zu verhindern.

Eine riesige schwarze Flagge

Die letzten beiden Jahrzehnte des vorigen Jahrhunderts, mit einer gewissen Beruhigung in den Jahren der Regierungszeit Jitzchak Rabins bis zu dessen Ermordung am 4. November 1995, waren die Hochzeit der Kriegsdienstverweigerung in Israel in ihren verschiedenen Formen.

Widerstands- und Verweigerungsinitiativen wie Ad kaan – bis hierher, Das 21. Jahr [der Besatzung], Frauen in Schwarz oder Dai la-Kibush – Schluss mit der Besatzung entstanden und forderten die Armee, die Regierung und die Besatzung heraus. Und auch die gewaltsamen israelischen Männlichkeitsideale. Hunderte von Verweigerer*innen gingen für mitunter lange Zeit ins Gefängnis. Die Bestrafungs- und Rachepolitik der Armee machte aus Rami Chasson, einem 29-jährigen Reservisten aus Jerusalem, so etwas wie den lokalen Nelson Mandela der Intifada-Verweigerer*innen, ein Symbol menschlicher Stärke und persönlicher Freiheit, gegen das kein Gefängnis ankam. Chasson war ein unpolitischer junger Mann, Spross einer seit Generationen in Jerusalem ansässigen apolitischen sephardischen Familie. Doch für sein «Verbrechen» der Weigerung, unterdrückerischer Soldat einer Besatzungsarmee zu sein, wurde er wieder und wieder ins Gefängnis geschickt. «Es geht nicht darum, dass ich nicht in den [besetzten] Gebieten sein sollte. Wir sollten nicht dort sein.» Und als er gefragt wurde, wie er seine Weigerung rechtfertige, dort nicht Dienst zu tun, antwortete Chasson: «Ich gebe die Frage zurück an die andere Seite und frage, was rechtfertigt, in ein Gebiet zu gehen und dort mit brutalsten Mitteln über ein anderes Volk zu herrschen? Welche Rechtfertigung gibt es, Waffen gegen eine Zivilbevölkerung zu tragen?» Und auf die Frage, was passieren würde, würden «alle Soldaten auf einmal beschließen, die Gebiete zu verlassen», erwiderte er: «Ich würde mich sehr freuen, wenn das geschieht, aber ich befürchte, das ist unrealistisch.» Chasson war der bis zum damaligen Zeitpunkt am häufigsten verurteilte Kriegsdienstverweigerer in Israel. Während seines insgesamt dritten Prozesses sagte er: «Es wird der Tag kommen, an dem meine Richter vor Gericht stehen.» Und am Unabhängigkeitstag schrieb er aus dem Gefängnis an seine Freund*innen: «Einen frohen Unabhängigkeitstag uns und hoffentlich bald auch den Palästinensern.»⁷

Die Zweite Intifada zu Beginn der 2000er-Jahre brachte eine eigene Gruppe von Verweigerer*innen hervor, die sich Ometz lessarev – Mut zu Verweigern nannten. Ometz war das Produkt eines neuen reflektierten, medialen und sich selbst bewussten Zeitalters. Die Angehörigen dieser Verweigerungsinitiative sahen sich selbst als Eliteeinheit, als ein Start-up der Gewissensverweigerung, als Kommandotrupp zur Beseitigung der Besatzung. Sie waren gleichermaßen erfüllt vom Glauben wie von der Hybris, ihnen würde gelingen, woran ihre Vorgänger*innen gescheitert waren. David Sonshein etwa, der Gründer der Gruppe, Oberleutnant der Reserve und im zivilen Leben in der Computerbranche tätig, diktierte einem Journalisten in den Block: «Ich bin der letzte Pflock, der diesen Staat aufhalten kann, Geschichte zu werden.» Im Oktober 2001, am Ende seines Reservedienstes im Gazastreifen, wo er seine Soldaten hatte befehligen müssen, Häuser zu zerstören, Gewächshäuser zu demolieren, Bäume auszu-

reißen und palästinensische Zivilist*innen zu drangsalieren – «weil Soldaten keine Fragen stellen; was von der Politik gewünscht ist, wird gemacht» –, schwor er sich nach eigenen Worten, diesen Wahnsinn zu stoppen, die drohende Apokalypse. Zusammen mit einem Freund, wie er Offizier in derselben Eliteeinheit, begann er, nach der «Ein-Freund-bringt-einen-Freund»-Methode zu arbeiten. Im Januar 2002 ging die Gruppe mit ihrem Verweigerungsschreiben an die Öffentlichkeit, das in der Presse abgedruckt wurde. «Wir wurden erzogen, haben unseren Beitrag geleistet, haben gedient, uns freiwillig gemeldet, haben Opfer gebracht, waren immer die Ersten, die jede nur erdenkliche Aufgabe ausgeführt haben, um den Staat Israel zu verteidigen», verkündeten sie. «Wir haben heute das Gefühl, dass die Befehle, die wir dort [in den besetzten Gebieten] erhalten, alle Werte zerstören, die wir in diesem Land aufgesogen haben. Wir verstehen heute, der Preis der Besatzung ist ein Verlust des menschlichen Antlitzes unserer Armee und eine Zersetzung der ganzen israelischen Gesellschaft. Wir geben hiermit bekannt, dass wir nicht länger im Krieg für den Frieden der Siedlungen zu kämpfen gedenken. Wir werden nicht länger jenseits der Grünen Linie kämpfen, mit dem alleinigen Ziel, über ein ganzes Volk zu herrschen, es zu vertreiben, auszuhungern und zu erniedrigen.»

An diesen Worten war nichts Neues. Doch dass ihre Urheber, die aus dem Herzen des arbeitenden und stets zur Fahne stehenden Zionismus kamen, der Schicht der Gehorchenden und Freiwilligen, die die Hoffnungen der Oslo-Abkommen erlebt hatten und deren Zerschellen mit der Ermordung von Premierminister Jitzchak Rabin durch einen jüdischen, rechtsnationalistischen Extremisten, dass ausgerechnet sie das Banner der Revolte schwingen, zeugte von dem Zerwürfnis, dem Riss innerhalb der Familie. Sie glaubten, würde es ihnen gelingen, 500 unterzeichnende Verweigerer*innen zusammenzubekommen, «werden sie [bei der Armee] entscheiden müssen – entweder Besatzung oder Armee». Viele von ihnen baten darum, auch weiterhin in ihren Einheiten Reservedienst leisten zu können, jedoch nur innerhalb der Grünen Linie, ihre Bitte wurde abschlägig beschieden. Ihnen gegenüber äußerte Ovadiah Ezra, Doktor der Philosophie, der bereits im ersten Libanonkrieg den Kriegsdienst verweigert hatte, Anfang 2002, nach einer insgesamt dritten verbüßten Haftstrafe: «Ich bin schon nicht mehr Zionist, bin kein Patriot mehr. Auch nach dem dritten Mal im Gefängnis wird mir noch immer nicht die Möglichkeit eingeräumt, nach dem Gebot meines Gewissens zu dienen. Und in einer solchen Armee will ich nicht mehr dienen.» Etwa fünfhundert Angehörige von Mut zu Verweigern wurden in den Jahren 2002/03 aufgrund ihrer Weigerung, in den besetzten Gebieten Dienst zu tun, verurteilt und inhaftiert. Doch ihre rhetorische Kraft und ihre Bezugsgruppen, allesamt aus Kampfeinheiten stammend, viele von ihnen Absolvent*innen der besten

Schulen im Land und Akademiker*innen, bescherten ihnen viele Sympathisant*innen und Unterstützer*innen, auch in den höheren und höchsten Rängen der Armee. Und gleichzeitig zogen sie eine wahre Flut von zu erwartenden Verwünschungen und Drohungen auf sich, die von «Drückeberger», «Verräter» bis hin zu «eine Bedrohung für die Sicherheit und die Existenz des Staates Israel» reichten.

«Heute ist uns klar: Mit diesem Krieg versucht ihr, auf militärischem Wege das palästinensische Problem zu lösen. Aber es gibt keine militärische Lösung für das Problem eines ganzen Volkes. [...] Holt die Soldaten nach Hause!»

Nachfolgende Verweigerungsereignisse, vor allem vor dem Hintergrund brutaler, todbringender Militäraktionen, die Israel gegen den Gazastreifen und seine Bewohner*innen durchführte und die Tausende von Opfern forderten, waren schon mehr performances der Verweigerung, waren eher eine Rhetorik des Gewissens und des Widerstands als konkrete Taten, die schwere Strafen nach sich gezogen hätten. Die meisten Verweigerer*innen der 2000er-Jahren waren Reservist*innen, aber da sie in ihrer aktiven Dienstzeit den renommiertesten Einheiten und Waffengattungen der israelischen Streitkräfte angehört hatten wie zum Beispiel der Spezialeinheit des Generalstabs oder der riesigen Nachrichtendiensteinheit 8200 oder aber Kampfpilot*innen und Navigator*innen der Luftwaffe waren, erfuhren ihre Verweigerungsaktionen und ihre Anklage stürmische, jedoch immer nur episodische Reaktionen. Parallel dazu schlossen sich in jenen Jahren Dutzende von Frauen der Gemeinschaft der Gewissensverweigerer*innen an. Mit ihrer Weigerung, der Besatzung zu dienen, wurden sie gezwungen, vor sogenannten «Verweigerungskommissionen» Rede und Antwort zu stehen, die aus rangniederen männlichen und weiblichen Offizieren bestanden, denen das entsprechende Wissen oder eine Qualifikation in Fragen von Staatsbürgerkunde, Recht, Moral und Gewissen generell fehlte. Diese Kommissionen aber schickten die Verweigerinnen automatisch wiederholt und für längere Zeiträume in Haft. Die Verweigerung und Inhaftierung dieser jungen Frauen offenbarte die moralische Schwäche der allgewaltigen israelischen Armee und hielt ihren Ängsten einen Spiegel vor, zwang sie, die Verbrechen zu sehen, die ihre Offiziere und Soldaten in den besetzten Gebieten begehen.

«Wenn die Verbrechen sich häufen, werden sie unsichtbar. Wenn die Leiden unerträglich werden, hört man die Schreie nicht mehr», schreibt Bertolt Brecht.⁸ Die israelische Gesellschaft als Ganzes hört die Schreie der Palästinenser*innen nicht, sieht ihr Leid nicht und auch nicht sich selbst als Verursacherin dieses Leides, da sie die Palästinenser*innen generell nicht sieht, weder als Menschen noch als Volk oder als Individuen mit einem Recht auf Leben, auf Freiheit und eigenständiges Denken, auf Freiheit der Bewegung, auf Anerkennung und Selbstdefinition. Sie hört die Schreie der Palästinenser*innen nicht, da die Besatzung selbst auf jedem nur erdenklichen Wege gelehnet und verschwiegen wird, und weil die Menschen, die unter dieser Besatzung leben, unsichtbar geworden sind. Selbst die beeindruckenden und begeisterten Demonstrationen der israelischen Zivilgesellschaft gegen die sogenannte Justizreform, welche die antidemokratische Regierung Netanjahu gleich nach ihrem Amtsantritt zu forcieren begann, haben die Besatzung und ihre Verweigerer*innen an den Rand der Ereignisse gedrängt, ja haben jeglichen Verweis darauf abgelehnt. Die barbarischen Gräueltaten des Überfalls der Hamas am 7. Oktober 2023 haben zudem den Begriff des «Kontexts» ausgelöscht im Versuch, die Ausmaße des Grauens und dessen Möglichkeiten und Auslöser zu verstehen. Der 7. Oktober und der seither tobende Krieg, der als ein Krieg zur Vernichtung des militärischen Potenzials der Hamas begann, wurde mit der Zeit zu einem grausamen Rachefeldzug, dem Krieg eines Despoten zur Wahrung seiner Herrschaft auf Kosten seiner Bürger*innen, der zu Vernichtung und Zerstörung biblischen Ausmaßes geführt hat, in Israel, in Gaza und auch im Libanon, und zum Tod Zehntausender unschuldiger Zivilist*innen. Bis jetzt ist in dieser gesamten Zeitspanne der zurückliegenden bald eineinhalb Jahre nur eine einzige Verweigerung aktenkundig geworden, die Verweigerung eines kaum volljährigen Jungen am Vorabend seiner Einberufung.

Aus dem Hebräischen von Markus Lemke

Anmerkungen

1. Arendt, Hannah: Eichmann in Jerusalem. A Report on the Banality of Evil, New York 1963, Kap. 14.
2. Dies ist lediglich eine geschätzte Zahl. Die Gewissensverweigerung hat viele unterschiedliche Formen und viele Fällen von «grauer Verweigerung» wurden nicht als Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen definiert und registriert.
3. Zertal, Idith: Verweigerung, Gehorsamspflicht und das Recht des Gewissens, Tel Aviv 2018 (Hebräisch).
4. Zertal, Idith: Nation und Tod. Der Holocaust in der israelischen Öffentlichkeit, Göttingen 2003, Kap. 3.
5. «Auch die Nazis waren nach eigenem Verständnis Idealisten», schrieb etwa der Schriftsteller Jehoshua Bar Josef und verglich den Idealismus der israelischen Gewissensverweigerer mit dem der Nazis und der Volkskommissare des NKWD (in: Jedioth Achronoth, 3.9.1971). Und Herzl Rosenbaum behauptete, es «ist unser gutes Recht, unsere eigenen Prostituierten, Verweigerer und Einbrecher zu haben» (in: Jedioth Achronoth, 9.8.1971).
6. Walzer, Michael: Just and Unjust Wars, New York 1977.
7. Vgl. Zertal: Verweigerung.
8. Brecht, Bertolt: Schriften zur Literatur und Kunst, Frankfurt am M. 1967, Bd. 2, S. 37.

Glossar

7. Oktober

Am 7. Oktober 2023 überwanden palästinensische Milizen der Hamas die Sperranlage um den Gazastreifen und drangen auf israelisches Staatsgebiet vor. Sie überwältigten zahlreiche grenznahe Militärposten, begingen in 21 Kibbuzim brutale Massaker an der Zivilbevölkerung, töteten 1.200 Menschen, verletzten mehr als 4.800 Menschen und nahmen 251 Geiseln, darunter alte Menschen, Frauen und Kinder. Als Reaktion auf den Angriff rief der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu den Kriegszustand im Land aus. Seit dem 28. Oktober 2023 führt Israel eine Bodenoffensive im Gazastreifen, in der über 45.000 Menschen getötet und über 100.000 Menschen verletzt wurden, überwiegend Frauen und Kinder.

Arabisch-palästinensische Minderheit in Israel

Die nach dem Krieg von 1948 auf dem Territorium des neu gegründeten Staates Israel verbliebenen Palästinenser*innen (ca. 150.000 Menschen) erhielten die israelische Staatsbürgerschaft. Sie wurden jedoch von 1948 bis 1966 einer Militärregierung unterstellt, wodurch ihre Menschen- und Bürgerrechte stark eingeschränkt wurden. Auch nach der formellen Aufhebung der Militärregierung blieben Diskriminierung und fehlende staatsbürgerliche Gleichheit ein zentrales Problem dieser Minderheit, der gegenwärtig fast 1,7 Millionen Menschen angehören und die damit etwa 20 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht.

Aschkenasim

Aschkenasim oder aschkenasische Juden ist im israelischen Kontext die Bezeichnung für aus Europa stammende jüdische Menschen.

Außenposten

Als Teil der Landnahme und der Förderung jüdischer Besiedlung werden Außenposten in Gebieten errichtet, in denen mehrheitlich Palästinenser*innen leben. Es werden dort bewaffnete Landwirt*innen bzw. Landwirtschaft betreibende Soldat*innen angesiedelt, um durch die Landwirtschaft Land einzunehmen und dies, falls erforderlich, mit Waffengewalt zu verteidigen. Mit zunehmender jüdischer Besiedlung dieser Gebiete verwandelten sich die Außenposten in zivile Ortschaften. Diese Konzeption lag bereits den ersten Kibbuzim zugrunde; und auch später sind einige Kibbuzim aus solchen Außenposten hervorgegangen. Nach der Staatsgründung wurden vor allem in Galiläa und im Negev solche Außenposten errichtet; und nach dem Krieg von 1967 in den besetzten Gebieten des Westjordanlands, des Gazastreifens und der Sinai-Halbinsel.

Eretz Israel (hebräisch für das Land Israel)

Ein in der Bibel mit verschiedenen Bedeutungen verwendeter Begriff, der traditionell in der Diaspora, insbesondere der rabbinischen Literatur, für das historische Palästina genutzt wurde. Die zionistische Bewegung hat diesen Sprachgebrauch übernommen, um die historische und religiöse Verbundenheit mit dem Land zu betonen. Im heutigen hebräischen Sprachgebrauch bezeichnet der Begriff in der Regel Palästina vor der Staatsgründung von 1948.

Friedensabkommen mit Ägypten

Das vom israelischen Premierminister Menachem Begin und vom ägyptischen Präsidenten Anwar Sadat im März 1979 in Washington unterschriebene Abkommen, das auf den Camp-David-Übereinkommen des Vorjahres beruhte. Es enthielt die gegenseitige Anerkennung und Beendigung des Kriegszustands, den israelischen Rückzug aus der 1967 besetzten Sinai-Halbinsel, die fortan demilitarisiert bleiben soll, die Zusicherung, dass israelische Schiffe den Suez-Kanal passieren können,

sowie die Anerkennung des Golfs von Akaba und der Straße von Tiran als internationale Gewässer, was für Israel den Schiffszugang nach Eilat sicherte.

Friedensabkommen mit Jordanien

Das vom israelischen Premierminister Yitzhak Rabin und von König Hussein von Jordanien im Oktober 1994 unterzeichnete Abkommen, das auf der zusammen mit dem US-Präsidenten Bill Clinton unterzeichneten Washington-Erklärung (Juli 1994) beruhte, beendet formell den Kriegszustand zwischen den beiden Staaten und regelt vor allem Grenz- und Wasserfragen (soweit diese nicht die palästinensische Autonomiebehörde betreffen) sowie die Grundlangen der Zusammenarbeit, insbesondere in Bezug auf den Handel und die Tourismusindustrie.

Gazastreifen

Der Gazastreifen und die Westbank sind die Gebiete des historischen Palästinas, die im Krieg von 1948 nicht Teil des neu gegründeten Staates Israel wurden. Nach 1948 befand sich der Gazastreifen, in den sich viele palästinensische Flüchtlinge gerettet hatten, unter ägyptischer Kontrolle. Während des Krieges von 1956 eroberte die israelische Armee den Gazastreifen (und die Sinai-Halbinsel), musste allerdings aufgrund des internationalen Drucks wieder abziehen. Im Krieg von 1967 eroberte Israel den Gazastreifen erneut. Im Zuge der Oslo-Abkommen wurde die Verwaltung des Gazastreifens (mit Ausnahme der bis zu deren Aufgabe im Jahr 2005 bestehenden israelischen Siedlungen und Armeelager) 1994 der palästinensischen Autonomiebehörde übergeben. Doch Israel kontrollierte weiter den Luftraum und die Küstengewässer sowie die Grenzübergänge zu Israel. Nach der Machtübernahme durch die Hamas 2007 verschärfte Israel (in Zusammenarbeit mit Ägypten) eine Reihe von auferlegten Sanktionen und begann eine Abriegelung des Gazastreifens, die die Zu- und Ausfuhr von Waren sowie die Bewegungsfreiheit der Bewohner*innen stark beschränken und zu großer Not unter der Bevölkerung

geführt haben. Seit der vollständigen Abriegelung kam es zu mehreren bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der israelischen Armee und Bewohner*innen des Gazastreifens mit Tausenden von Toten (zum großen Teil palästinensische Zivilist*innen) und enormen Zerstörungen im Gazastreifen.

Golanhöhen

Israel eroberte das Gros der syrischen Golanhöhen im Krieg von 1967. Von mehr als 120.000 syrischen (überwiegend drusischen) Einwohner*innen verblieben weniger als 7.000 (zumeist: Drus*innen) unter israelischer Herrschaft. Sie erhielten zunächst permanente Aufenthaltsgenehmigungen und können seit Ende der 1970er-Jahre die israelische Staatsbürgerschaft erhalten. Die israelische Besiedlung der besetzten Golanhöhen, die Israel 1981 annektierte, begann in den 1970er-Jahren. Die Annexion ist international nicht anerkannt. Heute leben auf den Golanhöhen ca. 20.000 Drus*innen und ungefähr 20.000 jüdische Siedler*innen.

Grüne Linie

Die in den Waffenstillstandsabkommen am Ende des Krieges von 1948 (1947–1949) vereinbarten Demarkationslinien wurden zu Israels international anerkannten Grenzen. Infolge des Krieges von 1967 besetzte Israel Gebiete über diese Grenzen hinaus. Die Grüne Linie bezeichnet jene international anerkannte Grenze, die Israel selbst und die besetzten Gebiete voneinander trennt. Aufgrund der Regierungspolitik, die die Grüne Linie aus Landkarten und Schulbüchern löschen lässt, und wegen des Zuzugs von immer mehr jüdischen Siedler*innen in die besetzten Gebiete verschwindet die Grüne Linie zunehmend aus dem kollektiven Bewusstsein der israelischen Gesellschaft.

Gusch Emunim (hebräisch für Block der Gläubigen)

1974 gegründet, verstand sich als religiös-zionistische Erneuerungsbewegung,

die die Gründung Israels als Teil eines messianischen Erlösungsprozesses sah, zu dem auch die Inbesitznahme von ganz «Eretz Israel» gehörte. Die vielleicht einflussreichste außerparlamentarische Bewegung seit Gründung des Staates forderte und förderte die Errichtung jüdischer Siedlungen in den 1967 besetzten palästinensischen Gebieten. Aus seinen Reihen ging eine Terrorgruppe (Jüdischer Untergrund) hervor, deren Aktivitäten (1979–1984) primär aus Versuchen, den Felsendom zu sprengen, und aus Terrorangriffen auf Palästinenser*innen in den besetzten Gebieten bestanden. Gusch Emunim löste sich Ende der 1980er-Jahre auf, als sich prominente Mitglieder zunehmend in etablierten rechten Parteien und staatlichen Institutionen sowie in den Jescha-Rat integrierten.

Gusch Katif (hebräisch für Block der Obsternte)

bezeichnet einen Block von 17 israelischen Siedlungen im südwestlichen Gazastreifen, in denen zuletzt zirka 8.600 Menschen lebten. Im Jahr 1968, bereits kurz nach der Eroberung in Krieg von 1967, wurden Pläne für den Siedlungsbau im Gazastreifen diskutiert. Die erste Siedlung, Kfar Darom, wurde 1970 als «Außenposten» (ein Standort für eine Militäreinheit, die auch Landwirtschaft betreibt) errichtet. Dem folgte die Errichtung weiterer landwirtschaftlicher Siedlungen in dem Gebiet, das im Laufe der Zeit zu Gusch Katif wurde. Im Rahmen der Abkopplung/Entflechtung im August 2005 wurde Gusch Katif wie auch die vier anderen israelischen Siedlungen im Gazastreifen trotz des heftigen Widerstands der Siedler*innen und ihrer Unterstützer*innen geräumt.

Hamas

Hamas ist ein Akronym des arabischen Namens der palästinensischen islamischen Widerstandsbewegung, die, inspiriert von den ägyptischen Muslimbrüdern, 1987 gegründet und aufgrund ihrer Opposition zur PLO zunächst von israelischer staatlicher Seite gefördert wurde. Die einst quietistische Hamas, die sich vor allem

der Islamisierung der palästinensischen Gesellschaft widmete, verwandelte sich zunehmend in einen Gegenspieler Israels und der PLO, unter anderem dadurch, dass sie sich dafür aussprach, die besetzten Palästinensergebiete, falls erforderlich, auch mit Gewalt zu befreien. Die Hamas erkennt den Staat Israel nicht an, ist aber zu einem Waffenstillstand bereit, falls sich Israel aus den 1967 besetzten Gebieten zurückzieht. 2006 beteiligte sich die Hamas an den Wahlen der Palästinensischen Autonomiebehörde und gewann mit 44 Prozent der Stimmen die Mehrheit der Sitze, was ihr die Regierungsbildung erlaubte. Aufgrund des von den USA und der EU ausgeübten Drucks ging die Hamas eine Große Koalition mit der Fatah ein. Diese Regierung wurde aber von den USA und von der EU finanziell nicht unterstützt, was zusammen mit Spannungen hinsichtlich der Kontrolle der Sicherheitsbehörden zu offenen Kampfhandlungen zwischen den Koalitionspartnern führte. Seitdem sind die Palästinensergebiete zweigeteilt: Die Hamas regiert den Gazastreifen, die Fatah die Enklaven in der Westbank, anstehende Wahlen finden nicht statt. Weder die EU noch die USA unterhalten diplomatischen Kontakt zur Hamas, da sie als Terrororganisation eingestuft wird.

Nach dem gewaltsamen Angriff der Hamas auf die an den Gazastreifen angrenzenden israelischen Ortschaften am 7. Oktober 2023 erklärte die israelische Regierung den Krieg gegen die Hamas, in dessen Verlauf sie die Hamas-Führung liquidierte und die Organisation signifikant schwächte.

Histadrut (hebräisch für Organisation)

Die Histadrut ist der Dachverband, in dem die meisten Gewerkschaften Israels organisiert sind. 1920 gegründet, war sie ein Hauptpfeiler der zionistisch-sozialistischen Bewegung und wurde nach 1948 zu einer der mächtigsten Organisationen in Israel. Sie nahm nicht nur gewerkschaftliche Aufgaben wahr (mehr als 80 Prozent der Arbeitnehmer*innen wurden von ihr vertreten), sondern be-

saß auch einige der größten Konzerne, die größte Bank, die meisten Pensionsfonds und die größte Krankenkasse. Im Zuge der neoliberalen Wirtschaftspolitik, die seit den 1980er-Jahren von der Regierung verfolgt wird, wurde die Histadrut auf ihre gewerkschaftliche Tätigkeit beschränkt.

Intifada (Erste)

Intifada (arabisch für abschütteln) bezeichnet den Aufstand der palästinensischen Bevölkerung in der Westbank (einschließlich Ost-Jerusalem) und im Gazastreifen gegen die israelische Besatzung. Die Erste Intifada begann im Dezember 1987 und dauerte in unterschiedlicher Intensität bis zur Unterzeichnung der Oslo-Abkommen 1993. Sie war ein spontaner Volksaufstand, der nicht durch die im Exil befindliche PLO orchestriert wurde. Die Mittel des Aufstands reichten von zivilem Ungehorsam (Streiks, Graffiti) über Steinewerfen (daher die Bezeichnung «Intifada der Steine»), vor allem durch Kinder und Jugendliche, bis zum Einsatz von Molotowcocktails. Bei dem Versuch, die Intifada mit Gewalt zu beenden, verletzte die israelische Armee Zehntausende Kinder und Jugendliche und tötete über 1.000 Palästinenser*innen. Die israelische Seite beklagte zirka 100 tote Zivilist*innen sowie 60 Armeeangehörige.

Intifada (Zweite)

Die Zweite Intifada, auch Al-Aqsa-Intifada genannt, wurde im September 2000 durch den provokativen Besuch Ariel Scharons auf dem Tempelberg/al-Haram al-Scharif und durch die gewaltsame Unterdrückung palästinensischer Proteste dagegen ausgelöst. Anders als bei der Ersten Intifada wurde der Aufstand zunehmend von den palästinensischen Parteien orchestriert und mithilfe von Selbstmordattentäter*innen und Waffen geführt, auch innerhalb Israels. Israel setzte im Gegenzug Panzer und die Luftwaffe ein. Die Gewaltbereitschaft beider Seiten führte zu zahlreichen Opfern, nach Schätzungen etwa 3.000 Palästinenser*innen und 1.000 Israelis. Die Zweite

Intifada wurde 2005 offiziell durch das in Scharm el-Scheikh geschlossene Abkommen zwischen dem palästinensischen Präsidenten Mahmoud Abbas und dem israelischen Premierminister Ariel Scharon beendet.

Israelische Land- und Bodenverwaltung

Eine 1960 als Israel Land Administration eingerichtete Regierungsbehörde, die heute Israel Land Authority heißt und für das in öffentlichem Eigentum befindliche Land in Israel (das heißt über 90 Prozent des gesamten Landes) zuständig ist. Gemäß dem Grundgesetz zum Landbesitz (1960) darf öffentliches Land nicht veräußert, sondern nur verpachtet werden. Dies schließt auch das vom Jüdischen Nationalfonds erworbene Land ein (ca. 13 Prozent der Gesamtfläche Israels), das gemäß der Satzung der Organisation nur an jüdische Pächter*innen vergeben werden darf.

Jewish Agency

Das 1908 in Palästina von der Zionistischen Organisation eingerichtete Exekutiv-Komitee wurde 1929 zu einer eigenständigen Institution, die Jewish Agency für Palästina, die die Leitung des zionistischen Gemeinwesens zur Aufgabe hatte. David Ben-Gurion war seit 1935 der Vorsitzende und in dieser Funktion rief er 1948 den Staat Israel aus. Nach der Staatsgründung wurde die Organisation in Jewish Agency für Israel umbenannt und beschäftigt sich seitdem insbesondere mit der Förderung jüdischer Einwanderung nach Israel.

Jischuw (hebräisch für Siedlung)

Zionistisch-jüdisches Gemeinwesen in Palästina vor der Staatsgründung 1948.

Jüdischer Nationalfonds

Eine 1901 auf dem 5. Zionistischen Kongress gegründete Organisation mit der Zielsetzung, Land für die jüdische Besiedlung in Palästina zu erwerben und dieses zu entwickeln. In den ersten

Jahren nach der Staatsgründung 1948 übertrug der israelische Staat mehr als die Hälfte des enteigneten Landes, das zuvor Palästinenser*innen gehört hatte, die nun als «Abwesende» galten, an den jüdischen Nationalfonds. Das hatte zur Folge, dass dieses Land nur an jüdische Pächter*innen vergeben werden konnte. 1953 wurde der Jüdische Nationalfonds aufgelöst und als israelische Organisation neu gegründet. 1960 wurde das Land der Organisation in die Verwaltung der neu errichteten Israel Land Administration überführt, wobei die Organisation ein Mitspracherecht in der Behörde erhielt und so sicherstellen konnte, dass die Nutzungsbeschränkungen (die Vergabe an ausschließlich jüdische Pächter*innen) beibehalten wurden.

Krieg von 1948

Die offizielle israelische Bezeichnung für diesen Krieg ist meist Unabhängigkeitskrieg oder Befreiungskrieg, von Palästinenser*innen wird er als Nakba (arabisch für Katastrophe) bezeichnet. Der Krieg begann 1947 zwischen jüdischen und palästinensischen Milizen infolge des UNO-Teilungsplans. Nach der Gründung des israelischen Staates im Mai 1948 beteiligten sich auch reguläre Militäreinheiten aus Ägypten, Syrien, dem Libanon, Jordanien und dem Irak. Der Krieg endete 1949 mit einem Waffenstillstand. Die Waffenstillstandslinien wurden zu Israels international anerkannten Grenzen, die im Zusammenhang mit den 1967 besetzten Gebieten auch als Grüne Linie bezeichnet werden.

Krieg von 1956

Auch Sinai-Krieg oder Suez-Krise genannt. Nach der Verstaatlichung des Suezkanals beteiligte sich Israel an dem britisch-französischen Versuch, den Kanal zu erobern. Der Angriff auf Ägypten begann mit dem israelischen Einmarsch in den Gazastreifen und die Sinai-Halbinsel. Aufgrund internationalen Drucks mussten die Kampfhandlungen eingestellt und die eroberten Gebiete geräumt werden. Der Rückzug der israelischen Armee aus dem Sinai und dem Gazastreifen wurde im März 1957 abgeschlossen.

Krieg von 1967

Die offizielle israelische Bezeichnung für den vom 5. bis 10. Juni 1967 andauernden Krieg ist meist Sechstagekrieg, von arabischer Seite wird er mitunter als Naksa (arabisch für Rückschlag) bezeichnet. Er fand zwischen Israel auf der einen und Ägypten, Jordanien und Syrien auf der anderen Seite statt, wobei Israel die Sinai-Halbinsel, die Golanhöhen, den Gaza-streifen und die Westbank (einschließlich Ost-Jerusalem) eroberte. Nach der Unterzeichnung des israelisch-ägyptischen Friedensabkommens 1979 räumte Israel den Sinai. Die Besatzung der anderen Gebiete besteht fort.

Krieg von 1973

Die offizielle israelische Bezeichnung ist meist Jom-Kippur-Krieg, auf arabischer Seite wird er meist Oktoberkrieg genannt. An Jom Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag, griffen die Armeen einer von Ägypten und Syrien geführten Koalition Israel an und begannen einen Krieg, auf den Israel aufgrund einer Fehleinschätzung nicht vorbereitet war und der in Israel ein nationales Trauma zur Folge hatte.

Libanonkrieg (erster)

Der Krieg, der zunächst «Operation Frieden für Galiläa» genannt wurde, begann mit dem israelischen Einmarsch in den Südlibanon im Juni 1982. Der israelische Einmarsch setzte sich bis Beirut fort, und nach anhaltender israelischer Belagerung wurden die meisten PLO-Einheiten durch internationale Intervention evakuiert. Daraufhin verlegte die PLO ihr Hauptquartier nach Tunis. Im September 1982 verübten (meist maronitische) Phalangen-Milizen das Massaker in Sabra und Schatila, zwei palästinensischen Flüchtlingsvierteln in Süd-Beirut, die die israelische Armee abgeriegelt hatte. Die darauffolgenden öffentlichen Proteste in Israel, die Ergebnisse der eingesetzten Untersuchungskommission und die Ermordung von Emil Grunzweig auf einer Peace-Now-Demonstration führten dazu, dass Premierminister Menachem Begin zurücktrat und Ariel Scharon sein Amt als Verteidigungs-

minister niederlegen musste. Anfang 1985 begann sich die israelische Armee aus dem Libanon zurückzuziehen, bis auf eine «Sicherheitszone» in Südlibanon entlang der Grenze, die sie gemeinsam mit der von ihr unterstützten und primär aus Phalangen-Milizen gebildeten «Südlibanesischen Armee» kontrollierte. Die israelische Armee zog aus der «Sicherheitszone» im Jahr 2000 ab und evakuierte die Führung der «Südlibanesischen Armee».

Libanonkrieg (zweiter)

Der Libanonkrieg von 2006, der auf Arabisch auch Julikrieg genannt wird, begann Mitte Juli 2006 mit einem Hizbollah-Angriff (zwecks Geiselnahme und späterem Gefangenenaustausch) auf eine israelische Militärpatrouille an der israelisch-libanesischen Grenze und einer gescheiterten israelischen Rettungsaktion. Die israelische Armee begann einen groß angelegten Angriff auf den Libanon, einschließlich einer Luft- und Seeblockade, der Bombardierung nicht nur von Hizbollah-Stellungen, sondern vor allem auch ziviler Infrastruktur, mit dem erklärten Ziel, so viele Zivilist*nnen wie möglich zur Flucht zu zwingen (was im Libanon Widerstand gegen die Hizbollah erzeugen sollte). Außerdem marschierten israelische Bodentruppen in den Südlibanon ein. Die Hizbollah reagierte mit intensivem Raketenbeschuss auf den Norden Israels. Am 11. August 2006 verabschiedete die UNO eine Resolution zur Einstellung der Kampfhandlungen, die der Libanon und Israel annahmen. Israel beendete die Blockade Anfang September 2006 und zog seine Truppen im Oktober ab.

Likud (hebräisch für Vereinigung)

Entstand 1973 als gemeinsame Wahlliste der von Menachem Begin geführten rechten Cherut-Partei und einer Reihe von rechten und liberalen Bewegungen und Parteien in Reaktion auf die gemeinsame Wahlliste von Arbeitspartei Mapai und ihrer marxistisch orientierten Partnerpartei Mapam. Der Likud gewann die Wahlen 1977, womit die 30 Jahre anhaltende Mapai-Vorherrschaft, die seit der Staatsgrün-

dung existiert hatte, zu Ende ging. 1988 lösten sich die an der Wahlliste beteiligten Parteien auf und der Likud wurde als Partei neu konstituiert. Ihr derzeitiger Vorsitzender ist Benjamin Netanjahu.

Mapai (Akronym des hebräischen Namens: Arbeiterpartei in dem Land Israel [Palästina])

1930 unter der Führung von David Ben-Gurion gegründete Partei. Sie beherrschte die 1920 entstandene Gewerkschaftsdachorganisation Histadrut und die jüdische paramilitärische Organisation Hagana (Verteidigung). Nach der Staatsgründung 1948 war sie fast 30 Jahre lang die größte Fraktion in der Knesset, was ihr ermöglichte, die Regierungskoalitionen (die immer auch religiöse Parteien einschlossen) zu bilden und die Regierungspolitik weitgehend zu bestimmen. Mapai wurde 1968 aufgelöst, als die Arbeitspartei (HaAvoda) gegründet wurde. Mapai nahm keine nichtjüdischen arabischen Menschen als Mitglieder auf.

Militärregierung

Nach der Staatsgründung 1948 erhielten die in Israels verbliebenen Palästinenser*innen die israelische Staatsbürgerschaft, wurden aber einer Militärregierung unterstellt. In diesem Zusammenhang wurden «Sperrzonen» errichtet: in Ortschaften und Stadtvierteln, in denen Palästinenser*innen wohnten, sowie in relativ dünnbesiedelten Gebieten, insbesondere im Negev. Palästinenser:innen, die außerhalb dieser «Sperrzonen» lebten, wurden in diese umgesiedelt. Die «Sperrzonen» unterstanden der israelischen Armee und wurden von der Militärregierung mittels Kriegsrecht, das zumeist auf den von der britischen Mandatsregierung 1945 erlassenen Verteidigungs- bzw. Notstandsverordnungen beruhte, verwaltet. Palästinenser*innen mit israelischer Staatsbürgerschaft durften die ihnen zugeteilte Sperrzone nur mit Sondergenehmigung verlassen und auch andere zentrale Grundrechte, etwa das Recht auf richterliche Anhörung und ein Gerichts-

verfahren bei Inhaftierung, waren für sie aufgehoben. Die Militärregierung endete formell 1966.

Mizrachim (hebräisch für orientalisch)

Mizrachim ist die Bezeichnung für aus Asien und Afrika stammende jüdische Israelis, wobei die meisten von ihnen aus arabischen und muslimischen Ländern eingewandert sind. Die Bezeichnung Mizrachim wird in Abgrenzung zu den aus Europa stammenden Aschkenasim verwendet.

Nakba (arabisch für Katastrophe)

Nakba bezeichnet die Ereignisse im Rahmen des Krieges von 1948 (1947–1949) und deren Folgen. Der neu gegründete israelische Staat beherrschte 77 Prozent des historischen Palästinas, mehr als 10.000 Palästinenser*innen kamen während der Kampfhandlungen ums Leben, mehr als 500 Städte und Dörfer wurden zerstört bzw. entvölkert und mehr als 700.000 Palästinenser*innen, das heißt mehr als die Hälfte der palästinensischen Bevölkerung im historischen Palästina, wurden zu Flüchtlingen. Ihr in Israel befindliches Eigentum wurde vom israelischen Staat konfisziert.

Oslo-Abkommen

Zwei aufeinanderfolgende Abkommen zwischen der israelischen Regierung und der PLO: Oslo I wurde 1993 in Washington unterzeichnet, Oslo II 1995 in Taba. Im Rahmen der Abkommen erkannte Israel die PLO als Verhandlungspartner an und Teile der besetzten Palästinensergebiete wurden einer begrenzten Selbstverwaltung, der zu diesem Zweck geschaffenen Palästinensischen Autonomiebehörde, unterstellt. Zentrale Fragen sollten in späteren Verhandlungen geklärt werden, darunter der Grenzverlauf zwischen Israel und dem palästinensischen Gemeinwesen (dessen Status noch zu definieren ist), die Zukunft der israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten, die Zukunft von Jerusalem, das Ausmaß der Kontrolle und

Präsenz der israelischen Armee in den palästinensischen Autonomiegebieten sowie das Recht auf Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge.

Ost-Jerusalem

Am Ende des Krieges von 1948 teilte die Waffenstillstandslinie die Stadt: West-Jerusalem wurde Teil von Israel und Ost-Jerusalem (einschließlich der Altstadt) Teil der von Jordanien beherrschten Westbank. Während des Krieges von 1967 eroberte Israel die Westbank (einschließlich Ost-Jerusalem), Ende Juni 1967 erweiterte Israel das Stadtgebiet (West-)Jerusalems über Ost-Jerusalem und die umliegenden Ortschaften hinaus, wodurch dieses Territorium (nach israelischem Recht) Teil des israelischen Staatsgebiets wurde – was international nicht anerkannt ist. Die palästinensischen Bewohner*innen erhielten «permanente Aufenthaltsgenehmigungen». Mit Ausnahme des jüdischen Viertels in der Altstadt konzentrierte sich der israelische Siedlungsbau zunächst auf einen äußeren Gürtel, der Ost-Jerusalem von der übrigen Westbank trennt. Während der Druck durch den israelischen Siedlungsbau immer größer wurde, erhalten Palästinenser*innen bis heute so gut wie keine Baugenehmigungen, leiden unter den extrem schlechten Infrastruktur- und Bildungseinrichtungen, der mangelhaften Gesundheitsversorgung sowie anderen Formen der Diskriminierung.

Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO)

Die Dachorganisation verschiedener palästinensischer Organisationen wurde 1964 in Kairo gegründet und trat für den bewaffneten Kampf gegen Israel ein. 1974 wurde die PLO auf der Konferenz der Arabischen Liga als einzig legitime Vertretung des palästinensischen Volkes anerkannt und erhielt Beobachterstatus in den Vereinten Nationen. Als Jordanien 1988 weitgehend auf seinen Herrschaftsanspruch in der Westbank verzichtete, verabschiedete der Palästinensische Nationalrat, ein zentrales Organ der PLO, die Palästin-

ensische Unabhängigkeitserklärung, in der der palästinensische Staat ausgerufen und Israel in den Grenzen, wie sie vor dem Krieg von 1967 bestanden hatten, de facto anerkannt wurde. Mit den Oslo-Abkommen erkannte die PLO Israel dann formell an und Israel wiederum erkannte die PLO als Vertretung des palästinensischen Volkes an. Die im Rahmen der Oslo-Abkommen entstandene Palästinensische Autonomiebehörde ist kein Teil der PLO, jedoch besteht eine Personalunion: Jassir Arafat (1929–2004), der die PLO seit 1969 führte, stand der Autonomiebehörde vor, wie auch sein Nachfolger Mahmoud Abbas (Abu Mazen).

Palmach (Akronym des hebräischen Namens «Sturmtruppen»)

Wurde 1941 als Eliteeinheit der Hagana (hebräisch für Verteidigung), der paramilitärischen Organisation des zionistischen Gemeinwesens während des britischen Mandats in Palästina gegründet. Nach der Staatsgründung 1948 wurde der Palmach aufgelöst und in die neue israelische Armee integriert, in der viele seiner ehemaligen Mitglieder Führungspositionen übernahmen.

Religiöser Zionismus

Während der Zionismus seit seinen Anfängen mehrheitlich eine säkulare Bewegung war, gab es in ihm auch eine relativ kleine religiöse Strömung. In dieser war Rabbiner Abraham Isaak Kook (1865–1935) von zentraler Bedeutung. Während die meisten ultraorthodoxen Rabbiner den Zionismus aus religiösen Gründen ablehnten, war Rabbiner Kook einer der wenigen, die die zionistische Bewegung in ihre religiöse Weltanschauung einzubauen suchten. Er war davon überzeugt, dass die jüdische Besiedlung von «Eretz Israel» (dem historischen Palästina) Gottes Plan sei und das messianische Zeitalter herbeiführen werde. Damit schuf er die Basis für die national-religiöse Strömung, die in die staatlichen Strukturen eingebunden werden konnte. Nach dem Krieg 1967 und der Besetzung der eroberten Gebiete ging aus

dieser Strömung unter anderem der harte Kern der religiös-motivierten Siedlerbewegung hervor.

Siedlungen

Der Begriff bezeichnet die für jüdische Israelis errichteten Ortschaften oder Stadtviertel in den 1967 von der israelischen Armee eroberten und seitdem besetzten Gebieten. 2017 lebten mehr als 410.000 Siedler*innen in 126 von der israelischen Regierung genehmigten und exklusiv für Israelis gebauten Siedlungen und in etwa 110 nicht genehmigten, aber mit staatlicher Hilfe gebauten sogenannten Outposts in der Westbank. Hinzu kommen über 200.000 Siedler*innen im besetzten Ost-Jerusalem sowie einige Tausende auf den von Israel annektierten Golanhöhen. Die Siedlungen gelten als der Hauptgrund für das Scheitern von Friedensverhandlungen zwischen Israel und den Palästinenser*innen.

Sinai-Halbinsel

Ein zirka 60.000 Quadratkilometer großes Gebiet, das zu Ägypten gehört und eine Landverbindung zwischen Eurasien und Afrika bildet. Im Krieg von 1956 besetzte Israel große Teile der Sinai-Halbinsel, musste jedoch im März 1957 aufgrund US-amerikanischen und sowjetischen Drucks wieder abziehen. Im Rahmen des Krieges von 1967 besetzte Israel die gesamte Sinai-Halbinsel und es folgte bis 1970 ein Stellungskrieg entlang des Suezkanals mit vielen zivilen ägyptischen Opfern und IDPs (Binnenvertriebenen). Im Jahr 1972 wurden zirka 1.500 Beduinen-Familien aus der Rafah-Ebene, dem Küstengebiet auf der Sinai-Halbinsel, in Vorbereitung auf die israelische Besiedlung vertrieben. Die Errichtung von Siedlungen begann noch im selben Jahr. Im Krieg von 1973 verschob sich die Frontline und gemäß dem nach dem Waffenstillstand zwischen Ägypten und Israel ausgehandelten Sinai-Interim-Abkommen, das in Genf im September 1975 unterzeichnet wurde, zogen sich die israelischen Truppen aus dem Gebiet entlang des Suezkanals zurück. Nach dem im März 1979 unterzeichneten ägyptisch-israelischen Friedensabkommens räumte Is-

rael die gesamte Sinai-Halbinsel. Viele der davon betroffenen Siedler*innen zogen in israelische Siedlungen im Gazastreifen.

Westbank

Die Westbank, in Deutschland auch Westjordanland genannt, ist ein ungefähr 5.900 Quadratkilometer großes Gebiet, in dem heute um die 2,8 Millionen Palästinenser*innen sowie über 600.000 israelische Siedler*innen leben. Im Norden, Westen und Süden grenzt die Westbank (zu der auch Ost-Jerusalem gehört) an Israel und im Osten entlang des Jordan-Flusses an Jordanien. Die Westbank und der Gazastreifen sind die Gebiete von Palästina, die im Krieg von 1948 nicht Teil des neu gegründeten Staates Israel wurden. Nach dem Krieg von 1948 stand die Westbank unter jordanischer Kontrolle und wurde 1950 von Jordanien annektiert (was allerdings international kaum anerkannt wurde). Im Krieg von 1967 eroberte Israel unter anderem auch die Westbank, deren Besatzung bis heute fortbesteht.

Verfasserin:

Ursula WokoECK Wollin

Autor*innen

Yossi Bartal lebt in Berlin und arbeitet als Journalist und Forscher mit den Schwerpunkten Menschenrechte, Migration und Politik. Seine Texte wurden unter anderem in *Jacobin*, *neues deutschland*, *taz*, *Haaretz*, *Der Freitag* und der *Berliner Zeitung* veröffentlicht. Seit Jahren unterstützt er das Tel-Aviv-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit Recherchen und Analysen.

Meisa Irshaid ist unabhängige Anwältin und Rechtsberaterin bei Gun Free Kitchen Tables, einem Projekt zur Abrüstung von Kleinwaffen und zur Waffenkontrolle des Isha L'Isha Feminist Center Haifa, und Mitbegründerin der Initiative Women against Weapons in Israel. Sie hat einen BA in Jura und einen MA in Gender Studies. Vorher war sie Rechtsberaterin des Öffentlichen Komitees gegen Folter in Israel.

Etty Konor-Attias forscht am Adva-Zentrum zu öffentlicher Politik und ist Doktorandin an der Abteilung für öffentliche Politik der Universität Tel Aviv. Sie ist Mitglied des beratenden Ausschusses für die vom israelischen Zentralamt für Statistik durchgeführte Erhebung über Haushaltsausgaben und -einkommen (Household Expenditure and Income Survey). Ihre Arbeit konzentriert sich auf die Analyse des Staatshaushalts, der Haushalte der lokalen Regierungen und der makroökonomischen Trends in der israelischen Wirtschaft mit Fokus auf Förderung der sozialen und wirtschaftlichen Gleichheit.

Yagil Levy ist Professor für politische Soziologie und Staatstätigkeit an der Open University of Israel und Leiter des Open University Institute for the Study of Civil-Military Relations. Levy hat zehn Bücher veröffentlicht. Sein jüngstes englischsprachiges Buch «Whose Life Is Worth More? Hierarchies of Risk and Death in Contemporary Wars» erschien 2019 bei Stanford University Press, sein

jüngstes Buch auf Hebräisch «Shooting, not Crying: The New Militarization of Israel in the 2000s» wurde 2023 von Lamda Scholarship veröffentlicht. Von 2013 bis 2015 war Levy Präsident von ERGOMAS – der Europäischen Forschungsgruppe für Militär und Gesellschaft. 2021 wurde er vom Inter-University Seminar on Armed Forces and Society (USA) mit dem Morris Janowitz Career Achievement Award ausgezeichnet.

Rela Mazali ist eine israelische Friedensaktivistin, Autorin und freischaffende Forscherin. 1998 war sie eine der Mitbegründerinnen der feministischen Bewegung New Profile, die sich gegen die Militarisierung Israels einsetzt und Kriegsdienstverweigerer unterstützt. Im Jahr 2010 gründete sie Gun Free Kitchen Tables (GFKT), ein Abrüstungs- und Waffenkontrollprojekt. Sie arbeitete auch für Physicians for Human Rights-Israel und hatte eine beratende Funktion für das Internationale Rote Kreuz und die Ford Foundation inne. Sie war eine von 1.000 Frauen, die 2005 im Rahmen des Projekts 1000 PeaceWomen für den Friedensnobelpreis nominiert waren.

Shlomo Swirski ist Soziologe und sozialer Aktivist. Er ist akademischer Leiter und einer der Mitbegründer des Adva-Zentrums, das sich mit der Erforschung von Ungleichheit und sozioökonomischen Unterschieden befasst. Zu seinen Veröffentlichungen gehören «Not Underdeveloped, but Underprivileged» (1981), «Education in Israel: The Land of Separate Tracks» (1990) und «The State Budget: Was machen sie mit unserem Geld?» (2004).

Michal Zernowitski leitet ultraorthodoxe politische Programme bei der Berl Katznelson Foundation. Sie ist eine der Initiator*innen und Förder*innen der Einbeziehung ultraorthodoxer Bildung in das staatliche Bildungswesen, eine der lei-

tenden Persönlichkeiten in der Bewegung der «Religiösen Linken» und ehemalige Beraterin des Vorstandsvorsitzenden des Wirtschaftsministeriums.

Idith Zertal ist eine der führenden israelischen Historiker*innen. Ihre Bücher und Artikel zur jüdischen und israelischen Geschichte werden weltweit publiziert. Auf Deutsch erschien von ihr «Nation und Tod. Der Holocaust in der israelischen Öffentlichkeit», Göttingen 2003 (Israel's Holocaust and the Politics of Nationhood, Cambridge University Press). Des Weiteren erschien von ihr: «From Catastrophe to Power: Holocaust Survivors and the Emergence of Israel». Sie unterrichtete an der Hebräischen Universität in Jerusalem und war Gastprofessorin an der Universität von Chicago und an der Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales in Paris. Derzeit lehrt sie als Professorin für Geschichte am Institut für Jüdische Studien an der Universität Basel. Sie lebt in Israel und in der Schweiz.

Weiße gekleidete Frauen halten Schilder während einer Schweigedemonstration für die Beendigung des Krieges im Gazastreifen und im Libanon, außerhalb der Altstadt von Jerusalem, 8. November 2024. Foto: Jamal Awad/Flash90



Die Rosa-Luxemburg-Stiftung

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist eine der sechs demokratischen Stiftungen der Bundesrepublik Deutschland; 1990 gegründet, steht sie der Partei DIE LINKE nahe. Im Sinne ihrer Namensgeberin Rosa Luxemburg vertritt sie die gesellschaftliche Grundströmung eines demokratisch-freiheitlichen, internationalistischen Sozialismus. Die Stiftung sieht sich den Zielen einer radikalen Aufklärung und Gesellschaftskritik verpflichtet und steht in der Tradition der Arbeiter- und der Frauenbewegung sowie des Antifaschismus und Antirassismus; sie tritt für einen gleichberechtigten Dialog zwischen Nord und Süd ein. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist bestrebt, alternative Ansätze für progressive Transformationsprozesse zu entwickeln, die ein solidarisches und gerechtes Zusammenleben weltweit ermöglichen. Das Israel-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Tel Aviv wurde 2009 eröffnet, das für Jordanien und die besetzten palästinensischen Gebiete in Ramallah im Jahr zuvor.

Impressum

(K)Eine Alternative zum Krieg? Militarismus und Militarisierung in Israel

Hrsg.: Gil Shohat (V.i.S.d.P.)
Tali Konas

Mitarbeit: Tamar Almog
Anna Yael Kluck

Gestaltung: Noki Olchovsky

Korrektur: text-arbeit, Berlin

Druck: Spreadruck

ISBN: 978-3-948250-99-7

© Februar 2025, Rosa-Luxemburg-Stiftung.
Alle Rechte vorbehalten.

RLS Büro Israel (CC)
11 Rotschild Blvd.
6688114 Tel Aviv
Israel
www.rosalux.org.il
Tel.: + 972 3 6228290
telaviv.office@rosalux.org

Cover-Abbildung: *Israelischer Zivilist mit Waffe beim Spaziergang durch Jerusalem,
13. November 2023.
Foto: Chaim Goldberg/Flash90*

**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**
ISRAEL OFFICE
קרן רוזה לזקסמבורג
مؤسسة روزا لوكسمبورغ

רוזה
לזקסמבורג



**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**

ISRAEL OFFICE
קרן רוזה לוקסמבורג
مؤسسة روزا لوكسمبورغ

**רוזה
נופא**

ISBN: 978-3-948250-99-7